



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Deutscher Nachhaltigkeitsalmanach

Initiativen und Eindrücke zur gesellschaftlichen Realität der Nachhaltigkeit

2017



WAS BEDEUTET NACHHALTIGKEIT?

Nach|hal|tig|keit, die



Dauerhaft ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. [...] Im Wesentlichen ist nachhaltige Entwicklung ein Prozess des Wandels, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonisieren und das derzeitige und künftige Potenzial vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.

BRUNDTLAND-KOMMISSION 1987





Vorwort	4
Sigmar Gabriel, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland	
Wie wir die Welt sehen	5
Eine Einführung in diesen Almanach von Marlehn Thieme	
Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie	6
Wie setzt Deutschland die Agenda 2030 um?	7
Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Prozess	14
Wer ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung und was tut er?	19
Der erste Open SDGclub.Berlin	21
Soziale Gerechtigkeit in Deutschland	27
Bestandteil der Nachhaltigkeitsagenda	
Anders planen	43
Neue Herausforderungen für unsere Städte	
Anders konsumieren	65
Unsere Entscheidungen für eine global tragfähige Konsumgesellschaft	
Besser wirtschaften	83
Auf der Suche nach neuen Koordinaten für das Wirtschaftssystem	
Die Energiewende	101
Ein Gemeinschaftswerk im Zukunftslabor Deutschland	
Die Anthropozän-Idee	123
Konflikt und Konsens	132
Auf dem Weg zum grünen Innovationsstandort	139
Impressum	146



Sigmar Gabriel

Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Dieser Almanach enthält konkrete Beispiele nachhaltigen Denkens und Handelns, das für unsere Gesellschaften immer wichtiger werden wird.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es gibt unzählige beeindruckende Beispiele nachhaltigen Handelns in unserem Land. Auch im Ausland agieren deutsche Unternehmen nachhaltig. Mit ihren Produkten und Dienstleistungen stellen sie sich erfolgreich den ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit und beweisen damit, dass Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft große Chancen bietet.

Dieser Almanach enthält konkrete Beispiele nachhaltigen Denkens und Handelns, das für unsere Gesellschaften immer wichtiger werden wird. Über die Jahre ist dieses Bewusstsein in Deutschland zum politischen Leitbild geworden. Dies zeigt sich etwa an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wie auch an der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland 2016. Nachhaltigkeit ist in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Nur so stellen wir das Wohlergehen der uns nachfolgenden Generationen sicher.

Verschiedene Krisen unserer Welt lassen sich darauf zurückführen, dass es im konkreten Handeln an Nachhaltigkeit fehlte. Deshalb sind alle drei Pfeiler der Nachhaltigkeit – der wirtschaftliche, der ökologische und der soziale – Grundprinzipien deutscher Außenpolitik. Dauerhaft können wir Frieden und Sicherheit nur erreichen, wenn wir die ökonomischen Lebensgrundlagen der Menschen sichern, unsere Umwelt schützen und den sozialen Zusammenhalt stärken. Doch niemand wird die große Transformation, die die Weltgemeinschaft sich mit der Agenda 2030 verordnet hat, allein bewältigen können: Wir alle müssen diese Anstrengung als Partner gemeinsam schultern.

Der Deutsche Nachhaltigkeitsalmanach 2017 stellt mustergültige Verfahrensweisen vor, von denen wir alle lernen und uns anregen lassen können. Das Werk enthält Informationen über herausragende Initiativen und Projekte als Beispiele von Nachhaltigkeit „made in Germany“.



Wie wir die Welt sehen

Eine Einführung in diesen Almanach von MARLEHN THIEME

Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Wir können die Welt aus verschiedenen Perspektiven sehen.

Je nach Blickwinkel und Fokus nehmen wir unterschiedliche Dinge wahr.

Mit dem Blick auf das kurzfristig Aktuelle sehen wir Flucht und Vertreibung, Nationalismus und Populismus, Gesellschaften mit vielen alten oder vielen jungen Menschen. Mit einem längeren Blick geraten die Übernutzung der Natur, das Aufheizen der Atmosphäre, die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich und Nord und Süd in den Fokus sowie die Sackgassen eines Wachstums, das seinen Zweck vergeblich in sich selbst sucht. Wir sehen aber auch die Chancen des Wandels, die mit dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung verbunden sind. In Deutschland ist dieser Wandel mittlerweile für viele Menschen wichtig.

Nachhaltigkeit: die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen auf eine Weise erfüllen, dass zukünftige Generationen eine faire Chance auf eine intakte Welt, ein gesundes Leben, die Schönheit der Natur und ein gutes Miteinander haben. Alte Denkmuster müssen dem Bemühen um partnerschaftliche Lösungen weichen. Althergebrachte Konzepte für Wirtschaft und Gesellschaft müssen auf den Prüfstand der Zukunftsfähigkeit gestellt werden. Nachhaltigkeit entwickelt genau hieraus die notwendige Lebendigkeit. Mitunter schadet auch eine nur oberflächliche und modisch-effekthascherische Kommunikation der Idee der nachhaltigen Entwicklung. Dann ist Widerspruch nötig. Es gibt jedoch noch ein weiteres Kommunikationsdefizit. Im Ausland ist bisher das „Sustainability – Made in Germany“ noch zu wenig bekannt. Dass wir toleranter und weltoffener sind als je zuvor, mag vielen noch ebenso

bekannt sein wie die Stichworte Energiewende, Ressourcenproduktivität, Nachhaltigkeitsstrategie. Aber was dahintersteht und für das Möglichen sorgt, ist zu wenig bekannt. Deshalb gibt es diesen Almanach. Mit praktischen Beispielen und Diskussionsfäden zeigt er, wie sich in Deutschland die breite Gesellschaft dem Thema Nachhaltigkeit stellt. Maßnahmen und Verantwortlichkeiten des Staates bleiben sehr wichtig, stehen aber hier nicht im Vordergrund. Wie wir wirtschaften und konsumieren und wie wir unser Leben und Wirtschaften in Deutschland und mit unseren internationalen Partnern gestalten, hat nicht nur Auswirkungen auf uns und unseren Wohlstand, sondern auch auf das Leben von Menschen in vielen Teilen dieser Welt, auf die Natur und ihre Ressourcen. Unsere Verantwortung endet nicht mehr an unseren Landesgrenzen. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bedeutet eben auch eine aktive Übernahme globaler Verantwortung.

Der Prozess der nachhaltigen Entwicklung hat eine große gesellschaftliche Resonanz bewirkt, die über die Grenzen allein staatlicher Verantwortung hinausgeht. Dies will der Almanach anschaulich, hintergründig und kritisch darstellen. Keineswegs mit dem Anspruch auf Vollständigkeit erzählt er konkrete und greifbare Geschichten. Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung sind eine Chance für alle.

DIE DEUTSCHE NACHHALTIGKEITS- STRATEGIE



Wie setzt Deutschland die Agenda 2030 um?

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Was ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie?

Für die Bundesregierung ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie definiert die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung für die Politik der Bundesregierung und legt konkrete Ziele und Maßnahmen über die gesamte Breite politischer Themen fest. Sie bildet damit den Rahmen für die notwendige langfristige Orientierung der nachhaltigen Entwicklung. Basis der Nachhaltigkeitsstrategie ist ein ganzheitlicher, integrativer Ansatz: Denn nur wenn auch die Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen beachtet werden,

Nachhaltigkeit ist Maßstab unseres Regierungshandelns.

lassen sich langfristig tragfähige Lösungen erreichen. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial ausgewogene und ökologisch verträgliche Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen unserer Erde sowie die Orientierung an einem Leben aller Menschen in Würde die absoluten Leitplanken für politische Entscheidungen bilden.

Die Strategie bündelt die Nachhaltigkeitsbeiträge der unterschiedlichen Politikfelder und wirkt angesichts der Vielzahl systemischer Wechselwirkungen auf stärkere Kohärenz und die Lösung von Zielkonflikten hin. Damit steuert sie eine global verantwortliche, generationengerechte und gesellschaftlich integrative Politik.

Die Neuauflage 2016 – Nachhaltigkeit in, durch und mit Deutschland

Die vom Bundeskabinett beschlossene Neuauflage 2016 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bildet einen wesentlichen Rahmen für die nationale Umsetzung der Agenda 2030 durch die Bundesregierung. Sie stellt die umfassendste Weiterentwicklung der Strategie seit ihrem erstmaligen Beschluss im Jahr 2002 dar und zeigt, dass Deutschland sich zur ehrgeizigen weitreichenden Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs) bekennt. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 legt Maßnahmen Deutschlands zur Umsetzung der 17 SDGs auf drei Ebenen dar: Neben Maßnahmen mit Wirkung *in* Deutschland geht es um Maßnahmen *durch* Deutschland mit weltweiten Wirkungen. Hinzu kommt die Unterstützung anderer Länder in Form der bilateralen Zusammenarbeit (Maßnahmen *mit* Deutschland).

NACHHALTIGKEIT – EIN GEMEINSAMER PROZESS

Bei ihrer Erarbeitung der Neuauflage der Strategie hat die Bundesregierung auf Dialog und Kooperation gesetzt. Zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016 fanden fünf öffentliche Konferenzen mit hochrangiger Beteiligung von Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Kommunen, einer Vielzahl nicht staatlicher Gruppen sowie von Bürgerinnen und Bürgern statt. Ende Mai 2016 gab die Bundeskanzlerin den Startschuss für die zweite Phase des Dialogs zum online veröffentlichten Entwurf der Strategie. An einer nachfolgenden Konsultationsveranstaltung im Bundeskanzleramt nahmen Vertreter von mehr als 40 Verbänden teil, darüber hinaus wurden viele Stellungnahmen abgegeben. Die Anregungen aus dem Dialogprozess ergaben wertvolle Hinweise.

Nachhaltigkeitsmanagement

Herzstück der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bildet ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem mit konkreten Zielen und Zeitrahmen zur Erfüllung, Indikatoren für ein kontinuierliches Monitoring sowie Regelungen zur Steuerung und Festlegungen zur institutionellen Ausgestaltung.

MANAGEMENTREGELN

Zwölf Managementregeln definieren allgemeine Handlungsanforderungen für eine nachhaltige Politik.

Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Zugleich muss sie Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen.

SO LAUTET DIE ERSTE GRUNDREGEL DER STRATEGIE

ERFOLGSKONTROLLE

DURCH ZIELE UND INDIKATOREN

Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält 63 sogenannte Schlüsselindikatoren. Die Indikatoren sind meist mit quantifizierten Zielen verbunden. Zu jedem der 17 SDGs wird mindestens ein indikatorengestütztes Ziel definiert. In der Öffentlichkeit wird nachhaltige Entwicklung oft primär mit Umweltthemen oder Fragen der internationalen Zusammenarbeit verbunden. Tatsächlich betrifft das Nachhaltigkeitsprinzip aber alle Politikbereiche. Gegenstand der Nachhaltigkeitsstrategie sind daher nicht nur z. B. Klima- und Biodiversitätsschutz, Ressourceneffizienz oder Mobilität. Auch Themen wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Gleichstellung, solide Staatsfinanzen, Verteilungsgerechtigkeit oder Korruptionsbekämpfung werden in der Strategie mit politischen Zielen aufgegriffen. In Einklang mit den Inhalten der Agenda 2030 wurden hierfür 13 zusätzliche Themenbereiche und 30 Indikatoren neu in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen.

REGELMÄSSIGES MONITORING: WIE LÄSST SICH NACHHALTIGKEIT MESSEN?

Ein transparentes und regelmäßiges Monitoring erlaubt die wichtige Kontrolle der Erfolge und Misserfolge bei der Erreichung der Ziele der Strategie. Es dient als Grundlage der Steuerung nachhaltiger Politik und notwendiger Neujustierungen, aber auch als transparente Informationsgrundlage demokratischer Willensbildung und Auseinandersetzung. Alle zwei Jahre veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Bericht zum Stand der Indikatoren, alle vier Jahre wird die Strategie selbst weiterentwickelt. Die Analyse der Indikatorenentwicklung nehmen die Statistiker unabhängig in eigener fachlicher Verantwortung vor. Der Indikatorenbericht verwendet Wettersymbole, um zu veranschaulichen, ob die gesetzten Nachhaltigkeitsziele bei Fortsetzung derzeitiger Entwicklungen erreicht werden. Die aktuelle Analyse des Statistischen Bundesamts zeigt: 27 Indikatoren mit eher positivem Status oder Trend stehen 29 Indikatoren mit eher negativem Status bzw. Trend gegenüber; bei sieben Indikatoren ist eine Status- oder Trendaussage derzeit nicht möglich. Auch wenn bei vielen Zielen positive Entwicklungen bestehen, verbleiben Bereiche mit wenigen oder keinen Fortschritten.

FOLGENABSCHÄTZUNG NACHHALTIGKEIT

Das Leitbild der Nachhaltigkeit soll bei jedem Gesetz und jeder Rechtsverordnung von Anfang an berücksichtigt werden. Deswegen ist Nachhaltigkeit in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien als verpflichtender Prüfstein der Folgenabschätzung von Vorschlägen der Bundesregierung für Gesetze und Verordnungen verankert.

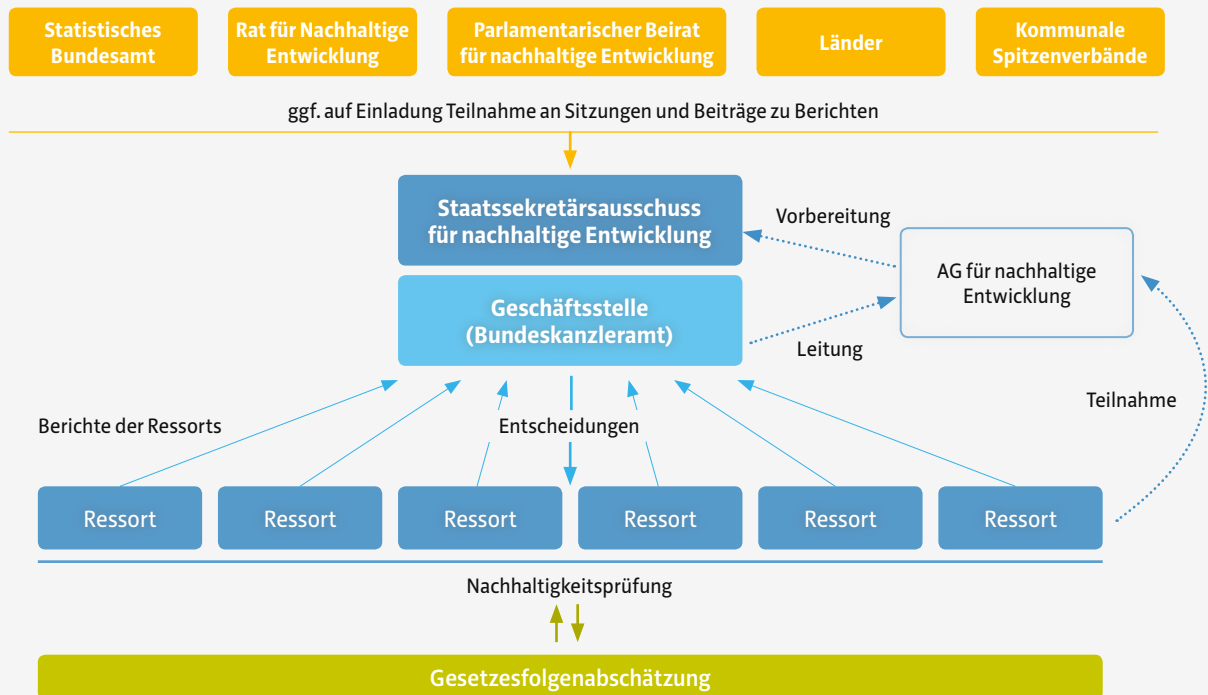
MASSNAHMENPROGRAMM NACHHALTIGKEIT

Mit gutem Beispiel vorangehen: Unter diesem Motto hat die Bundesregierung 2015 ein neues umfassendes Maßnahmenprogramm für nachhaltiges Verwaltungshandeln beschlossen. Es umfasst beispielsweise Ziele und Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs der eigenen Gebäude, zu Anforderungen an die Beschaffung, ein nachhaltiges Veranstaltungsmanagement oder die bessere Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf.

CHEFSACHE NACHHALTIGKEIT -**MITWIRKUNG ALLER BUNDESMINISTERIEN**

Nachhaltigkeit umfasst alle Aufgabenbereiche der Politik. Aufgrund dieses übergreifenden Querschnittcharakters und der besonderen Bedeutung liegt die Zuständigkeit für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beim Bundeskanzleramt. Nachhaltige Entwicklung ist damit in Deutschland „Chef-“ bzw. „Chefsache“. Die Gestaltung und Umsetzung der Strategie erfolgt unter intensiver Mitarbeit und Einbeziehung aller Ressorts. Um die Kohärenz politischer Maßnahmen weiter zu stärken, werden künftig in allen Ministerien Ressortkoordinatoren für nachhaltige Entwicklung als zentrale Ansprechpartner eingesetzt.

Nachhaltigkeitsmanagement



Quelle: Bundesregierung

DIE SCHALTSTELLE:

DER STAATSEKRETÄRSAUSSCHUSS

Der Staatssekretärsausschuss unter der Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts dient als zentrale Schaltstelle der Nachhaltigkeitsstrategie. Seine Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass die Strategie als roter Faden in allen Politikbereichen Anwendung findet. Zu den Sitzungen des Ausschusses werden externe Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, aus Verbänden, Ländern, Kommunen oder der EU-Kommission eingeladen. Zudem stellen die Ministerien Ressortberichte zu Nachhaltigkeit vor.

PARLAMENTARISCHER BEIRAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Seit 2004 ist Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag verankert. Seitdem begleitet der

Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung die nationale und europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Auch prüft er die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung von Gesetzen.

RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Seit 2001 berät der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Bundesregierung in allen Fragen der Nachhaltigkeit und trägt das Thema in die Öffentlichkeit. Seine zuletzt am 26. Oktober 2016 von der Bundeskanzlerin für die Dauer von drei Jahren berufenen 15 Mitglieder stehen nach ihrem fachlichen und persönlichen Hintergrund für die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit. Der Rat ist fachlich unabhängig und veröffentlicht Stellungnahmen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Strategie.

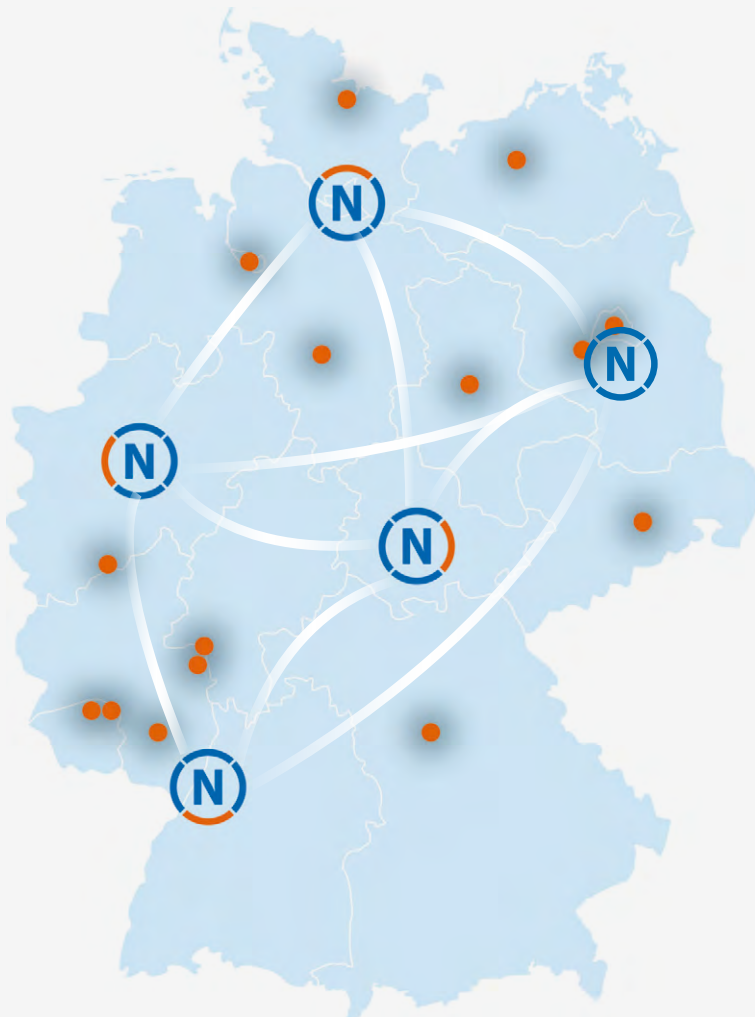
Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien

Die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele erfordert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren.

Um diesem Ansatz und der regionalen und lokalen Relevanz der globalen Nachhaltigkeitsziele gerecht zu werden, wird seit 2016 auf Initiative des RNE das Projekt „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien“ (RENN) umgesetzt. Koordiniert durch die Leitstelle beim RNE wurden länderübergreifend vier regionale Netzstellen eingerichtet. Diese vernetzen bereits vorhandene Projekte und Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung, laden ein zum Erfahrungsaustausch und geben Impulse für einen gesellschaftlichen Wandel. Damit wird das komplexe Konzept der Nachhaltigkeit über Regionen und Ländergrenzen hinweg erlebbar.

Weitere Infos finden Sie hier:

www.renn-netzwerk.de



RENN.nord

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Lv. Hamburg (SDW) e.V.
Am Inseipark 19, 21109 Hamburg

RENN.mitte

Zukunftsfähiges Thüringen e.V.
Schönbrunnstraße 8, 99310 Arnstadt

RENN.süd

Nachhaltigkeitsbüro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen
und Naturschutz (LUBW) Baden-Württemberg
Griesbachstraße 1, 76185 Karlsruhe

RENN.west

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21) e.V.
Deutsche Straße 10, 44339 Dortmund

RENN.Leitstelle

Rat für Nachhaltige Entwicklung, Geschäftsstelle c/o GIZ GmbH
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

ENGE ZUSAMMENARBEIT VON BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN

In wichtigen Bereichen nachhaltiger Entwicklung liegen die Rechtsetzungs- bzw. Durchsetzungskompetenzen bei den Ländern und Kommunen. Die Nachhaltigkeitsstrategie schafft Mechanismen und einen Rahmen für eine bessere Koordination von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Der Bund arbeitet eng mit den Ländern zusammen und unterstützt die kommunale Ebene dabei, einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 zu leisten. Dazu dienen u. a. auch Aktivitäten wie das vom Rat für Nachhaltige Entwicklung initiierte und unterstützte Nachhaltigkeits-Netzwerk von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern oder die neue Initiative zur Schaffung regionaler Netzstellen.

Nachhaltigkeit – breit verankert in Gesellschaft und Politik

Die Strategie unterstützt den Dialog und die Kooperation nachhaltigkeitsengagierter Gruppen der Gesellschaft und fördert Wissen, Kompetenz und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Bundesregierung kündigt in der Nachhaltigkeitsstrategie 2016 an,

die gesellschaftlichen Akteure künftig noch stärker als bisher in die laufenden Arbeiten an der Strategie und ihre Umsetzung einzubinden. Hierfür sind u. a. ein regelmäßiges Dialogformat sowie eine stärkere Einbindung der gesellschaftlichen Akteure bei der Vorbereitung der Sitzungen des Staatssekretärsausschusses vorgesehen. Aus der Wissenschaft sind verschiedene Initiativen zu einer Begleitung der Umsetzung der SDGs auf den Weg gebracht worden. Die Bundesregierung kündigt an, diese Initiativen aufzugreifen und eine Plattform zu bieten, in der die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung der SDGs gebündelt wird.

AUF GUTEM WEGE

Die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist aus Sicht der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Agenda 2030, den sie auch künftig konsequent fortzuführen ankündigt. Sie lädt alle staatlichen und nicht staatlichen Institutionen, gesellschaftliche Gruppen sowie jede Einzelne und jeden Einzelnen dazu ein, sich hieran tatkräftig zu beteiligen.

[Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016](#)

Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Mutiger und nicht nur moderat verändern! Der Regierungsentwurf zur Nachhaltigkeit bleibt hinter den Erfordernissen zurück – Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Regierungsentwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 31. Mai 2016
- Mehr Mut! Nachhaltigkeit muss politische Relevanz beweisen. Erwartungen und Empfehlungen an die Bundesregierung
- Nachhaltigkeit – Made in Germany. Das zweite Gutachten

Was bedeutet Nachhaltigkeit?

„Die Agenda 2030 und die „Five P's“¹

People – Menschen

Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.

Planet

Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, unter anderem durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.

Prosperity – Wohlstand

Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.

Peace – Frieden

Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.

Partnership – Partnerschaft

Wir sind entschlossen, die für die Umsetzung dieser Agenda benötigten Mittel durch eine mit neuem Leben erfüllte globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren, die auf einem Geist verstärkter globaler Solidarität gründet, insbesondere auf die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten ausgerichtet ist und an der sich alle Länder, alle Interessenträger und alle Menschen beteiligen.



¹ Quelle: „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“

Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Prozess

Beitrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Das Neue

Wir stehen heute da, wo noch keine Generation vor uns gestanden hat. Noch nie war unser Vermögen größer, die Natur zu schädigen. Noch nie zuvor waren die Lebensgrundlagen aller Menschen auf so prekäre Weise von dem anthropogenen Einfluss auf das Klima abhängig. Nie konnten Finanzkrisen mehr Menschen aus der ökonomischen Bahn werfen als heute. Noch nie ließen uns digitale Datenwelten eine sogenannte Singularität von Mensch und Maschine erahnen. Noch nie zuvor hatten wir mehr Grund, vom Anthropozän zu sprechen.

Aber auch noch nie zuvor wurde so intensiv nach Wegen zur Nachhaltigkeit gesucht. Noch nie zuvor waren Wohlstand und ein gutes Leben für alle so greifbar möglich wie heute. Noch nie zuvor fanden solche Impulsbegriffe wie universelle Nachhaltigkeitsziele, Dekarbonisierung oder Schadensneutralität der Bodennutzung Eingang in politische Verpflichtungen auf höchster Ebene.

Die Frage stellt sich: Was machen wir aus der Gleichzeitigkeit von Bedrohung und Chance? Die Weltdiplomatie hat 2015 in Addis Abeba, Paris und New York die Richtung vorgegeben. Auch Deutschland hat für

Nachhaltigkeitspolitik geht in Deutschland weit über das hinaus, was Regierungen tun (können).

Der Nachhaltigkeitsrat bringt das Anliegen der nachhaltigen Entwicklung in die Breite der Gesellschaft und an die Unternehmen heran. Diese wichtige Aufgabe anerkennt auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. In diesem ganzheitlichen Verständnis hat die Nachhaltigkeitsstrategie den „Triple-Ansatz“ in Politik und Öffentlichkeit gebracht. Er gibt ein klares Bild der notwendigen Maßnahmen:

- a) *innerhalb* Deutschlands (etwa zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks),
- b) *mit* Deutschland (mit den Mitteln der Friedenssicherung, der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Kooperation) und – als neues Element –
- c) *durch* Deutschland (durch Schaffung von Lösungsoptionen auf nationaler Ebene, die auch anderen Ländern nützlich sind, wie etwa in der Photovoltaik)

sich selbst und gegenseitig mit allen anderen zugesagt, ambitioniert und namhaft zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz beizutragen. Die Universalität des Anliegens bringt eine neue Qualität; globales und republikanisches Denken rücken unmittelbar zusammen. Folglich ist die politische Konzeption der Nachhaltigkeitsstrategie neu zu ordnen und zu gestalten. Hierzu haben wir der Bundesregierung in einer frühzeitigen und ausführlichen Analyse Herangehensweisen und Reformansätze

empfohlen. Vor allem sollten sich die deutschen Nachhaltigkeitsziele strukturell an den globalen orientieren und dem Triple-Ansatz folgen (Maßnahmen innerhalb Deutschlands, positive Wirkung auf die Welt durch heimische Maßnahmen und mit deutscher Hilfe in Partnerländern).

Das muss nun vom Papier zur Praxis werden, vom guten Konzept zur gestaltenden Kraft. Dabei treten konkurrierende Ziele auf. Das spricht nicht gegen, sondern für Nachhaltigkeitsstrategien. Egal ob beim Staat, in Kommunen oder bei Unternehmen, sie müssen auf lernende Weise koordiniert und gesteuert werden. Das betrifft – auf jeweils entsprechendem Niveau – alle Handlungsebenen der Republik. Politisch geht es um das Management der öffentlichen Dinge; individuell geht es um alltägliche Entscheidungen. Jeder entscheidet.

Jeder ist Teil einer Generation, die für ihre Zukunft und alles Leben auf der Erde Verantwortung trägt, indem sie ökologische Belastungsgrenzen respektiert.

Es gilt, würdevoll und fair mit sozialen und finanziellen Ressourcen umzugehen, sodass Belastungen und Risiken vermieden und Chancen und Freiheitsgrade im globalen Kontext vergrößert werden. Sofern der Zukunft Lasten aufgebürdet werden müssen, sollen diese vorsorgend minimiert und durch Innovation und bessere Herangehensweisen soll für spätere Lösungsalternativen gesorgt werden. Das muss zum Grundprinzip der Nachhaltigkeit werden.

Die Kraft

Seit 2002 gibt es in Deutschland eine Nachhaltigkeitsstrategie. In der breiten Öffentlichkeit ist sie kaum bekannt. Das ist ein ernst zu nehmendes politisches Manko – zumal Nachhaltigkeitsstrategien in interessierten Kreisen und im Fachpublikum längst ihre Nützlichkeit und innovative Kraft bewiesen haben.

Unsere Dialoge mit Experten und Zielgruppen wie den 100 jüngsten Kommunalpolitikern, mit Oberbürgermeistern, Jugendlichen, Hochschulen und Wissenschaftlern aus sozialen und ökologischen Forschungsvorhaben, aber vor allem auch mit Unternehmen und Wirtschaftszweigen zeigen das auf.

Nicht zuletzt die Basisinitiativen haben einen positiven Trend ausgelöst. Die Spitze eines breiten Eisberges zeichnen wir jedes Jahr als Projekte der Werkstatt N aus und dokumentieren ihre Initiativen. Sie unterstreichen, dass Nachhaltigkeit zu einem Teil der Lebenswirklichkeit geworden ist und sich die kreative politische Kultur daran ausrichtet.

Es ist eine ermutigende Resonanz, wenn gleichzeitig immer mehr Menschen in Unternehmen, in Kommunen und in der Wissenschaft auf Nachhaltigkeitskurs gehen. Es sind sicher noch nicht so viele wie nötig und wohl auch möglich. Aber ihre Beteiligung zum Beispiel am Deutschen Nachhaltigkeitspreis zeigt, dass sie nicht mehr zu übersehen sind.

Insgesamt ist viel Raum nach oben. Deshalb bauen wir regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien auf. Wir setzen uns für den Aufbau von Nachhaltigkeitsstrategien in Kommunen, Unternehmen und in der Wissenschaft ein, ermuntern Branchen und Nichtregierungsorganisationen zu weiteren und ambitionierteren Nachhaltigkeitsstandards für Wertschöpfungsketten wie etwa im Bereich Kaffee, Textil, Palmöl, Kakao, Soja, Biomasse etc. Wir unterstützen neues Denken zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, zu nachhaltiger Kreislaufwirtschaft und nachhaltiger Unternehmensführung und zur Nachhaltigkeit.

Das Ziel nachhaltiger Städte und Siedlungen ist eine wesentliche Voraussetzung für den engagierten Klima- und Ressourcenschutz und soll diese mit einer demokratischen und allen zugänglichen Daseinsvorsorge verbinden.

Hierzu bekennen sich die über 30 am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister.

Den „Nachhaltigen Warenkorb“ führen wir als Projekt seit 2001 fort, jüngst auch als türkische Ausgabe. Die klare Entscheidungshilfe zur Produktkennzeichnung spricht uns alle als Konsumenten an. Wir aktualisieren sie kontinuierlich. An die Politik gerichtet zeigt das, dass die Messung der Nachhaltigkeit im Konsum mittels Indikatoren möglich und machbar ist.

Der Nachhaltigkeitsrat hat den Nachhaltigkeitskodex erfolgreich platziert. Er bietet eine große Chance, das nachhaltige Wirt-

schaften in den Markt einzuflechten. Als neuartige und praktische Transparenzinitiative genießt er hohe Reputation und findet viele namhafte Anwender in Wirtschaft und Politik. Bei allem Erfolg ist die Hauptaufgabe noch nicht angegangen: Nachhaltigkeit ist noch weit davon entfernt, als Normalität Teil des Entscheidens und Handelns zu sein. Nachhaltigkeitsprofile von Auftraggebern und Auftragnehmern, Geldgebern und Investoren sollten in Zukunft Grundlage für finanzielle Transaktionen sein. Das würde Risiken mindern und Chancen für eine nachhaltige Wirtschaft vergrößern.

Jüngste RNE-Projekte (Auswahl)

[Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex](#)

[OB-Dialog „Nachhaltige Stadt“](#)

[Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit](#)

[Auszeichnung Projekt N](#)

[Dialog Hochschule und Nachhaltigkeit](#)

[Dialog Zukunft Vision 2050](#)

[Dialog „Generation Carlowitz“](#)

[Dialogprojekt Kommunale Nachhaltigkeit](#)

[Der Nachhaltige Warenkorb](#)

[RENN, Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien](#)

[Wettbewerb BodenWertSchätzen \(in Kooperation mit DBU\)](#)

[Unterstützung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises](#)

Nach 15 Jahren

In diesem Jahr besteht der Nachhaltigkeitsrat 15 Jahre. Das ist ein Grund zum Staunen und zur Ungeduld. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist in der Gesellschaft angekommen. Das mag jene erstaunen, die uns vor 15 Jahren attestierten, wir setzten auf ein Plastikwort und seien kaum mehr als ein Alibi für regierendes Nichthandeln. Umweltschützer befürchteten, dass ihr Anliegen im Interessenausgleich mit sozialen oder ökonomischen Zielen zu kurz komme. Das praktische Handeln hat diese Vorbehalte und Vorurteile widerlegt. Heute wird in der Nachhaltigkeitsdebatte wie selbstverständlich über konkrete Ziele, planetare Grenzen, das Anthropozän und die globale Nachhaltigkeitsagenda gesprochen.

Damals waren wir unter den Ersten bei dem Versuch, quantifizierte Ziele und Indikatoren in den Politikbetrieb einzubringen. Der wehrte sich mit grundsätzlichen Vorbehalten. Heute ist das Prinzip akzeptiert und selbst auf globaler Ebene ein mehr oder weniger anerkanntes Format der Politik.

Immer mehr Menschen kennen den Begriff der Nachhaltigkeit und lassen sich beim Einkauf und im täglichen Leben davon leiten oder versuchen es wenigstens.

Aber ist Nachhaltigkeit wirklich schon der parteiübergreifende Konsens, von dem alle reden? Und ist er auch schon ein gefestigter gesellschaftlicher Konsens? Wie wird er in die Regierungsbildung der 2017 zu wählenden Bundesregierung eingehen?

Wird er Innovationen und Reformen antreiben oder wird er wegverwaltet werden? Wird der Nachhaltigkeit auch wirklich der Verfassungsrang gegeben, der ihr als Gestaltungsprinzip der Zukunft zukommt? Werden wir unsere institutionellen Anfänge ausbauen können?

Gerade jetzt droht die politische Kraft des Begriffs zu erlahmen.

Gerade jetzt, wo Nachhaltigkeit und Klimaschutz global vorangebracht werden müssen, stellt das politische Momentum uns vor Rätsel. Was bedeutet es politisch, wenn zwar viele Menschen schon freiwillig beim Einkaufen auf Plastiktüten verzichten, aber jedes Buch einzeln eingeschweißt verkauft wird und verpackte Lebensmittel den offen angebotenen vorgezogen werden?

Wenn die Furcht vor dem Armutsrisiko politisch ein höheres Gewicht hat als die Bekämpfung der tatsächlichen Armut? Wenn die Energiewende auf große öffentliche Unterstützung bauen kann, aber selbst erste Schritte zur Transformation anderer wichtiger Felder ausbleiben?

Gerade auf der Welle der relativen Erfolge sind weder Zufriedenheit noch bescheidenes Abwarten gute Ratgeber. Genaues Hinsehen auf das, was ist, und konzeptionelles Denken über das, was kommen mag und soll, sind jetzt gefragt.

In unserer Republik hat jeder Wertekonsens den politischen Effekt, dass er sowohl Verzagte und Geängstigte als auch Gestalter und Mutige zusammenführt. Die Reflexe von Abwehr und Erhaltung treffen auf Veränderungswillen und die Notwendigkeit zu strukturellen Impulsen, wie etwa beim Autobau oder bei der Kohleverstromung.

In einer nachhaltigen Entwicklung sollte es gelingen, ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen.

Wichtiger noch aber muss uns sein, die Wurzel von Krise, Unbehagen und Mutlosigkeit in Europa anzugehen.

Dazu braucht es mitreißende Ideen zur Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien, zur abfallfreien Kreislaufökonomie, zur gemeinwohlorientierten Pflege und Rente, zum nachhaltigen Bauen im Gebäudebestand, zum öffentlichen Nahverkehr.

Das weist beispielhaft die Richtung, wenn es um Sharing Economy und die digitale Agenda, um Wettbewerbsfähigkeit und gutes Leben geht.

Ein „business as usual“ darf es nicht geben, natürlich.

Es ist gut, dass sich viele hierzu bekennen. Aber die Maxime ist trivial, solange nicht deutlich wird, worin eigentlich das Übliche besteht und was eigentlich mit dem aus dem Englischen so schwer übertragbaren Inhalt des „business“ gemeint ist. Es sind gewiss weite Wege, die wir zu gehen haben. Unsere republikanische Grundordnung muss Demokratie und Markt zu Integration und Ambition befähigen. Trotz der grundsätzlich guten Voraussetzungen wird manches wohl schwierig werden. Aber es wird auch Chancen geben, entdeckte und noch viel mehr solche, die uns überraschen werden. Halten wir uns bereit und nutzen wir, was sich uns bietet.

„Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.“

RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Wer ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung und was tut er?

NACHHALTIGKEIT HAT VIELE GESICHTER.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde erstmals im April 2001 von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an. Er berät die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und soll mit Vorschlägen zu Zielen und Indikatoren zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen sowie Projekte zur Umsetzung dieser Strategie vorschlagen. Eine weitere Aufgabe des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit. Mit dem Aufzeigen von Folgen gesellschaftlichen Handelns und der Diskussion von Lösungsansätzen soll die Vorstellung von dem, was Nachhaltigkeitspolitik konkret bedeutet, bei allen Beteiligten und in der Bevölkerung verbessert werden.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fort und hat den RNE zum 1. November 2016 für weitere drei Jahre berufen. Als fachlich unabhängiges Gremium berät der Rat für Nachhaltige Entwicklung sie dabei und gibt regelmäßig Impulse zur Fortentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.



MARLEHN THIEME

Vorsitzende des Rates, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Vorsitzende des ZDF-Fernsehrates



OLAF TSCHIMPKÉ

Stellvertretender Vorsitzender des Rates, Präsident des Naturschutzbund Deutschland (NABU)



PROF. DR. ALEXANDER BASSEN

Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg



ULLA BURCHARDT

Mitglied des Bundestages a. D.



KATHRIN MENGES

Personalvorstand und Vorsitzende des Sustainability Council von Henkel



ALEXANDER MÜLLER

Beigeordneter Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) a. D., Staatssekretär BMVEL a. D.



KATHERINA REICHE

Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Parlamentarische Staatssekretärin a. D.



PROF. DR. LUCIA A. REISCH

Professorin Copenhagen Business School, Gastprofessorin an der Zeppelin Universität Friedrichshafen



DR. WERNER SCHNAPPAUF
Senior Advisor der Bank of America Merrill Lynch in Deutschland/EMEA; Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz a. D., Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie a. D.



FRAU DR. IMME SCHOLZ
Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE)



PROF. DR. ULRICH SCHRAML
Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden Württemberg, Freiburg i. Br.



PROF. DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart a. D., Vorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung



ACHIM STEINER
Direktor Oxford Martin School/University of Oxford; Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) a. D.



PROF. DR. HUBERT WEIGER
Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)



HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D.; Vizepräsidentin der Freunde des Globalen Fonds Europa



PROF. DR. GÜNTHER BACHMANN
Generalsekretär des Rates



VICTORIA DIEKKAMP
Stellvertretende Generalsekretärin des Rates

Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Revue der Positionen – 15 Jahre Rat für Nachhaltige Entwicklung
- Interaktive Chronik des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- www.nachhaltigkeitsrat.de



**FRAGE NICHT, WAS
„NACHHALTIGKEIT“ DIR
BRINGT, SONDERN WAS
SIE DURCH DICH WIRD!**

Der erste Open SDGclub.Berlin



Der erste Open SDGclub.Berlin

von GÜNTHER BACHMANN

Generalsekretär – Rat für Nachhaltige Entwicklung

Skepsis ist im Raum. 90 Menschen aus 32 Ländern stehen beim Empfang, viele mit verschränkten Armen, alle skeptisch oder zurückhaltend. Konferenzen mit überlangen, frontalen Vorträgen kennen sie zur Genüge. Zu oft schon wurden ihre Hoffnungen enttäuscht. Jetzt treffen sie zum ersten Open SDGclub.Berlin ein, den der Nachhaltigkeitsrat im November 2016 ausrichtet.

Mit SDG sind die Sustainable Development Goals der weltweiten Agenda für das Jahr 2030 gemeint, die die Staaten der Welt 2015 verabschiedet haben. Insgesamt sehr allgemein, aber durchaus auch mit einigen Zähnen, Ecken und Kanten beschreiben sie das Anliegen, Nachhaltigkeit universell in allen Staaten anzugehen. Sie wollen die Menge von Lebensmitteln halbieren, die beim Ernten verloren geht oder vor dem Konsum weggeworfen wird. Sie wollen Armut und Hunger bekämpfen, aber auch eine gesunde Ernährung, ein faires Wirtschaften und den Schutz der Umwelt, gute Schulbildung und nachhaltige Städte ermöglichen.

Erstmalig wird Nachhaltigkeit weltweit in Zielen und Zahlen greifbar.

Aber zunächst müssen die diplomatischen Formeln in konkretes Leben umgewandelt werden. Das erfordert Fantasie und Mut. Auch erfordert es staatliches Handeln und



die Verantwortung von Regierenden – und ein breites Handeln in der ganzen Gesellschaft.

Unsere Einladung macht ein abstraktes Anliegen zu einer persönlichen Sache.

Aus Überzeugung soll Inspiration werden. Offen ist der Open SDGclub.Berlin, weil er nicht exklusiv im Hinterzimmer stattfindet, sondern weil sich alle einbringen. Eingeladen sind Aktive aus Nachhaltigkeitsräten oder ähnlichen Gremien, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsvereinigungen sowie aus einigen UN-Einrichtungen zur nachhaltigen Entwicklung. Die Schreibweise „Punkt-Berlin“ signalisiert die Idee, das Ganze in anderen Orten zu wiederholen. Würde das nur eine weitere folgenlose Konferenz werden, von denen es ohnehin zu viele gibt? Reden statt handeln, Wohlfühlen im Schutz von Gleichgesinnten? Und am Ende nichts geschafft? Das ist auch meine Frage. Hoffnungen haben sie alle, aber ihre Erfahrung warnt sie vor Enttäuschungen. Die erste Überraschung: Nur die wenigsten kennen sich, es ist keines der üblichen Familientreffen.

Und dann: Es gibt kein Rednerpult. Die Stühle stehen in Kreisen um eine kreisrunde Bühne in den Farben der 17 Sustainable Development Goals. Meine vierseitige Begrüßungsrede gebe ich schriftlich zu Protokoll und wir starten stattdessen mit einem Interview in freier Rede. Schnell folgt der generelle Gedankenaustausch aller Teilnehmer. Gesprochen wird aus der Mitte heraus. Es zählt das freie Wort. Ob man es glaubt oder nicht, schon das ist eine Innovation. Die Begeisterung nimmt zu.

Die Debatte zeigt: Was Regierungen tun oder unterlassen, bleibt wichtig.

Aber entscheidend sind die Ideen und Innovationen aus der Mitte der Gesellschaft. Das ist einfacher gesagt als getan. Denn dort, wo staatliche Machthaber sich ohnehin kaum für Umweltschutz, Menschenrechte und faire Wirtschaft engagieren, lassen sie auch den politischen Raum für nicht staatliche Akteure gezielt schrumpfen. Auch dort, wo die Zivilgesellschaft einseitig auf den Staat setzt und ihn zum Schlüssel für die Nachhaltigkeit macht, fehlen Lösungen. Ebenso da, wo nur über, aber nicht mit wirtschaftlichen Akteuren gesprochen wird. Oft legt das die ambitionierten Ziele und Aktionen sogar eher lahm und führt zu Verdruss und unsinnigen Kämpfen zwischen unterschiedlich zuständigen Fachgemeinschaften, Lobbys und „Silos“. Erst wenn die Umsetzung der universellen Nachhaltigkeitsziele und der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung zum Anliegen der gesamten Gesellschaft wird, gibt es eine Chance auf Durchbrüche und reale Verbesserungen. Im inspirierenden Austausch vielfältiger Erfahrungen entstehen



neue Ideen. Der Club fragt nach dem eigenen Tun („durch mich“), weil die Summe mehr ist als die Addition der Teile.

In kleineren Laboratorien und unterschiedlichen Formaten erarbeitet der Club Annäherungen an die zeitgemäße Interpretation von Nachhaltigkeit und an gesellschaftliche Impulse und Bewegungen zur Überwindung festgefahrener Silos,

kurz an das, was für mich das „18. SDG“ ist (siehe unten).

Der zweite Club-Tag ist mit „A Space for Ideas“ überschrieben. Wir wechseln den Versammlungsort und ziehen in eine alte Fabrik in einem typischen Berliner Hinterhof. Vor hundert Jahren hat es hier gedampft und gehämmert. Jetzt scheint es so, als würden allein die Graffiti und die übermalten Türen und Fenster das verfallene Gebäude zusammenhalten. Die Treppe in den dritten Stock ist dunkel und nass. Oben dann die nächste Überraschung. Uns erwartet ein Werk-Loft mit warmer Atmosphäre aus alten Industrielampen, Spinden, Holztischen und Steinwänden: Ein Platz für Ideen. Sie entstehen, wenn sich Erfahrungen und Erwartung treffen. Dabei hilft, wenn sich Zukunftsdenken mit Konzepten verbinden lässt und wenn man Vorhandenes neu verknüpft und Kooperationen ermöglicht.

Darf man als Gastgeber und vor allem auch als Deutscher vorangehen und Lösungen vorschlagen? Ist man nicht besser beraten, aus der zweiten Reihe heraus zu moderieren und zu unterstützen? Passt das nicht eher zur traditionellen Rolle Deutschlands?



© André Wagenzik

Müssen wir nicht selbst erst einmal unsere historische „Umweltschuld“, gemeint ist der ökologische Fußabdruck aus Ressourcenkonsum und klimaschädlichen Emissionen, verringern? Gute Freunde rieten mir, mit eigenen Vorschlägen zurückhaltend zu sein. Was ist richtig?

Im Space for Ideas trage ich vor, welche unserer Projekte und Erfahrungen sich andernorts nutzen ließen. Ich spreche über die Aktionstage zur Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa.

Mit geringem Aufwand erhöhen wir das politische Profil vieler Tausend Aktionen auf lokaler Ebene überall im Land.

Bei den „Taten für morgen“ zeigen wir Filme, kochen in Gemeinschaft oder machen eine Recyclingaktion. Schon jetzt sind wir offen für Beiträge aus der ganzen Welt.



Wie einfach wäre es, dies breit und aktiv zu unterstützen? Ich spreche über den Nachhaltigkeitskodex, den wir im Gespräch mit Stakeholdern und in der Praxis entwickelt haben. Er hilft Unternehmen dabei, über ihre Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung zu berichten. Er kann auch in anderen Ländern genutzt werden. Wie einfach wäre es, das Instrument auch außerhalb von Deutschland anzuwenden? Unsere Konferenzen und Meetings bringen wir konsequent auf einen grünen Pfad, um zu zeigen, dass Nachhaltigkeit immer konkret ist und dass auf Reden immer Tun folgen soll. Wäre das nicht auch anderswo nützlich?

Natürlich stehen wir in Deutschland in vielerlei Hinsicht an Anfängen. Auch das wird klar. Der Agrarlandschaft mangelt es an Biodiversität. Flächenfraß, Überkonsum und Verschwendung verdecken gute Ansätze zu Suffizienz und Einsparungen. Statt in ein vollständiges Recycling über-

zugehen, führen wir noch immer Rohstoffe ein, deren Gewinnung anderswo in der Welt ökologisch und sozial problematisch ist. Unter allen hoch entwickelten Ökonomien ist Deutschland eine der vitalsten. Die Gesamtverschuldung fällt (und ist immer noch über der Maastricht-Grenze), die Einkommensunterschiede haben zuletzt nicht zugenommen. Trotzdem wächst der Unmut weiter Bevölkerungskreise. Allein materiell lässt sich das nicht erklären. Noch drängt uns der stumme Zwang zum Wirtschaftswachstum in falsche Richtungen; sowohl kulturell, sozial wie auch ökologisch und sogar ökonomisch.

Am dritten Tag des Open SDGclubs ist die Skepsis vollständig der Neugier auf die eigene Kraft gewichen. Wertschätzung schafft Vertrauen. Vertrauen wird zur Kraft auf Gegenseitigkeit. Im Club entstehen die ersten Pläne für eigene Aktionen „zu Hause“. Mitgliedsausweise für den Club gibt es nicht. Er ist ja offen, soll sich durch die Teilnehmenden vervielfachen. Aber dennoch wächst der Wunsch danach. Kleine Schnipsel aus dem Bühnengrund, von den Teilnehmenden selbst herausgeschnitten, dienen als Eintrittskarte für die erneute Einladung zum SDGclub.Berlin, den ich für 2018 ankündige. Für mich der größte Effekt: Es wird gesungen (wo passiert so etwas überhaupt?). „You’ll never walk alone“ und „What a wonderful world“, mit Stimmen aus Barcelona und St. Lucia.

Die Schlussfolgerungen?

Der Open SDGclub.Berlin hat alle Erwartungen erfüllt und macht Mut auf mehr und bessere Multistakeholder-Dialoge. Besser im Sinne ermutigender Gesprächskultur

ihrer eigenen, geschützten Reihen.

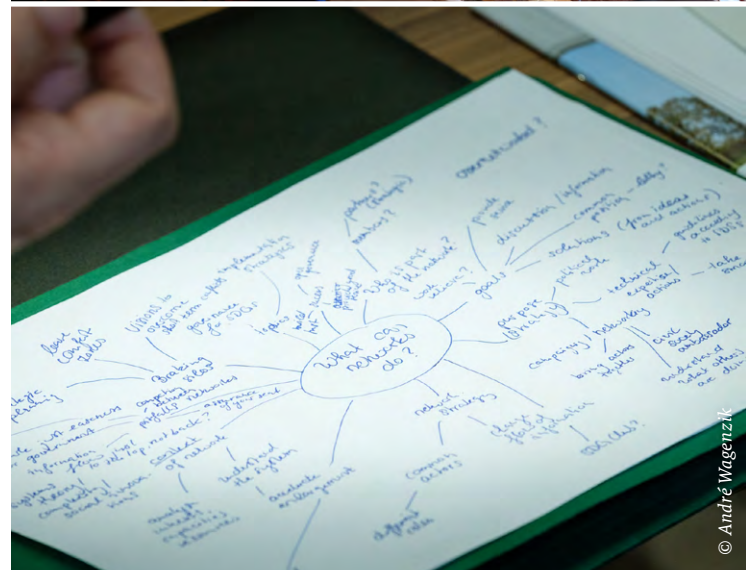
Um die Transformation zur nachhaltigen Entwicklung als gesellschaftliche Kraft auf allen Ebenen voranzubringen, braucht es andere Qualitäten von Führung.

Macht schöpfen sie aus der Integrität von Wort und Tat. Wer lebt, was er predigt, überzeugt auch andere. Nicht alles muss hundertprozentig gelingen, Zielkonflikte lösen sich nicht in Luft auf. Wichtig ist, dass man sie bewusst und offen angeht. Zukunft beeinflussen diejenigen am meisten, die sich so verhalten, als wäre die Zukunft da. Hoffnung ist nichts für Leute, die unzureichend informiert sind.

Herzlichen Dank an Verónica Tomei und Isolde Magin-Konietzka für die inhaltliche Vorbereitung und umsichtige Organisation und dem ganzen Club für engagiertes Mitmachen.

Weiterlesen

- www.nachhaltigkeitsrat.de/opensdgclub/





Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Bestandteil der
Nachhaltigkeitsagenda



**Menschenrechte, Chancengerechtigkeit,
Rechtsstaatlichkeit, Zugang zu Bildung,
geteilter Wohlstand – die Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung der
Vereinten Nationen verdeutlicht:
Ohne Gerechtigkeit ist eine nachhaltige
Entwicklung nicht möglich.**

von ROBERT BÖHNKE und VERÓNICA TOMEI

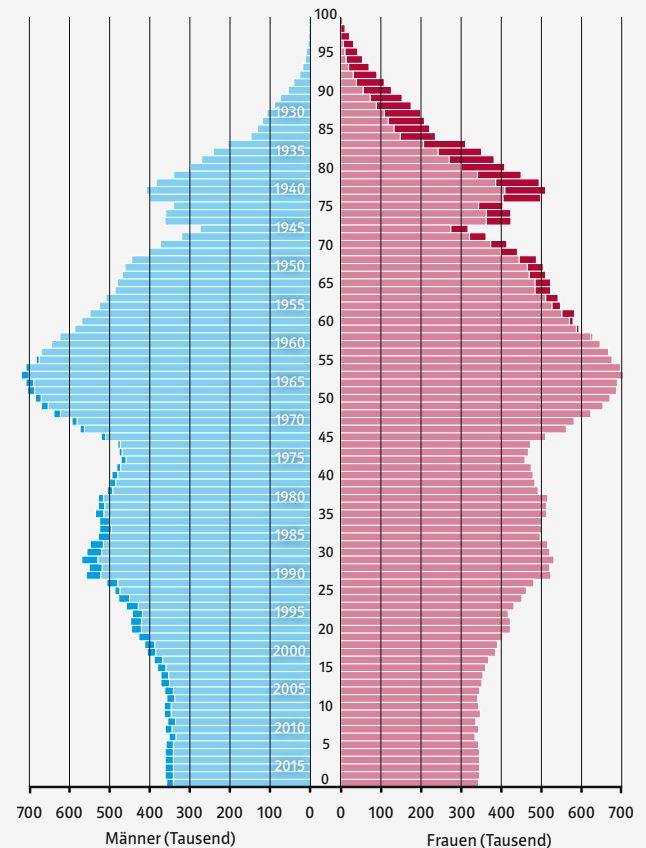
Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der als einer der größten Impulsgeber für Nachhaltigkeitspolitik gilt, rückte bereits 1987 den Aspekt der Generationengerechtigkeit ins Zentrum seiner richtungsweisenden Definition: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation deckt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Mit der Konferenz der Vereinten Nationen von Rio de Janeiro 1992 erhielt das Prinzip globale Gültigkeit – nachhaltige Entwicklung umfasst die soziale, ökologische und ökonomische Dimension. Das ist auch die Grundlage der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 und ihrer 17 globalen Nachhaltigkeitsziele. Kein Ziel steht dabei für sich allein, sie wirken und

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung lässt sich in Deutschland bis ins 18. Jahrhundert zurück datieren. Auch in anderen Staaten und Wirtschaftsräumen hat es lange Wurzeln, die weit zurück in die Vergangenheit reichen. In Deutschland hat das Leitbild innerhalb der letzten 20 Jahre besonderen Aufwind erhalten.

Altersaufbau in Deutschland

Stand 2014

www.service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/



Quelle: Destatis

beziehen sich aufeinander. Die Agenda führt damit die Politik- und Diskussionsstränge der klassischen Entwicklungspolitik und der globalen Nachhaltigkeitspolitik zusammen. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet, diese Ziele bis 2030 zu erreichen. Nachhaltige Entwicklung kann

1987

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung definiert im sogenannten Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung.



BEST PRACTICE

Kiron Open Higher Education: Hochschulbildung für Geflüchtete

Kiron Open Higher Education wurde 2015 von Studenten als Crowdfunding-Projekt gegründet. Das Ziel des Social Start-ups ist der Abbau von bürokratischen Barrieren, die Geflüchteten bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums in Deutschland entgegenstehen. Studierende absolvieren ein zweijähriges Onlinestudium und schließen daran ein einjähriges Studium an einer Partnerhochschule an. Kiron unterstützt die Studierenden zudem mit Beratung und Equipment.

Im Gegensatz zu staatlichen Hochschulen ist dieses Studium unabhängig von Aufenthaltsstatus und -ort sowie ohne den Nachweis von Zeugnissen möglich. Das Bachelorstudium ist kostenfrei. Die derzeit 1.500 Studierenden können zwischen den Fachrichtungen Informatik, Sozial-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften wählen. Kiron konnte bereits mit 24 Hochschulen in Deutschland, Frankreich, Jordanien und Italien Partnerschaften abschließen. Unterstützt wird Kiron Open Higher Education vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und einem Netzwerk aus Stiftungen und Unternehmen.

www.kiron.ngo/about

nur gelingen, wenn Gerechtigkeit und Freiheit es den Menschen ermöglicht, ihre Potenziale zu nutzen. Verlässliche Rahmenbedingungen, gemeinsame Werte, Chancengerechtigkeit, vertrauenswürdige Institutionen oder eine transparente und unabhängige Rechtsprechung sind laut „Bericht über die menschliche Entwicklung 2015“ der UNDP¹ unerlässlich für eine langfristig positive und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Rahmenbedingungen, die in Deutschland gegeben sind.

Das Ziel sozialer Gerechtigkeit hat Tradition in Deutschland

Die Diskussion der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit ist durch den internationalen Agenda-2030-Prozess auch in Deutschland noch einmal verstärkt worden. Dabei blicken wir auf eine Tradition, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts mit dem sozial aufgeklärten sogenannten rheinischen Kapitalismus und vor allem mit der Sozialgesetzgebung Bismarcks begann: Krankenversicherung, Unfallversicherung und Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter nahmen erste Umrisse an, um dann bis heute zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft und der ökosozialen Verantwortung heranzureifen.

¹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Entwicklung international

1992

Der UN-Weltgipfel in Rio de Janeiro beschließt die Agenda 21.

2000

Die Vereinten Nationen beschließen die acht Millennium-Entwicklungsziele u. a. zur weltweiten Bekämpfung von Armut.

Entwicklung in Deutschland

26. Juni 1998

Der Abschlussbericht der Enquetekommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des Deutschen Bundestages fordert die Bundesregierung dazu auf, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln.

Gerechtigkeit ist dabei nicht allein Aufgabe des Staates und der Gesetzgebung. Für Deutschland charakteristisch ist, dass alle gesellschaftlichen Ebenen einbezogen sind: vom Staat über Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Initiativen von Bürgern existiert ein flächendeckendes Netz aus Institutionen und Gesetzen, das dafür sorgen soll, dass jeder die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben erhält. Den freien Kräften des Marktes ist damit in Deutschland das Instrument des sozialen Ausgleichs korrigierend zur Seite gestellt.



Wenn wieder ins allgemeine Bewusstsein tritt, dass sich gesellschaftlicher Wohlstand nicht allein an der Steigerung des Bruttonationalprodukts bemisst, sondern zuallererst danach, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht, dann werden die notwendigen Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaats erfolgreich sein.

HEINRICH BEDFORD-STROHM
Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Selbstorganisation der Gesellschaft ist dabei ein hohes Gut und sichert wichtige Funktionen des gesellschaftlichen Lebens. Über 20 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich unter anderem in Sportvereinen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen. Ohne ehrenamtliche Arbeit

wäre in den letzten Jahren beispielsweise die Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten schwerer zu bewältigen gewesen. Auch Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände sind tragende gesellschaftliche und wirtschaftliche Säulen. Das duale Ausbildungssystem sorgt für gut ausgebildete junge Menschen und eine im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit. Hinzu kommt ein von der Grundschule bis zu den Hochschulen kostenfreies Bildungssystem in Verantwortung der Länder. Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben eingespielte Verfahren entwickelt. Konsens und Dialog, Ausgleich und Gerechtigkeit sind dabei tragende Werte. Gerechtigkeit ist aber kein Zustand, sondern ein fortwährender Prozess. Die Agenda 2030 gibt auch Deutschland Aufgaben mit auf den Weg.

Wo steht Deutschland?

Recht auf Bildung, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse – die Grundrechte sind elementar. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie benennt an vielen Stellen die Herausforderungen und Ziele sozialer Gerechtigkeit explizit. Laut OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) steht in Deutschland einer

Entwicklung international

2001

Die Europäische Union beschließt ihre erste Strategie zur nachhaltigen Entwicklung.

Entwicklung in Deutschland

im internationalen Vergleich durchschnittlichen Einkommensungleichheit eine hohe Ungleichverteilung der Vermögen gegenüber. Die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern spiegeln die regionale wirtschaftliche Entwicklung wider – mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung liegen die Einkommen in den neuen



Für mich sind die Menschen in ihrer Würde gleich, aber nicht in ihren Lebenschancen. Da gibt es furchtbare Diskrepanzen. Die Politik ist dazu da, diese so weit es geht auszugleichen. Es geht um Chancengerechtigkeit.

GESINE SCHWAN
Präsidentin und Mitgründerin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Bundesländern weiterhin mehr als 20 Prozent unter denen in den alten Bundesländern, und auch dort sind sie regional sehr unterschiedlich. Im weltweiten Vergleich sind die Ungleichheiten der Einkommen in Deutschland noch eher nur mäßig gravierend, zumal der deutsche Exportüberschuss auch abmildernd wirkt. Aber das spielt in der Diskussion innerhalb Deutschlands kaum eine Rolle.

In Deutschland gilt als „armutsgefährdet“, wer über ein bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Median-Einkommens verfügt. Diesen Anteil so

niedrig wie möglich zu halten ist erklärtes Ziel. Insoweit ist Armut auch für eine reiche Nation wie Deutschland eine Herausforderung. Das geht aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zur sozialen Lage in Deutschland hervor. Laut statistischem Monitoring zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland galten daher im Jahr 2015 10,7 Prozent der Bevölkerung in Deutschland als materiell depriviert, 4,4 Prozent waren von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Dies ist ein leichter Rückgang gegenüber 2010. Wichtig sind jedoch auch die regional starken Unterschiede: Insbesondere in Großstädten finden sich oft geringere Einkommen als im Durchschnitt einer Region. Höhere Wohnkosten in den Städten führen dabei häufig zu Überlastung der Haushaltseinkommen. Abnehmende Bevölkerungszahlen in vielen ländlichen Regionen führen oftmals wiederum zu Fachkräftemangel, sinkenden Steuereinnahmen und Finanzierungsproblemen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Gerechtigkeitsfrage umfasst aber mehr als Ungleichheit bei Wirtschaftsentwicklung, Einkommen und Vermögen. Was den Bildungsbereich anbelangt, so verfügen über 97 Prozent der Bevölkerung mindestens über eine Sekundarschulbildung, das Bildungsniveau steigt beständig an: 40 Prozent einer Altersgruppe beginnen

Entwicklung international

Entwicklung in Deutschland

4. April 2001

Bundeskanzler Gerhard Schröder beruft erstmalig den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Ab 2005 setzt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Berufung fort.

17. April 2002

Verabschiedung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung. Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie ab 2004 alle vier Jahre.

BEST PRACTICE

Genossenschaften: Die Gesellschaft befähigt sich selbst

Genossenschaftsmodelle existieren in Deutschland seit 1847. Die ersten Vorläufer waren Hilfsvereine und Darlehenskassen. Sie unterstützten Landwirte beim Erwerb von Saatgut und Düngemitteln. Die Kredite konnten mit der eingefahrenen Ernte refinanziert werden.

Heute gibt es in Deutschland rund 7.700 Genossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen mit mehr als 22 Millionen Mitgliedern und rund einer Million Angestellten. Genossenschaften reagieren auf strukturbedingte Herausforderungen: Genossenschaftliche Dorfläden, Dorfgasthäuser oder Schwimmbäder gestalten die Regionen lebenswerter. Kinderbetreuung über Familiengenossenschaften fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung wird teilweise über genossenschaftliche Ärzthäuser gesichert.

Die über 2.000 Baugenossenschaften in Deutschland haben mehr als drei Millionen Mitglieder. Von insgesamt über 41 Millionen Wohnungen in Deutschland werden mehr als zwei Millionen Wohnungen von den Baugenossenschaften verwaltet.²

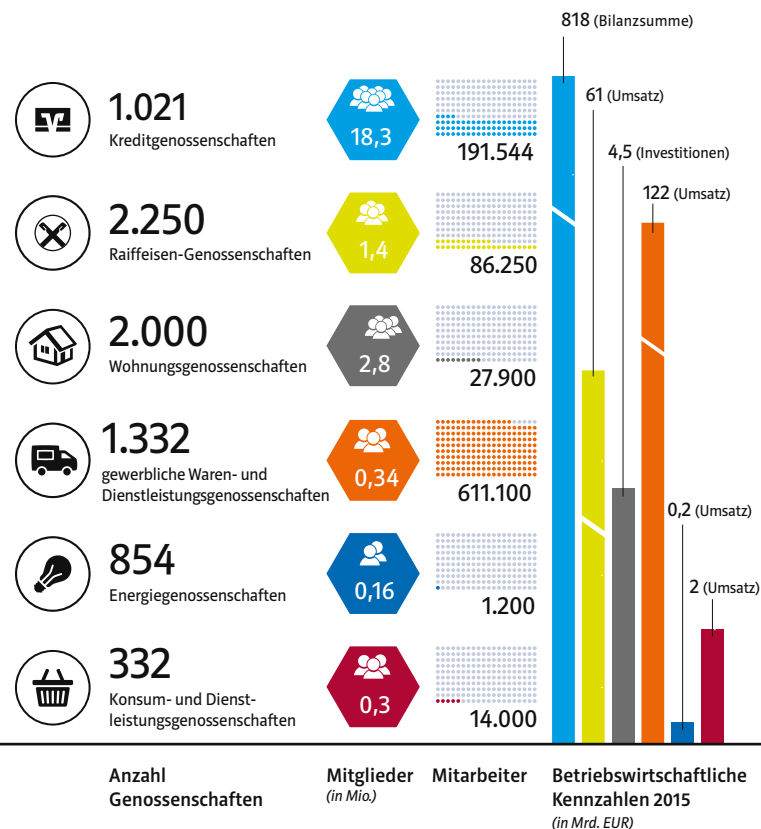
Die Baugenossenschaftsmitglieder zahlen günstige Mieten und treffen demokratische Entscheidungen über ihre Wohnanlagen. Die überwiegend aus der Mitte des 20. Jahrhunderts stammenden Wohnungen sind zu 90 Prozent saniert und modernisiert. Neue Wohnformate wie Mehrgenerationenhäuser sind oft nach dem genossenschaftlichen Modell organisiert.

Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband:
www.dgrv.de

Genossenschaften auf einen Blick

Die genossenschaftliche Gruppe ist die mit Abstand mitgliederstärkste Wirtschaftsorganisation in Deutschland. Mit mehr als 22 Millionen Mitgliedern und fast einer Million Mitarbeitern sind die rund 7.700 Genossenschaften eine treibende Kraft für Wirtschaft und Gesellschaft. Jeder vierte Bundesbürger ist statistisch gesehen Mitglied einer Genossenschaft. Genossenschaften gibt es in vielen verschiedenen Bereichen und Branchen.

Quelle: DGRV



² Quelle: Statistisches Bundesamt
[www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/
 EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/Wohnungsbestand.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/Wohnungsbestand.html)

heute ein Studium. Dennoch ist der Bildungserfolg weiterhin stark abhängig von der sozioökonomischen Situation der Familien – eine zentrale Herausforderung für die Chancengerechtigkeit in Deutschland. Das betrifft auch die Gleichberechtigung der Geschlechter: Zwar verfügen Frauen heute über das gleiche und in jüngeren Altersgruppen sogar über ein höheres Bildungsniveau als Männer – dennoch verdienen sie im Schnitt noch über 20 Prozent weniger als Männer in gleichen Positionen. Trotz ihrer Qualifikation liegt der Anteil von Frauen in Führungspositionen bei nur 30 Prozent und damit unter dem Durchschnitt der 28 EU-Staaten. Geschlechtergerechtigkeit ist eines der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Zur nachhaltigen Entwicklung einer Gesellschaft gehört aber auch: Wie passen die Anforderungen des Arbeitsmarktes und familiäre Verpflichtungen zusammen? Nicht monetäre Lebensqualität gewinnt an Bedeutung, ebenso der Wunsch vieler Frauen und Männer, weniger zu arbeiten und flexibel auf die familiären Anforderungen reagieren zu können. Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit haben viele Dimensionen – was als gerecht oder ungerecht gilt, ist auch immer Ausdruck einer Zeit und ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse. Das gilt auch in Deutschland.

Neue Herausforderungen oder: Geld allein macht nicht glücklich

Wie in anderen Ländern gibt es auch in Deutschland zahlreiche Kritiker klassischen Wirtschaftens. Neue Arbeitszeitmodelle, mehr Zeit für die Familie, private Ziele statt Einkommensziele – Werte und Einstellungen verändern sich laufend. Nicht monetäre Lebensqualität gewinnt in vielen Bevölkerungskreisen an Bedeutung. Damit verändern sich auch unsere Vorstellungen von Entwicklung, die durch die Industrialisierung der letzten 200 Jahre stark geprägt wurden.



Ich wünsche mir, dass Nachhaltigkeit im Uni-Lehrplan verankert wird.

THOMAS FINGER
Gründer von Bamboo Bikes

Befürworter der Green Economy kritisieren das konventionelle Wirtschaften und Wirtschaftswachstum als Selbstzweck. Sie plädieren für die Orientierung auf den klaren Nutzen für Mensch und Umwelt und betonen, dass dieser Ansatz neue wirtschaftliche Impulse schafft und Alternativen im unternehmerischen Denken aufzeigt. Schon jetzt haben diese in Deutschland einen bedeutenden Marktanteil. Das weitere Marktpotenzial ist enorm und Start-up-Gründungen zeigen, dass es sich auch ständig ausweitet.

Entwicklung international

Entwicklung in Deutschland

9. Januar 2004

Der Bundestag richtet den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung ein.

2008

Der erste Deutsche Nachhaltigkeitspreis wird vergeben.



BEST PRACTICE

Arbeitsstelle WELTBILDER e.V.

Die Arbeitsstelle WELTBILDER ist eine Fachstelle für Globales Lernen und Interkulturelle Pädagogik sowie ein Experimentierraum für innovative entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Entwicklung, Auswahl und Systematisierung ganzheitlicher Methoden und Vermittlungsformen – auch und besonders in Richtung zukunftsfähige Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Mit dem Bildungsprojekt „African Ways of Life“ stößt die Arbeitsstelle WELTBILDER einen Image- bzw. Perspektivenwechsel des gängigen „Afrika-Bildes“ in der deutschen Gesellschaft an und vermittelt ein differenziertes Bild des Chancenkontinents Afrika. Das im Herbst 2016 veröffentlichte Buch berichtet von gelungenen, ungewöhnlichen, überraschenden, nachhaltigen Beispielen eines African Way of Life.

Informationen unter:

www.facebook.com/african.ways.of.life

Die „Green Economy“ umfasst den engen Bereich der grünen Technologie, geht aber gleichzeitig weit darüber hinaus. Nicht die Branche zählt, sondern was ein einzelnes Unternehmen tut. Es kommt darauf an, alte Geschäftspraktiken umzugestalten und neue, innovative Geschäftsfelder aufzubauen, um Produktion und Produktionsverfahren mit Nachhaltigkeitskonzepten zu verbinden. Auch Unternehmen der Wohnungswirtschaft, der Kreditwirtschaft oder aus der Chemie können das.

Zunehmend stellen Teile der Bevölkerung in Deutschland das Wachstum jedoch ganz grundsätzlich infrage, teilweise auch das „grüne“ Wachstum. Sie fordern den individuellen Verzicht und eine Politik der Suffizienz (genügsame Lebensstile). Noch existiert ein starker Zusammenhang zwischen Wohlstand, beispielsweise dem HDI (Human Development Index), und ökologischem Ressourcenverbrauch

→ **siehe Grafik „Ökologischer Fußabdruck“.**

Statt auf eine immer höhere Steigerung des Bruttoinlandsproduktes zu setzen, plädieren immer mehr Menschen dafür, Fragen der Lebensqualität und neuer Formen des Arbeitens und Zusammenlebens in den Mittelpunkt zu rücken. Sie wollen eine Praxis des Teilens und Reparierens sowie der solidarischen Versorgung aufbauen –

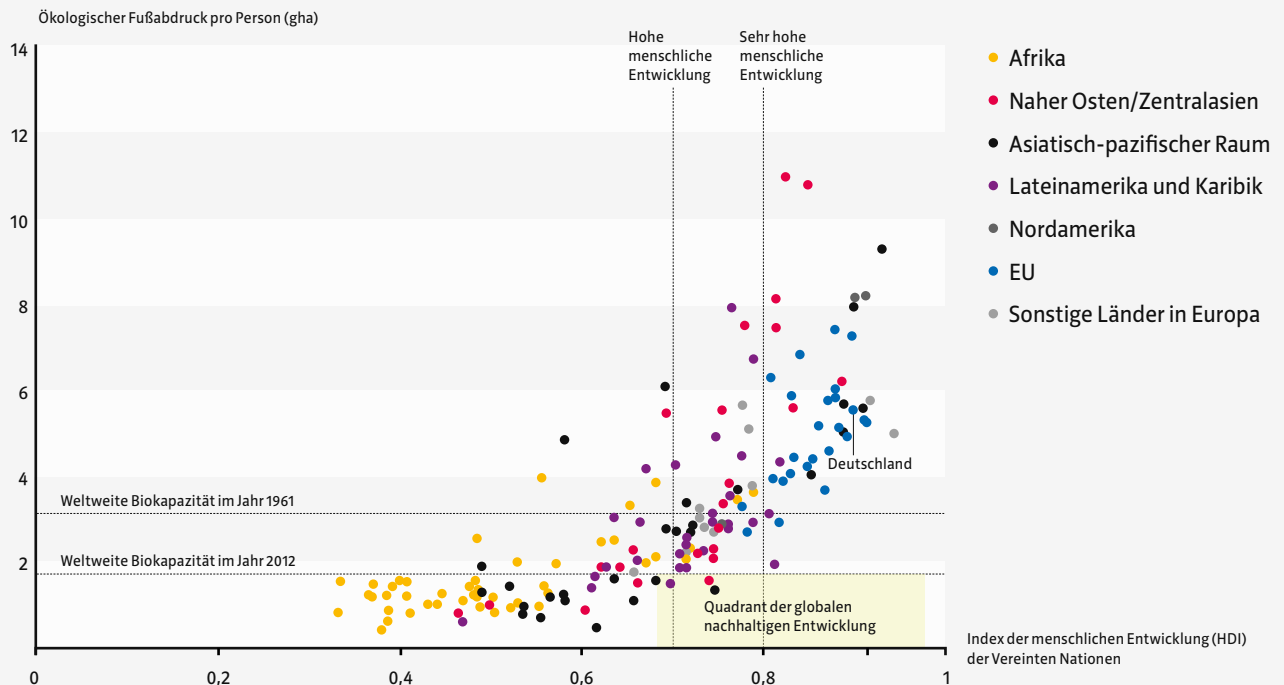
Entwicklung international

Entwicklung in Deutschland

2009

Erster Peer Review der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie: Deutschland verfügt zwar über gute Voraussetzungen für den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit, vermisst wird jedoch ein zukunftsweisendes „Grand Design“ der deutschen Nachhaltigkeitspolitik.

Ökologischer Fußabdruck pro Person und Index der menschlichen Entwicklung (HDI) nach Weltregionen (2012)



Quelle: Global Footprint Network

und damit eine höhere Lebensqualität nicht mit mehr Ressourcen erkaufen. Eine dritte Wachstumskritik geht noch einen anderen Weg. Sie sieht Deutschland inmitten eines säkularen Trends der Stagnation, die schon seit den 1930er-Jahren als weltweite Bedrohung diskutiert wird, wenn die Nachfrage nach Gütern und Leistungen chronisch zu gering ist. Die aktuellen Sozialstaatskonzepte Deutschlands und

anderer entwickelter Industriestaaten geraten, so die Kritik, aus vielen Gründen unter massiven Druck. Wie kann der Sozialstaat auch ohne kontinuierliches Wachstum aufrechterhalten und zukunftsfähig gemacht werden? Diese Debatte muss intensiver geführt werden. Die Details sind hoch umstritten; gemeinsamer Ausgangspunkt ist jedoch die Auffassung, dass ein „Weiter so“ nicht gelingen wird.

Entwicklung international

2012

Auf der dritten Rio-Nachfolgekonferenz, „Earth Summit“, beschließen 192 Staaten auf Vorschlag Kolumbiens und Guatemalas, globale Nachhaltigkeitsziele zu erarbeiten.

Entwicklung in Deutschland

2011

Die von der Bundesregierung berufene Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ empfiehlt einen Atomausstieg bis 2022 bei weiterhin ambitionierten Klimazielen: Die Energiewende startet.

2013

Zweiter Peer Review zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik: „Deutschland hat einigen Grund, auf seine Errungenschaften im Übergang zu einer nachhaltigeren Welt stolz zu sein. Aber die Reise ist noch lange nicht zu Ende.“

„Jeder entscheidet“

Infofilm

www.nachhaltigkeitsrat.de/mediathek/audio-video/jeder-entscheidet/

Quelle: Rat für Nachhaltige Entwicklung



Neue Wege

Nachhaltige Entwicklung öffnet Wege für eine offene, pluralistische und gerechte Gesellschaft – sie ist menschenzentriert und braucht die aktive Beteiligung aller. Und ist damit auch ein gemeinsamer Weg gegen Verdross und Isolation. Der Almanach zeigt exemplarisch die Herausforderungen und die gesellschaftliche Kraft und Dynamik der Veränderungsprozesse in Deutschland hin zu mehr Nachhaltigkeit. Der Erfolg der Energiewende in Deutschland ist ohne die breite Beteiligung der Menschen nicht denkbar → **siehe Thema „Energiewende“**. Auch nachhaltige Städte lassen sich nicht am Reißbrett planen,

sondern sind auf die Innovationskraft und aktive Beteiligung der Menschen vor Ort angewiesen → **siehe Thema „Stadt“**. Unser Handeln hat Wirkungen und Auswirkungen – die Agenda 2030 gibt uns den Auftrag, unsere globale Verantwortung hier vor Ort wahrzunehmen. Für eine nachhaltige Entwicklung gehen viele Unternehmen bereits jetzt „bessere“ Wege des Wirtschaftens → **siehe Thema „Wirtschaft“**. Als Konsument trifft jeder Mensch täglich Entscheidungen – Nachhaltigkeit gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung → **siehe Thema „Konsum“**.

Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Verfassungsrang für Nachhaltigkeit – Rechtsgutachten
- Länder in Entwicklung. Globale Nachhaltigkeitsziele
- Dialoge Zukunft Vision 2050

Entwicklung international

2015

Die Vereinten Nationen verabschieden die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit 17 universell für alle Staaten gültigen Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs); in Paris wird das Klimaabkommen beschlossen.

2016

Ki-moon erhält den Deutschen Nachhaltigkeitspreis.

Entwicklung in Deutschland

2015

Der Nachhaltigkeitsrat empfiehlt die Neuausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik auf Grundlage der Sustainable Development Goals.

2017

Neuaufgabe der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Thomas Krüger

PRÄSIDENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

„Die Ungleichheit wächst.“



INTERVIEW

THOMAS KRÜGER
PRÄSIDENT DER BUNDES-
ZENTRALE FÜR POLITISCHE
BILDUNG

Der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Datenreport 2016 stellt eine umfassende Bilanzierung der Lebensverhältnisse in Deutschland dar. Wie fällt die Bilanz aus? Leben wir in einer gerechten Gesellschaft?

Zunächst werten sich statistische Daten nicht von selbst aus, sondern es bedarf einer Interpretation. Jeder Einzelne muss sich selber eine eigene Meinung bilden. Aber der Datenreport führt deutliche Fakten vor Augen, die eingeordnet werden können – zum Beispiel, dass Führungskräfte in Deutschland dreimal so viel verdienen wie normale Arbeiter, dass Frauen im Gesamtdurchschnitt deutlich weniger verdienen oder im Dienstleistungsbereich in Bayern über 22 Euro und in Sachsen und Thüringen nur 15 Euro pro Stunde gezahlt werden. Das sind gravierende Unterschiede, die einer Interpretation bedürfen, und jeder kann daraus für sich die entsprechende Ableitung ziehen.

Der Niedriglohnsektor führt dazu, dass Ungleichheiten zementiert oder geöffnet werden.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem Datenreport?

Für mich ist ganz klar, dass wir eine wachsende Ungleichheit in Deutschland haben. Der Datenreport macht das deutlich und es bedarf verschiedenster Anstrengungen im ökonomischen Bereich und im Bildungsbereich, um diese Unterschiede in der Gesellschaft nicht weiter wachsen zu lassen. Es geht in demokratischen Gesellschaften nie um Gleichmacherei, sondern um den gleichen oder gleichwertigen Zugang zu Chancen. Das gilt es zu berücksichtigen.

Dennoch wird Deutschland ein hoher Sozialstandard attestiert. Wo haben wir Defizite und wie können wir diesen begegnen?

Was die Sozialleistungen betrifft, haben wir in der Tat hohe Standards, aber eben nur in bestimmten Bereichen. Die OECD weist Deutschland nur einen mittleren Platz zu, weil auch gemessen wird, mit welchen Konzepten auf Globalisierungs- und Entgrenzungsprozesse von Arbeitsmärkten reagiert wird. Der Niedriglohnsektor führt dazu, dass Ungleichheiten zementiert oder geöffnet werden. Die sozialen Standards relativieren sich vor diesem Hintergrund. Deshalb gibt es bei den Sozialstandards, aber auch generell in der Wirtschaftsordnung einen deutlichen Nachholbedarf und die Politik muss mehr Gleichwertigkeit in der Gesellschaft herstellen.

Inwiefern begünstigt unser System der sozialen Marktwirtschaft die nachhaltige Entwicklung? Was sind positive Faktoren und wo sehen Sie Hindernisse?

Hier gibt es natürlich großen Streit. Es kommt darauf an, aus welcher Perspektive man diese Herausforderung lösen will. Der Soziologe Stephan Lessenich verdeutlicht in unserem im Oktober 2016 erschienenen bpb:magazin die Bedeutung der Instrumente der sozialen Marktwirtschaft. Seine These ist, dass die sozialstaatlichen Maßnahmen die nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung eher begünstigen und stabilisieren.

INTERVIEW

THOMAS KRÜGER
PRÄSIDENT DER BUNDES-
ZENTRALE FÜR POLITISCHE
BILDUNG

Der Wirtschaftsjournalist Rainer Hank vertritt hingegen die Meinung, dass die sozialstaatlichen Maßnahmen nicht zum Abbau von Ungleichheiten führen. Daher stellt Hank die sozialstaatlichen Instrumente prinzipiell infrage. Ich persönlich unterstütze die Auffassung von Stephan Lessenich. Insbesondere wenn man sich im Längsschnitt anguckt, welche Stabilitäten in Deutschland erreicht worden sind, muss konstatiert werden, dass die soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Sozialordnung diesem Land ein hohes Maß an Stabilität beschert hat.

Gleichzeitig stellen wir aber auf der Mikroebene eine soziale Spaltung fest, die sich zum Beispiel in der Vermögensungleichheit manifestiert. Wie können wir gleichwertigere Lebensverhältnisse schaffen?

Gleichwertigkeit darf nicht mit „gleich“ im Sinne von Gleichartigkeit verwechselt werden. Gleichwertig heißt, dass in einer Gesellschaft die Unterschiede in den Entwicklungschancen und in den Einkommensstrukturen nicht wegdefiniert werden können. Menschen sind nun mal unterschiedlich und entwickeln sich im Bildungssystem verschieden. Manche schöpfen das Potenzial mehr aus – manche weniger. Hier gilt es, darauf zu achten, dass die Unterschiede in der Gesellschaft nicht zu groß werden, sodass ein sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt noch möglich bleibt. Das geht natürlich nicht, wenn die Gesellschaft weiter auseinanderdriftet und Ungleichheit der Wirtschaftsordnung immanent wird: Wenn also einige wenige

Menschen viel Geld verdienen und viele andere Menschen abgehängt werden. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, über den diskutiert werden muss. Jeder sollte sich im Klaren darüber sein, wie viel Ungleichheit eine offene und demokratische Gesellschaft aushält. Deshalb plädiere ich stark dafür, den Begriff der Gleichwertigkeit in den Blick zu rücken, die Chancen gleich zu halten und die Zugänge zu Chancen entsprechend zu stärken.

*Bildung ist die Schlüssel-
ressource generell.*

Inwieweit hängt die Gleichwertigkeit denn konkret mit Bildung und Demokratie zusammen? Ist Bildung eine Schlüssel-ressource für unsere Demokratie?

Bildung ist die Schlüsselressource generell. Wir haben in Deutschland durch die Schulpflicht jedem Menschen den Zugang zum Bildungssystem gewährleistet. Dennoch setzt das deutsche Bildungssystem sehr stark auf Selektion und benachteiligt sehr stark bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Man kann sogar sagen, dass sich Armut im Bildungssystem vererbt. Kinder aus Arbeiterfamilien schließen im Vergleich sechsmal weniger die Schule mit dem Abitur ab oder haben Zugang zu universitärer Weiterbildung als Kinder aus privilegierten Verhältnissen. Das verdeutlicht, dass wir im Bildungssystem nachsteuern müssen, damit die Chancenungleichheit nicht zu groß wird, da Bildung in der Tat ein Schlüsselkapital im 21. Jahrhundert ist. Bildung gibt jedem die Möglichkeit, am ökonomischen Wachstum und Wohlstand teilzuhaben.

INTERVIEW

THOMAS KRÜGER
PRÄSIDENT DER BUNDES-
ZENTRALE FÜR POLITISCHE
BILDUNG

Das funktioniert aber nur, wenn jeder für sich die Chancen und Potenziale abrufen. Dazu braucht es ein starkes familiäres und nachbarschaftliches Umfeld, dazu braucht es die gesellschaftliche Solidarität und natürlich auch einen eigenen Willen und eine eigene Motivation, das Beste aus seiner Bildungskarriere zu machen.

Wie kann ein komplexes Thema wie Nachhaltigkeit besser im Bewusstsein verankert werden? Wie kann Nachhaltigkeit stärker kommuniziert werden?

Ich glaube, dass Nachhaltigkeit eine Klammer ist, um in dieser Gesellschaft Verschiedenheiten auszuhalten und eine gemeinsame Zukunft zu ermöglichen.

Nachhaltigkeit darf kein Zuständigkeits-thema werden. Nachhaltigkeit ist ein Thema, das Grenzen sprengt, das interdisziplinär ist, das eben nicht nur Umwelt und die Energiefrage ist. Ich finde, Nachhaltigkeit kann auch sehr gut im Bildungssektor kenntlich gemacht werden. Eine nachhaltige Bildung ist eine, die allgemeine Zugänge ermöglicht, die die Bildungspotenziale der vielen in den Blick nimmt und nicht nach kognitiven Maßstäben und nicht nach der Höhe des Intelligenzquotienten misst, sondern danach, was jemand mit seinem Potenzial in der Gesellschaft beitragen kann. Ich glaube, dass Nachhaltigkeit eine Klammer ist, um in dieser Gesellschaft Verschiedenheiten auszuhalten und eine gemeinsame Zukunft zu ermöglichen.

Die bpb ist selbst sehr aktiv in der Bildungsförderung von bildungsfernen Schichten. Sie haben zum Beispiel das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ins Leben gerufen oder kooperieren mit Sendungen wie „Berlin – Tag und Nacht“. Warum gehen Sie diese Wege?

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zielt auf demokratische Defizite im ländlichen Raum ab. Das ist eine der meistunterschätzten Entwicklungen, die wir stärker zum politischen Thema machen müssen. Es gibt eine massive Bewegung vom Land in die Städte, die zu erheblichen Defiziten im ländlichen Raum führt, auch zu demokratischen Defiziten. Wir beobachten hier den Rückbau von öffentlicher Infrastruktur und das Zurückbleiben von bildungsbenachteiligten Zielgruppen. Diejenigen, die im Bildungsbereich Erfolg haben, wandern im Sinne eines Brain-Drains in die Städte ab. Das erfordert ein Umsteuern – beziehungsweise ein Stabilisieren von demokratischen Potenzialen im ländlichen Raum. Wir haben deshalb Demokratie-Trainer-Ausbildungen realisiert und mittlerweile haben über 700 Leute teilgenommen.

INTERVIEW

THOMAS KRÜGER
PRÄSIDENT DER BUNDES-
ZENTRALE FÜR POLITISCHE
BILDUNG

Der zweite Punkt hat mit einer politischen Bildung zu tun, die dem Leitsatz folgt, dass politische Bildung für alle da ist. Wenn wir eine Klientel adressieren, die nicht mehr liest oder keine klassischen Instrumente wie Seminare in Bildungsstätten besucht, dann müssen wir uns überlegen, wie wir diese Menschen erreichen können. Natürlich erreichen wir sie am besten, wenn wir an ihre Alltagswelten und Medien-gewohnheiten anknüpfen. Wir beobachten, dass bildungsbenachteiligte Zielgruppen verstärkt Privatfernsehen und online Web-Video-Formate nutzen. Da scheuen wir uns nicht, jeden potenziellen Kooperations-partner zu adressieren. „Berlin – Tag und Nacht“ ist nicht gerade als ein politiknahes Format, sondern als Entertainment-Format bekannt. Aber warum sollte in einem solchen Format nicht auch politischer Inhalt untergebracht werden? Vor den letzten Bundestagswahlen haben wir einen Wettbewerb zur Thematisierung der Bundestagswahl ausgelobt. Die uns sympathischste und nahestehendste Möglichkeit war der Einsatz des Wahl-O-Mats. Als der Wahl-O-Mat in der Sendung genutzt wurde, sind seine Abrufzahlen in dieser Stunde exorbitant gestiegen.

Über solche Formate bekommen wir so niedrigschwellig den Zugang zu politischen Themen. Eine zweite Variante dafür sind Web-Video-Formate. Wir haben uns gerade mit den Begriffswelten des Islams auseinander-gesetzt. Dafür haben wir mit sogenannten Influencern, in diesem Fall mit YouTube-Stars wie Hatice Schmidt, zusammengearbeitet. Hatice Schmidt, eine Beauty-Bloggerin, ist mit einem deutschen Mann verheiratet und ermutigt ihre Klientel, vor allem junge Muslimas, dazu, sich mit Beauty-Fragen auseinander-zusetzen. Dieses Angebot hat eingeschlagen, weil die Leute natürlich nicht nur über Lippenstifte reden, sondern auch über

Will politische Bildung für alle da sein, muss sie sich öffnen und neue, innovative Wege gehen.

religiöse und weltliche Lebensbezüge: Wir hatten mehrere Hunderttausend Downloads und viele Kommentare. Auch die Salafisten haben versucht, ihre Bot-schaften unterzubringen. Aber wir waren vorbereitet und haben mit professionellen Islamwissenschaftlerinnen kommentiert und die kritische und kontroverse Ausein-ander-setzung gesucht. Das sind neue Formate im Bereich der politischen Bildung, über die wir Leute erreichen, die wir auf anderen Wegen überhaupt nicht mehr erreichen können. Wenn politische Bildung steuer-finanziert ist, muss sie sich fragen lassen, ob sie wirklich für alle da ist. Will sie für alle da sein, muss sie sich öffnen und neue, innovative Wege gehen.

INTERVIEW

THOMAS KRÜGER
PRÄSIDENT DER BUNDES-
ZENTRALE FÜR POLITISCHE
BILDUNG

Welche Chancen und Herausforderungen bieten der demografische Wandel und die Zuwanderung für uns?

Das ist ein sehr kompliziertes Thema, weil viele Menschen Zuwanderung als eine große Gefahr sehen und sich einbilden, dass Homogenität und Abschottung die Rettung seien. Wir wissen aus den ökonomischen Entwicklungen und aus dem Globalisierungsprozess, dass dem nicht so ist – ganz im Gegenteil. Jetzt stellt sich die Frage, wie Zuwanderung als Chance vermittelt werden kann. Hier ist es wichtig, auf die Erfolge von Menschen hinzuweisen,

Es ist ein gutes Zeichen, dass sich viele Leute mit völlig unterschiedlichen Biografien für Deutschland engagieren.

die mittlerweile in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben und sich mit ihrer Herkunftskultur gar nicht mehr richtig identifizieren, sondern sich selber als Deutsche mit unterschiedlichen Wurzeln sehen. Es gibt verschiedene Vereine, die sich gegründet haben, sogenannte „Neue Deutsche Vereine“, mit denen wir kooperieren. Die Neuen Deutschen Vereine machen deutlich, dass sie zu diesem Land stehen, aber eben noch eine andere Perspektive in die Gesellschaft einbringen. Dazu gehört leider auch die Erfahrung von Diskriminierung, und damit muss man sich kritisch auseinandersetzen. Von diesen Vereinen können wir noch viel lernen. Mein Lieblingsverein heißt Deutscher Soldat e. V. und wird repräsentiert von einem Deutsch-Libanesen und einer Deutsch-Afghanin.

Beide sind in der Bundeswehr in Krisen- und Kriegsgebieten unterwegs und nehmen internationale Verantwortung für dieses Land wahr. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass sich viele Leute mit völlig unterschiedlichen Biografien für Deutschland engagieren. Deshalb muss Zuwanderung als Gewinn für diese Gesellschaft dokumentiert werden, die eine Perspektive schafft. Der demografische Wandel ist nicht eine Gefahr, sondern eine große Chance für dieses Land.

Zum Abschluss bitte noch ein persönliches Statement: Für mich bedeutet Nachhaltigkeit, dass ...

... wir vor allem ein Bildungssystem schaffen, das allen einen Zugang gibt und Möglichkeiten bietet, sich in einer Gesellschaft zu positionieren. Und zwar in einer offenen und demokratischen Gesellschaft, die keinen zurücklässt, aber trotzdem versucht, die demokratische Gesellschaft als Grundprinzip hochzuhalten.



Anders planen

Neue Herausforderungen
für unsere Städte



Weltweit wachsen die Städte – insbesondere in den Ländern Afrikas und Asiens. In Deutschland leben bereits heute drei Viertel der Bevölkerung in Städten. Statt neue Städte zu planen, sind wir herausgefordert, bestehende Städte, Häuser und Infrastrukturen nachhaltig zu machen. Wie nachhaltig sind deutsche Städte schon heute und was wird konkret unternommen?

von SUSANNE EHLENDING und ROY FABIAN

Im Juli 2000 sah der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan eine Zeitenwende heranbrechen. „Wir sind in das Jahrtausend der Städte eingetreten“, sagte er während einer Rede in Berlin. Seine Einschätzung hat bis heute Bestand: Derzeit lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Räumen, bis 2050 werden es voraussichtlich mehr als zwei Drittel sein.

In Deutschland sind bereits heute drei von vier Bürgern in Städten oder deren dicht besiedeltem Umland zu Hause. Metropolen wie Berlin, Hamburg oder Leipzig, aber auch kleinere Städte wie Heidelberg, Jena oder Münster verzeichnen sogar ein deutliches Wachstum – ein Trend, der bis auf Weiteres anhalten wird.

Die Konsequenzen sind weitreichend. Attraktive Städte versprechen bessere Chancen für Ausbildung und Beruf, Kultur

und Versorgung. Die schrumpfenden Gemeinden sehen sich dagegen mit der oft schwierigen Aufgabe konfrontiert, die Lebensqualität der Menschen zu steigern und aus der Verringerung der Bevölkerung Nutzen für neue Formen von Stadtkultur zu schöpfen. Natürlich müssen sie lernen, ihre nun oftmals überdimensionierte Infrastruktur anzupassen. Auch für die „Schwarmstädte“ hat der neuerliche Zuzug nicht nur Vorteile: Steigende Mieten, knapper Wohnraum und eine mangelnde Zahl von Kindertagesstätten zählen ebenso zu den unerwünschten Folgen wie eine Zersiedelung des Umlands, Lärm- und Schadstoffbelastung oder stark beanspruchte Verkehrssysteme – Probleme, aus denen sich wiederum Fragen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe ergeben.

Ausländische Beobachter loben deutsche Städte für ihr engagiertes Bürgertum und eine lebendige Zivilgesellschaft, für Sauberkeit, einen engmaschigen und sicheren öffentlichen Personennahverkehr sowie den anderswo eher unbekannten Typus des kommunalen Unternehmens. „Gleichzeitig verbrauchen deutsche Städte pro Einwohner vier bis fünf Mal mehr Ressourcen, als ihnen durchschnittlich weltweit zusteht“, sagt Stefan Kuhn vom Verband Local Governments for Sustainability (ICLEI) und ergänzt damit das Bild.

Angesichts dieser Gemengelage ist daher auch in Deutschland relevant, was die Vereinten Nationen als Ziel für nachhaltige Entwicklung formuliert haben: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.“

Die konzeptionellen Ansätze dafür sind vorhanden. „In der deutschen Stadt- und Raumplanung gibt es schon lange den Kerngedanken, Ressourcen effizient zu nutzen und zugleich in allen Teilräumen Entwicklungen zu ermöglichen“, sagt Rainer Danielzyk, Professor an der Universität Hannover, und verweist auf das Raumordnungs- und Baurecht, das ausdrücklich eine nachhaltige Entwicklung vorsieht.

Dass sich diese Vorgabe nicht ohne Weiteres in die Praxis übersetzt, wird noch am Beispiel des Flächenverbrauchs für neue Siedlungen und Gewerbegebiete zu zeigen sein. Auch das Thema urbane Mobilität ist Gegenstand anhaltender Debatten.

Stadt der kurzen Wege

Als ein Leitbild hat sich die Stadt und Region der kurzen Wege herauskristallisiert. Darin sollen alltägliche Ziele sicher und zeitsparend im sogenannten Umweltverbund erreichbar sein – also zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen und allgemein zugänglichen Personenverkehr (ÖPNV).

Ziel ist es, die Dominanz des Autos aufzubrechen. Knapp drei Viertel der im deutschen Personenverkehr gefahrenen Strecken werden mit dem eigenen Pkw zurückgelegt. Die Umwelteffekte sind erheblich: Vor allem Ballungsräume haben mit schadstoffbelasteter Luft und Straßenlärm zu kämpfen. In mehr als 50 deutschen Städten gibt es daher bereits Umweltzonen, in denen nur Fahrzeuge mit bestimmten Abgasstandards zugelassen sind. Mancherorts, wie in Freiburg oder Köln, existieren sogar ganze Viertel, in denen Pkw

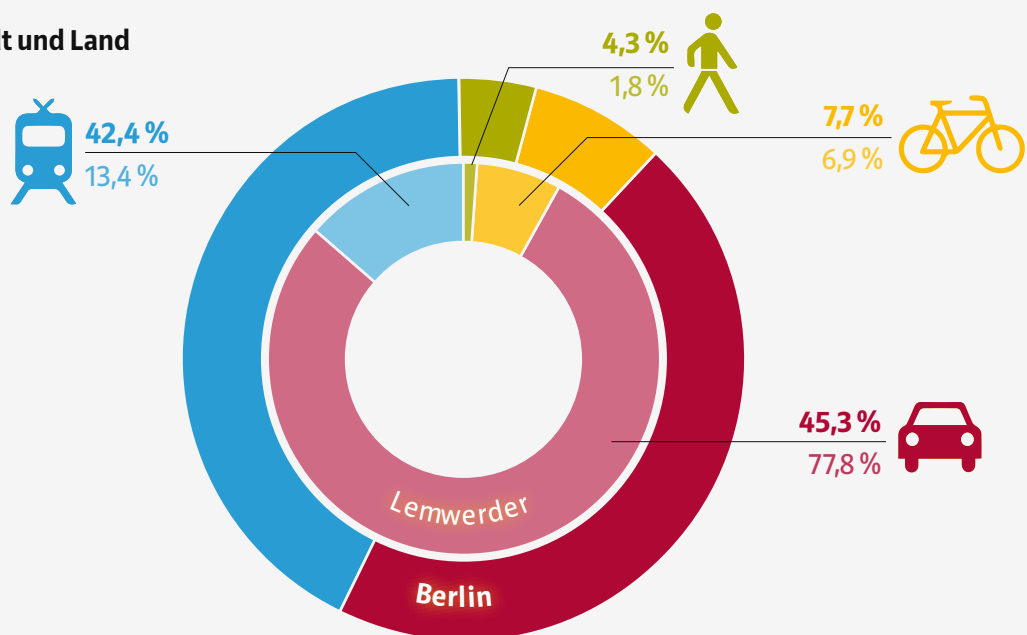
Mobilität in Stadt und Land

Berlin

Zu Fuß	4,3 %
Fahrrad	7,7 %
MIV	45,3 %
ÖPV	42,4 %

Lemwerder

Zu Fuß	1,8 %
Fahrrad	6,9 %
MIV	77,8 %
ÖPV	13,4 %



mehr oder weniger ausgeschlossen sind. Zudem will die Bundesregierung den Beitrag des Autoverkehrs zum Klimawandel reduzieren: Derzeit verursacht er pro Jahr rund 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente, ein Zehntel der Gesamtemissionen. Diese Werte sollen bis 2030 um rund 40 Prozent und bis 2050 sogar auf null sinken.

Hierfür werden in Städten und Gemeinden erhebliche Anstrengungen nötig sein – weit jenseits der erforderlichen technischen Innovationen. Denn bislang wurden technische Effizienzgewinne bei Energieverbrauch und Abgasausstoß regelmäßig dadurch „aufgefressen“, dass die Menschen immer mehr Auto fahren – und zwar in zunehmend größeren und schwereren Pkw.

In der Fachwelt gilt daher zweierlei als ausgemacht: Das Auto muss klimaneutral und auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Allerdings ist Deutschland hierbei noch lange nicht so weit wie nötig und per politische Zielangabe (eine Million Elektroautos im Jahr 2020) vorgegeben. Außerdem muss die öffentliche Mobilität gestärkt werden, denn hier sind die Pro-Kopf-Emissionen deutlich geringer; überdies benötigen Straßen- oder Stadtbahnen im Vergleich zum Auto mindestens drei Mal weniger Raum pro Fahrgast.

Schon heute ersetzen Bus, U- und S-Bahn sowie Tram oft den eigenen Pkw, in den Großstädten nutzt sie fast jeder zweite Einwohner mindestens einmal pro Woche. Nun geht es darum, den ÖPNV mit Fuß- und Radverkehr sowie Bike- und Carsharing zu verbinden. Der Blick über die Gemeinde-

grenzen zeigt Ermutigendes. So wurde das Karlsruher Straßenbahnnetz an Eisenbahnstrecken im Umland angeschlossen, um Pendlern die Fahrt in die Stadt zu erleichtern – ein Modell, das mittlerweile unter dem Label „Tram-Train“ u. a. auch in Saarbrücken oder Kassel läuft.



Ich achte darauf, möglichst wenig zu fliegen und dafür andere Verkehrsmittel zu nutzen oder mit dem Rad zu fahren.

HARALD WANGER
Student

Nachhaltige Mobilität in Deutschland hat viele Facetten: Städte wie Hannover, Dresden, Leipzig oder Berlin machen konkrete Fortschritte, in anderen fehlt es jedoch neben Geld auch an genauen Vorgaben zur künftigen Mobilität. Diese seien aber wichtig, sagt Jürgen Gies, Mobilitätsexperte am Deutschen Institut für Urbanistik. „Je weniger Interpretationsspielraum es gibt, desto mehr entfaltet sich ein gewisser Handlungsdruck.“ Zudem sei ein Ausbau der öffentlichen Verkehrs-Kapazitäten dringend notwendig. „Denn für viele ist es immer noch bequemer, morgens mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, als sich in eine überfüllte Regional- oder U-Bahn zu quetschen“, sagt Gies.

Ebenso wichtig ist die Aufwertung des Fuß- und Radverkehrs. Dies meint nicht nur den Ausbau entsprechender Wegenetze, sondern auch, die Verkehrs- mit der Siedlungsplanung abzustimmen. Durch neue Bau- und Wohnformen können so funktional gemischte Quartiere entstehen – und Wege verkürzt werden.

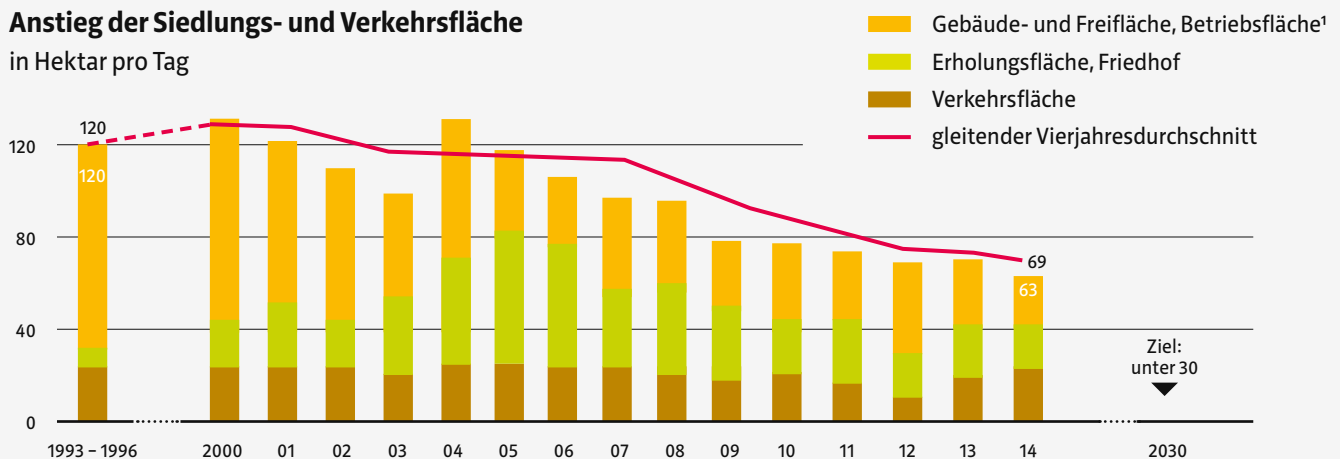
Die verdichtete Stadt: Nachhaltiges Bauen und Wohnen

Wie ansprechend nachhaltiges Bauen sein kann, zeigen die mittelalterlichen Städte in Deutschland. Nur aus Holz und Lehm wurden die schönen Fachwerkhäuser einst gebaut und haben doch Jahrhunderte überdauert.

Natürlich sehen die meisten deutschen Städte anders aus als diese Puppenstuben, viele Gebäude wurden nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet. Auch das urbane Leben selbst hat sich verändert: Konnte man früher noch alle Wege zu Fuß machen, sind die Distanzen heute länger geworden. Das liegt an der schieren Größe der Städte, aber auch an der Trennung von Wohnen und Arbeiten, die international mit der Charta von Athen ab 1933 als moderner Städtebau galt, aber insgesamt in eine falsche Richtung wies. Heute zeigt sich die Attraktivität von Städten oft in der Mischung der Nutzungen und in engmaschiger Vielfalt.

Noch nimmt die Wohnfläche pro Person immer weiter zu. Viele alte Menschen wollen zu Recht in dem Eigenheim wohnen bleiben, das einst für eine ganze Familie gebaut wurde. Außerdem wächst die Zahl der Singlehaushalte in den Großstädten, was die Wohnfläche pro Kopf ebenfalls statistisch vergrößert. Weiterhin ist das frei stehende Eigenheim im Grünen noch immer der Traum vieler Deutscher. Die Folge sind noch mehr Neubausiedlungen auf der „grünen Wiese“, auch Gewerbegebiete werden noch in landwirtschaftliche Flächen hineingeplant. So nimmt die Zersiedelung immer noch zu, weit weniger zwar als noch vor Jahren, aber spürbar in die falsche Richtung. Das will die Bundesregierung ändern und hat in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, den Flächenverbrauch für Siedlungen und Verkehr bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu verringern. 2002 lag er bei 129 Hektar am Tag, aktuell liegt er bei 70 Hektar am Tag.

Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
in Hektar pro Tag



Sie folgt damit einer Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates. Das Ziel – 30 Hektar – steht als Symbol für die Zukunftsstadt: bunter, dichter, attraktiver, nachhaltig. Dieses Ziel wirkt in alle Bereiche hinein. Wer es in seiner Stadt gut umsetzt, schützt die Umwelt, stärkt die finanzielle Selbstbestimmung der Kommune, fördert den sozialen Zusammenhalt, ermöglicht flexible Wohnformen, verbessert die Innenstadt und macht die Kommune attraktiver.

Diesem Ziel dient auch die Überarbeitung des Baurechts. Die Bundesregierung will hier eine neue Kategorie schaffen, die „urbanen Gebiete“. Dort soll man dichter und höher bauen dürfen. Auch die Lärmschutzaufgaben werden abgesenkt, sodass ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten möglich wird. Ziel ist eine „Verdichtung“, nämlich das Bebauen von Flächenreserven innerhalb der Stadtgrenzen. Brachflächen oder ehemalige militärische Liegenschaften können so „recycelt“ werden. Rein rechnerisch stünden hierfür bundesweit mehr als 100.000 Hektar zur Verfügung. Allerdings sind Angebot und Nachfrage nicht immer deckungsgleich: Wo viele Menschen wohnen wollen, nämlich in den Großstädten, sind die Flächen oft schon gut ausgenutzt.

Ein Wohngebiet mit Vorbildcharakter entsteht auf einer Brache mitten in Berlin: Im Quartier Bautzener Straße sind die Wohnungen klein und nutzen modernste Formen erneuerbarer Energien. So wird ein Gutteil der Wärme zum Heizen aus einem Abwasserkanal gewonnen, der entlang des Grundstücks verläuft. Die Dächer sind so

dick mit Erde bedeckt, dass sogar Bäume darauf wachsen können, und hinter den Häusern verläuft ein Grünzug, der den nahe gelegenen Park mit Grünflächen in der Nachbarschaft verbindet.



In stark wachsenden Städten stellt sich die zentrale Frage nach der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. In diesem Zusammenhang müssen wir insbesondere auf den sozial verträglichen Umgang mit dem Bestand achten, der Gentrifizierung entgegenwirken sowie gute moderne und kostengünstige Lösungen finden. Die Erhaltung und Schaffung sozial verträglicher Strukturen ist keineswegs ein Selbstläufer, sondern erfordert immer wieder Verhandlungen – mit Bürgerinnen und Bürgern und Investoren.

DR. ULLRICH MALY
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

1,1 Millionen zusätzliche Wohnungen könnten zudem durch das Aufstocken von Dachflächen entstehen, ermittelte kürzlich die Technische Universität Darmstadt. Altes umzunutzen statt neu zu bauen wäre ganz im Sinne von Architekten wie Daniel Fuhrhop. Er hat viel Aufsehen erregt mit seinem Buch „Verbietet das Bauen“. Denn in neuen Häusern sei viel „graue“ Energie in Form von Beton verbaut, argumentiert Fuhrhop. Doch um Dinge zu verbieten, braucht man in einer pluralistischen und föderalen Gesellschaft mit kommunaler Planungshoheit einen extrem breiten Konsens – zumal Nachhaltigkeit auch bedeutet, dass Dinge sozial von Bestand sein sollen.



NACHHALTIGKEITS-
PREIS BAUEN
GEWINNER 2015

Generalsanierung und Aufstockung Wohnhochhaus in Pforzheim

Für das in den 1970er-Jahren erbaute Wohnhochhaus in zentraler Lage Pforzheims wurde unter dem Primat der „Ästhetischen Nachhaltigkeit“ ein interdisziplinäres Generalsanierungskonzept erarbeitet. Photovoltaikmodule und eine Kleinwindkraftanlage auf dem Dach erzeugen erneuerbaren Strom aus eigenen regenerativen Quellen. Durch die Verwendung recyclingfähiger Baustoffe und den Verzicht auf Verbundkonstruktionen konnte bei der Generalsanierung und Aufstockung des Wohnhochhauses die eingesetzte graue Energie reduziert werden. Überzeugend ist auch die nur moderate Anpassung der Mieten, denen etwa 10 Prozent der ursprünglichen Energiekosten bei erheblich gesteigertem Wohnkomfort gegenüberstehen.

www.dgnb.de



„Alle Nominierten für den diesjährigen DGNB-Preis vereinen Nachhaltigkeit, Innovation und gestalterische Qualität und zeigen auf beispielhafte Weise auf, wie Gebäude unterschiedlicher Nutzungstypologien den Menschen in den Fokus rücken und zu dessen Lebensqualität beitragen können.“

MARTIN HAAS
DGNB Vizepräsident

In Deutschland muss der Bestand an Gebäuden grundlegend fit für Energieeffizienz und moderne Energiestandards gemacht werden. Schließlich dauert die Heizperiode in Zentraleuropa mindestens sechs Monate pro Jahr. Dabei entsteht rund ein Viertel aller energiebedingten Treibhausgasemissionen.

Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – eine Initiative von Architekten, Bauingenieuren, Projektentwicklern und Bauunternehmern sowie Herstellern von Bauprodukten – geht hier neue Wege. Sie legt ambitionierte Standards für Neubauten fest und prämiert die besten Praxisbeispiele – eine partnerschaftliche Herangehensweise, die das „Made in Germany“ vorantreibt und die Kreativität und innovatives Denken hervorbringt.



NACHHALTIGKEITS-
PREIS BAUEN
GEWINNER 2016

Schmuttertall-Gymnasium Diedorf

Das Schmuttertall-Gymnasium Diedorf ist ein Gebäude mit Plusenergiestandard, errichtet in Modulbauweise, um eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen des pädagogischen Konzepts zu ermöglichen. Der Holzbau nutzt eine durchgehende digitale Datenkette von der Planung über die Fertigung bis zur Montage und bietet damit eine effiziente und rationale Fertigung mit sehr kurzer Bauzeit. Durch die Holzkonstruktion kommt ein nachwachsender Baustoff zum Einsatz, der nur wenig graue Energie benötigt und eine gute CO₂-Bilanz ermöglicht. Der Einsatz hocheffizienter Haustechniksysteme und einer Photovoltaikanlage mit einer Nennleistung von 440 kWp ermöglicht die Erzeugung von mehr Energie, als verbraucht wird.

www.schmuttertall-gymnasium.de



„Eine offensive kommunale Informationspolitik trägt in Delitzsch mit dazu bei, die Einwohner für die Ziele einer nachhaltigen Stadt zu begeistern und aktiv in Prozesse rund um die Stadtentwicklung einzubinden.“

DR. MANFRED WILDE
Oberbürgermeister der Stadt Delitzsch

Das Aktivhaus – ein Haus, das mehr Energie selbst erzeugt, als seine Bewohner verbrauchen – ist heute eine Realität und seine Standards gehen nach und nach in den Städtebau über. Besonders zukunftsweisende Projekte werden jährlich durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) ausgezeichnet. Auch in der Wohnungswirtschaft tut sich viel, wie das Beispiel des Berliner Märkischen Viertels zeigt. Viele Unternehmen der Wohnungswirtschaft wenden den Deutschen Nachhaltigkeitskodex an und modernisieren so ihre Verfahrensweisen.

Ein anderes Beispiel zeigen Genossenschaften wie die Wohnungsbaugenossenschaft Märkische Scholle in Berlin. Sie ist gemeinnützig und hat nur einen Teil der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt. Den Rest finanziert sie quer. So zahlen die Bewohner kaum mehr als vorher, leben aber in vorbildlich sanierten Gebäuden, die fast ausschließlich durch erneuerbare Energien mit Strom und Wärme versorgt werden. Menschen, die im ländlichen Raum oder

in Kleinstädten leben, empfinden sich hingegen oft als abgehängt. Sie beklagen eine schlechte ärztliche Versorgung sowie fehlende Bildungs- und Arbeitschancen. Schon wird davon gesprochen, dass der ländliche Raum in Ost und West in den Genuss eines Solidaritätszuschlags kommen muss.



In Zeiten von Klimawandel und Rohstoffknappheit ist eine Kreislaufwirtschaft im Bausektor nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch ökonomische Vernunft. Unsere gebaute Umwelt hat zudem soziokulturelle Funktionen zu erfüllen. Beim Wohnen etwa geht es, neben Qualitäten wie flächeneffizienten Grundrissen, schadstofffreien Baustoffen sowie energieeffizienter Gebäudehülle und -technik, um das Zuhause. Ein nachhaltiges Stadtquartier ist sozial und ökonomisch stabil, beliebt und bietet hohe Lebensqualität. Hier kommt es auf gute Infrastruktur, nachhaltige Mobilität und soziale Durchmischung an. Am Ende identifizieren sich die Menschen nur dann mit ihrem Umfeld, wenn es lebenswert ist.

PROF. DR. LAMIA MESSARI-BECKER
Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik,
Universität Siegen

Die grüne Stadt: Die Rolle der Natur

Ein weiteres kritisches Thema im Zuge der beschriebenen Umwälzungsprozesse ist die Stadtnatur. Denn von „grünen Infrastrukturen“ hängt die Lebensqualität in Städten entscheidend ab. Grünflächen, Straßenbäume und Stadtwälder beugen in Zeiten des Klimawandels Hitzestress vor und puffern heftige Niederschläge ab. Weiterhin säubern sie die Luft, dämpfen Lärm und helfen bei der Trinkwasserneubildung. Stadtnatur ist zudem ein Begegnungs- und Erholungsraum, in Form von Klein- oder Gemeinschaftsgärten kann sie sogar zur Lebensmittelversorgung beitragen.

Hannover oder Berlin haben ihren Wert daher in Form entsprechender Strategien unterstrichen, und im Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ tauschen sich rund 100 Gemeinden über naturschutzfachliche Belange aus. Auch die Bundesregierung fördert regelmäßig Vorhaben mit Bezug zu „urbaner Wildnis“.

Dennoch stellt ein Bericht des Forschungsprojekts „Naturkapital Deutschland“ fest, dass viele Kommunen die Ökosystemleistungen von Stadtnatur bislang nicht oder unzureichend berücksichtigen. Um ein Wachstum der Städte ins Umland zu verhindern und den Verkehr zu reduzieren, sei Innenverdichtung zwar nachvollziehbar,



sagt Ingo Kowarik, Ökologieprofessor an der Technischen Universität Berlin und leitender Autor des Berichts. „Allerdings gerät sie an ihre Grenzen, wenn die Menschen nicht mehr in den Genuss der vielfältigen Wohlfahrtswirkungen von Stadtnatur kommen.“

Auch die Tier- und Pflanzenwelt leidet. Erstaunlich viele Arten haben sich in den Städten ökologische Nischen erschlossen. Angesichts zunehmend ausgeräumter Landschaften ist Stadtnatur daher in ihrer Rolle für die biologische Vielfalt nicht zu unterschätzen. Die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu diesem Thema wurden jedoch bereits deutlich verfehlt: So liegt in Siedlungsgebieten der Bestand ausgewählter Vogelarten knapp ein Drittel unter den für das Jahr 2015 angepeilten Werten.

Stadtplaner setzen vor diesem Hintergrund verstärkt auf die sogenannte doppelte Innenentwicklung. Dabei werden Flächenreserven nicht nur baulich, sondern auch mit Blick auf die „grünen Infrastrukturen“ gestaltet. Im Ruhrgebiet etwa wandeln 20 Gemeinden ehemalige Industriebrachen zum Emscher Landschaftspark um. Ziel ist es, Wohn- und Gewerbegebiete durch die Vernetzung mit Grün- und Freiflächen aufzuwerten. Zugleich wird das Flusssystem der Emscher, einst als größte Kloake Europas verschrien, renaturiert – eine Maßnahme, die sich auch ökonomisch lohnen dürfte:

Den Kosten von 4,5 Milliarden Euro stehen Analysen zufolge volkswirtschaftliche Effekte in mehr als doppelter Höhe gegenüber.



Ein Management nachhaltiger Stadtentwicklung setzt das Bewusstsein und die Bereitschaft voraus, Nachhaltigkeitsthemen ernsthaft und konsequent im täglichen Tun umzusetzen, in Gremien, auf Mitarbeiterebene in der Verwaltung, in der Politik.

DR. KURT GRIBL
Oberbürgermeister der Stadt Augsburg

Neben solchen Großprojekten werden zudem Straßen und Gebäude in Stadtnatur integriert. So verfügt jede sechste deutsche Großstadt über Förderprogramme für Gründächer. Das Potenzial ist riesig, wird bislang aber nur in Teilen ausgeschöpft. Obwohl niemand mehr die grundsätzliche Bedeutung von Stadtnatur bestreite, sagt Ingo Kowarik, werde sie noch immer zu stark als Kostenfaktor wahrgenommen. „Die Einsicht aus zahlreichen Modellvorhaben, wonach Naturleistungen auch wirtschaftliche Zinsen bringen, ist noch nicht überall angekommen.“ Allerdings: Urbanes Gärtnern, solidarische Landwirtschaft oder „green volunteering“, also Freiwilligenarbeit im Naturschutz – daran beteiligen sich bereits heute viele Menschen. Dies rückt den Fokus auf eine weitere Dimension der nachhaltigen Entwicklung in urbanen Räumen: die Beteiligung ihrer Bewohner.

Oberbürgermeister-Dialog „Nachhaltige Stadt“

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von über 30 deutschen Städten tauschen sich regelmäßig zu Fragen der Nachhaltigkeit aus.

Seit Anfang 2010 treffen sie sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung und gehen der Frage nach, was Nachhaltigkeit konkret bedeutet und wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht auch in der Bundespolitik erlangen kann.

Grundlage der beteiligten Oberbürgermeister bilden die gemeinsam erarbeiteten strategischen Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen¹. An diesen Grundsätzen richten die Oberbürgermeister ihre Politik aus. Mit vier Eckpunkten, die das strategische Grundgerüst eines gemeinsamen Verständnisses nachhaltiger Stadtentwicklung darstellen, bekennen sich die Oberbürgermeister zu ihrer Verantwortung.

AUSZUG AUS DEN STRATEGISCHEN ECKPUNKTEN

1. Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden: konkret, lebendig, zupackend, mit Perspektive und gemeinsam mit den Menschen, die sich in zunehmendem Maße die Idee der Nachhaltigkeit zu eigen machen. Deshalb setzen wir auf Dialog, Partizipation und die Unterstützung der Entwicklung von Handlungskompetenzen zur Übernahme von Verantwortung und geben der Nachhaltigkeit durch konkrete Projekte vor Ort ein Gesicht.
2. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu nutzen, als sich laufend erneuern – auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb setzen wir uns für einen ausgeglichenen Haushalt und den Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen ein und fordern eine strukturelle Stärkung der Kommunen.
3. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Integration der Ressorts und Sachfragen in eine große Perspektive. Deshalb machen wir Nachhaltigkeit zur Chefsache und integrieren diese Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung.
4. Die nachhaltige Entwicklung erfordert, dass alle staatlichen Ebenen an einem Strang ziehen und partnerschaftlich auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Verabschiedung von universell gültigen Nachhaltigkeitszielen (SDG) der Vereinten Nationen stellt neue Anforderungen an Abstimmung, Koordination und Beteiligung zwischen den Ebenen. Wir wollen uns daran beteiligen und sehen in einem globalen Nachhaltigkeitsziel für Städte eine wichtige Stärkung der Rolle der Kommunen.

¹ www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/publikationen/broschueren/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Strategische_Eckpunkte_texte_Nr_49_August_2015.pdf

Stadt der Menschen: Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung

„Demokratie beruht darauf, dass eine Wechselwirkung zwischen Bürger und Politiker stattfindet, dass uns die öffentlichen Institutionen gleichsam antworten. Wir erreichen sie und sie uns“, sagte kürzlich der deutsche Philosoph Hartmut Rosa. „Aber diese Erwartung geht zunehmend verloren. Deshalb kommt es so häufig zu Protesten von Bürgern gegen politische Entscheidungen.“ Eine echte Beteiligung der Bürger vor Ort in ihrem eigenen Lebensumfeld kann deshalb auch ein Heilmittel gegen die politische Krise sein, die die Demokratien derzeit weltweit erleben. Zugleich kann sie nachhaltige Entwicklung vorantreiben, wie Stefan Kuhn vom Städteverband ICLEI sagt: „Nur wenn auf lokaler Ebene erlebbar wird, dass das eigene Handeln sichtbare und wünschenswerte Veränderungen hervorbringt, wird nachhaltige Entwicklung etwas Positives und Gewolltes und bleibt nicht länger abstraktes Konzept.“

Wie das gelingen kann, macht die Stadt Freiburg vor. Auf einem eigens eingerichteten Portal können sich die Bürger einbringen und ihre Ideen für die Zukunft der Stadt kundtun. Bundesweit einmalig ist die verknüpfte Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie stellt dar, welche

städtischen Aktivitäten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beitragen und wie finanzielle Ressourcen eingesetzt werden. Freiburg gehört auch zu den Kommunen mit einem Bürgerhaushalt. Dabei können die Bürger über einen Teil der Finanzen mitbestimmen.

Es gibt weithin bekannte positive Beispiele. Die Stadt Ludwigsburg hält Zukunftskonferenzen ab, mit denen sie die Bürger in die Entscheidungsprozesse einbindet. Dabei werden gemeinsame Visionen für die Stadt entwickelt, was nicht nur für die Bürger gut ist, sondern auch für die Verwaltung: Sie lernt, über die eigenen Ressortgrenzen hinauszudenken und ganzheitlich zu planen und zu handeln. Berlin verkauft öffentliche Grundstücke nicht einfach meistbietend, sondern belohnt das beste Entwicklungskonzept.



*Unser Wohnprojekt Generationen-
wohnen Sredzki 44 baut nachhaltig
und barrierefrei. Das haben wir
gemeinsam mit der Mietergenossenschaft
in die Hand genommen. In Zukunft sollte
so ein Bauen selbstverständlich sein.*

DANIELA HERR
Kunsthistorikerin

In den vielen Hundert vom Nachhaltigkeitsrat ausgezeichneten Projekten und Initiativen übernehmen Bürger Verantwortung: Sie initiieren Aktionen zur Nachhaltigkeit, zur Vermeidung von Lebensmittelabfall, zum Schutz der Natur, gründen Energiegenossenschaften, um selbst Strom zu erzeugen, oder tun sich zusammen, um ihre Vorstellungen von gemeinschaftlichem Wohnen zu verwirklichen.

BEST PRACTICE

Der Wettbewerb Zukunftsstadt

**Leise Autos, die keine Abgase mehr ausstoßen.
Gesundes Gemüse, das auf Hausdächern gedeiht.
Neue Gebäudekonzepte, die aus Abwasser klima-
freundliche Energie gewinnen. Für die Stadt der
Zukunft gibt es viele Ideen, die das Leben verbessern.
Der Wettbewerb „Zukunftsstadt“ will diese mit den
Bürgern diskutieren, gemeinsame Visionen für die
Zukunft entwickeln und in ersten Städten erproben.**



Die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sucht nach Modellen für die Zukunft der Städte im Jahr 2030. Bürgerinnen und Bürger, Lokalpolitik, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft arbeiten in drei Wettbewerbsphasen an Visionen, von denen sich die Finalisten ab 2018 unter Realbedingungen dem Test stellen. Thematisch beschäftigen sich die eingereichten Konzepte mit Fragen der sicheren Arbeit, bezahlbarem Wohnen, Klimaanpassung, nachhaltiger Mobilität oder Energieversorgung. Das Bundesministerium fördert den Wettbewerb mit 1,75 Millionen Euro über die Maßnahme FONA (Forschung für Nachhaltige Entwicklung).

www.wettbewerb-zukunftsstadt.de

ZEITZEICHEN – DER DEUTSCHE LOKALE NACHHALTIGKEITSPREIS

Im Rahmen des Netzwerk21-Kongress zeichnet der Preis in den Kategorien Initiativen, Unternehmen, Kommunen, Jugend, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Kommunikation und Internationale Partnerschaften herausragende lokale Aktivitäten aus. Der Preis ist insbesondere Anerkennung geleisteter Arbeit, die auch in Zukunft noch fortwirkt. Es geht dabei um die Organisation einer neuen Mitverantwortung und um starke Impulse für die Transformation der Gesellschaft.

www.netzwerk21kongress.de



Ein letztes Beispiel für die Kraft der Transformation, die von bürgerschaftlichem Engagement ausgehen kann: In Berlins City soll ein durch Abwässer verunreinigter Fluss wieder zur Badeanstalt werden. Der kanalisierte Fluss muss mit einer natürlichen Pflanzenkläranlage gesäubert werden, die Ufer sollen zu einem urbanen Treffpunkt umgebaut werden, neue Nutzungen werden möglich. Ökologie, soziale Teilhabe und städtische Nutzungen sollen zu einem lebendigen Ganzen finden: Nachhaltigkeit eben. Hundert Jahre nachdem sich das steinerne Berlin von der Natur abgewandt hat, will diese Bürgerinitiative der urbanen Natur wieder zu ihrem Recht verhelfen.

Standortbestimmung: Erfolge und Korrekturbedarf

Wie also steht es zusammengefasst um die nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland? Vieles ist in Projekten und Initiativen auf den Weg gebracht. Kommunen stellen sich dem Wettbewerb um Deutschlands nachhaltigste Stadt. Zudem diskutieren sie das Thema in Gremien wie dem Deutschen Städtetag oder internationalen Netzwerken. Führende Oberbürgermeister haben Nachhaltigkeit in ihren Führungsstrukturen verankert.

Insbesondere in Geldangelegenheiten gebe es jedoch wesentlichen Korrekturbedarf zwischen Bund, Ländern und Kommunen,

sagt Rainer Danielzyk von der Universität Hannover. „Oft gibt es seitens der Kommunen die berechtigte Klage, dass Bund und Länder Aufgaben verfügen, die nicht mit entsprechender Finanz- und damit auch Personalausstattung verbunden sind.“ Zudem warnt er vor Patentlösungen. „Das hängt immer von den regionalen Gegebenheiten ab.“ Weiterhin sei vieles eine Frage der Einstellung, sowohl seitens der Politik und Verwaltung als auch der Bürger. „Das ist im alltäglichen Betrieb noch ausbaufähig.“



Die Kommunalverwaltungen stehen vor langfristigen strukturellen Veränderungen. Wir müssen noch stärker als bisher hinterfragen, was wir tun und wie wir es tun. Was hat im Sinne der Nachhaltigkeit künftig Priorität? Was muss auf den Prüfstand? Denkverbote darf es nicht geben.

DR. FRANK MENTRUP
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

So gesehen muss Nachhaltigkeit erst noch zum Normalfall des kommunalen Handels werden. Daher gilt für die deutsche Stadtentwicklung das, was die internationale Expertengruppe im Peer Review 2013 der deutschen Nachhaltigkeitspolitik insgesamt bescheinigte: Die Fortschritte seien beeindruckend und aner kennenswert. „Es wäre allerdings ein Fehler, wenn sich Deutschland auf dem bisher Erreichten ausruhen würde.“

Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen
- Städte auf Kurs Nachhaltigkeit – Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten
- Impulspapier: Handlungsempfehlungen für eine bessere Wirkung zwischen nationalen und kommunalen Nachhaltigkeitsbestrebungen, vorgelegt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogprojektes Kommunale Nachhaltigkeit (2015)

BEST PRACTICE

Die weltgrößte Passivhaus-Siedlung: Heidelberg-Bahnstadt

Seit 2012 entsteht auf dem Areal des ehemaligen Güter- und Rangierbahnhofs in Heidelberg ein neues urbanes Quartier mit hoher ökologischer Lebensqualität.

Auf einer Gesamtfläche von 116 Hektar entstehen Wohnungen für rund 5.500 Menschen und Gewerbeflächen für etwa 7.000 Arbeitsplätze. Alle Gebäude entsprechen dem Passivhausstandard. Wärmedämmte Gebäudehüllen sorgen für thermische Behaglichkeit, die durch Nachheizen oder Nachkühlen reguliert werden kann. Das Quartier wird vollständig über regenerative Fernwärme beheizt. Die Passivhäuser verbrauchen weniger als halb so viel CO₂ wie Gebäude herkömmlicher Bauweise. Das Heidelberger Stadtentwicklungsprojekt ist eines der größten Passivhaus-Projekte bundesweit. Bei der Bebauung wird auf eine Durchmischung und kurze Wege innerhalb eines lebendigen Stadtteils geachtet: Neben Wohn-, Spiel- und Grünflächen, Einzelhandelsgeschäften und Restaurants werden ein Bürgerzentrum, eine Schule, mehrere Kitas, wissenschaftliche Einrichtungen und kulturelle Angebote mitgeplant.

www.heidelberg-bahnstadt.de



Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland

unter 10,0
 -10,0 bis unter -6,0
 -5,0 bis unter -4,0
 -4,0 bis unter -1,5
 -1,5 bis unter 1,5
 1,5 bis unter 4,0
 1,5 und mehr



Dr. Dieter Salomon

OBERBÜRGERMEISTER DER STADT FREIBURG IM BREISGAU

„*Wir wollen bis 2050
klimaneutral werden.*“



INTERVIEW

DR. DIETER SALOMON
OBERBÜRGERMEISTER
DER STADT FREIBURG
IM BREISGAU

Freiburg ist 2012 zur nachhaltigsten Großstadt gekürt worden. Was sind Leitlinien der Nachhaltigkeitspolitik in Freiburg? Wo ist Freiburg Vorreiter, wo gibt es die größten Defizite bzw. Hemmnisse bei der Umsetzung?

Freiburg hat eine lange Tradition bürgerchaftlichen Engagements in der Umweltbewegung, die auch früh Eingang in die Stadtpolitik fand. In jüngerer Zeit haben wir uns 2006 den Aalborg Commitments für Kommunen verpflichtet und darauf basierend 2009 im Gemeinderat 60 Nachhaltigkeitsziele in zwölf Politikfeldern beschlossen. Die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und kommunalen Unternehmen haben damit ihre Vorstellungen von einer nachhaltigen Stadt in einer gemeinsamen Leitlinie zusammengeführt, die als Grundlage des politischen Handelns dient.

Weniger Verkehr, aber verbesserte Mobilität ist als eines unserer Nachhaltigkeitsziele verankert.

Freiburg gilt heute über Europa hinaus als Vorzeigestadt im Bereich Klimaschutz – schon als das Thema bei Politik und Wirtschaft noch nicht auf der Agenda stand, haben wir eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik umgesetzt. Auch die Verkehrspolitik hat Freiburg überregional bekannt gemacht – vor allem natürlich für Radfahrerinnen und Radfahrer.

Ein Großteil der Freiburgerinnen und Freiburger ist laut Bürgerumfragen insgesamt sehr zufrieden mit dem Leben in Freiburg und unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der Stadt.

Freiburg ist eine wachsende Stadt und deshalb brauchen wir mehr Wohnungsbau. Diesen ökologisch und sozial zu bewältigen ist eine Herausforderung.

Welche Rolle spielt die Frage der Mobilität für die nachhaltige Stadtentwicklung und welche Lösungsansätze verfolgen Sie hier?

Freiburg ist frühzeitig von einer auf motorisierten Individualverkehr fokussierten Politik abgerückt, um stattdessen umweltfreundliche Verkehrsarten zu favorisieren. Weniger Verkehr, aber verbesserte Mobilität ist als eines unserer Nachhaltigkeitsziele verankert. Unser Konzept einer „Stadt der kurzen Wege“ umfasst starke Stadtteilzentren mit Grundversorgung in der Nachbarschaft sowie eine Stadtentwicklung an den Achsen des öffentlichen Verkehrs. 27 Prozent aller Strecken innerhalb der Stadt werden mit dem Rad zurückgelegt und es ist unser Ziel, diesen Anteil auf über 30 Prozent zu steigern. Dazu modernisieren und erweitern wir das Freiburger Radverkehrsnetz. Gleichzeitig soll der motorisierte Individualverkehr (MIV) durch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und die Bündelung auf Verkehrsachsen möglichst abseits der Wohngebiete in neue Bahnen gelenkt werden.

INTERVIEW

DR. DIETER SALOMON
OBERBÜRGERMEISTER
DER STADT FREIBURG
IM BREISGAU

Zudem hat die Stadt Freiburg ein ÖPNV-Netz (Öffentlicher Personennahverkehr) ausgebaut, das fast allen Bürgerinnen und Bürgern eine Haltestelle nicht mehr als 400 Meter vom Wohnort zur Verfügung stellt. Freiburg hat sich in den 1980er-Jahren für den Ausbau des ÖPNV entschieden und in Zusammenarbeit mit der ganzen Region eine „Umweltkarte“ (jetzt Regiokarte) entwickelt. Damit ist es möglich, unbegrenzt von der französischen Grenze bis in den Schwarzwald zu fahren.

„Ich engagiere mich persönlich für die Umsetzung der Freiburger Nachhaltigkeitsziele, indem ich 2011 die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement in meinem Dezernat gegründet habe.“

Der deutsche Immobilienmarkt boomt kräftig. Andererseits wird bezahlbarer Wohnraum immer dringender benötigt. Wie ist angesichts hochpreisiger Grundstücke und Mieten soziales und ökologisches Wohnen möglich?

Ohne Frage brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum in Freiburg. Sozialen Wohnungsbau zu realisieren ist bei einer Hochpreissituation, wie wir sie bei den Grundstücks- und Mietpreisen in Freiburg haben, aber naturgemäß sehr schwierig. Der Perspektivplan und die vor kurzer Zeit eingerichtete Projektgruppe „Neue Wohnbauflächen“ sind zwei Instrumente zur Entwicklung neuer Wohnungen. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Zielrichtungen: Erstens erstellen wir mit dem Perspektivplan einen strategischen städtebaulichen Rahmenplan zur Entwicklung der Stadt Freiburg in den nächsten 15 Jahren.

Zweitens findet mithilfe der Projektgruppe die kurz- bis mittelfristige Realisierung fünf konkreter Wohnungsbauprojekte statt. Da Freiburg als sogenannte Schwarmstadt auch in den nächsten Jahren weiter wachsen wird, werden wir nach der 2014 erstellten „Studie Wohnen“ bis 2030 voraussichtlich 1.000 Wohnungen jährlich benötigen, um der Nachfrage gerecht werden zu können und den Preisanstieg zu dämpfen. Dazu kommt aber inzwischen noch der Bedarf an Wohnungen für ehemalige Flüchtlinge, die nach ihrer Anerkennung integriert werden und einen Platz in der Stadtgesellschaft finden sollen. Deshalb ist der Bedarf voraussichtlich sogar noch höher.

Wie können unsere Städte nachhaltig wachsen? Welche Herausforderungen hat Freiburg zu bewältigen?

Grundsätzlich werden wir zukünftig mehr flächensparenden Wohnungsbau mit höherer baulicher Dichte planen und bauen, aber trotzdem müssen wir jetzt auch mit einem neuen Stadtteil in die Fläche gehen, um dem Bedarf an Wohnraum nachzukommen. Als strategisches Gesamtkonzept soll aber immer noch der erwähnte Perspektivplan als roter Faden für eine sozial und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung dienen. Wir berücksichtigen hier Fragestellungen zur verträglichen Innenentwicklung, Freiraumversorgung und zur perspektivischen baulichen und freiraumstrukturellen Weiterentwicklung Freiburgs.

INTERVIEW

DR. DIETER SALOMON
OBERBÜRGERMEISTER
DER STADT FREIBURG
IM BREISGAU

Das heißt, wir stellen uns im Vorhinein gesamtstädtischen Fragen. Wo kann noch verdichtet werden? Wie können wir Freiräume effektiver entwickeln? Wie integrieren wir neue Stadtteile? Diese planvolle Herangehensweise ist besonders wichtig, da uns durch natürliche Restriktionen wie Landschaftsschutzgebiete und Waldflächen nur wenige Flächen zur Verfügung stehen, auf denen man tatsächlich bauen kann.

Wie kommunizieren Sie mit den Bürgern zum Thema Nachhaltigkeit?
Wie erzeugen Sie Akzeptanz?

Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen ist unsere oberste Prämisse im Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Dafür bauen wir Strukturen auf und schaffen eine entsprechende Kultur, zum Beispiel mithilfe von Veranstaltungen, Workshops, Beiräten oder Arbeitsgruppen. Wir haben den 2008 gegründeten Nachhaltigkeitsrat mit 40 Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, um ein möglichst breites Spektrum der Freiburger Gesellschaft im Bereich Nachhaltigkeit zusammenzubringen. Das sind natürlich Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Stadtgesellschaft, die Akzeptanz schaffen.

Wie kann Bürgerbeteiligung für eine nachhaltige Stadtentwicklung genutzt werden?

In unseren Nachhaltigkeitszielen verpflichten wir uns, die Menschen bei unseren Projekten vorzeitig einzubeziehen. Entscheidungen unter Beteiligung und mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung sind sicherlich nachhaltiger als ein ständiges Regieren an den Wünschen der Bürgerschaft vorbei.

Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen ist unsere oberste Prämisse im Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Seit 2008 geben wir beispielsweise Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich durch das Projekt Beteiligungshaushalt an der Haushaltsplanung der Stadt zu beteiligen.

Schlussendlich fördert Beteiligung, dass sich Bürgerinnen und Bürger ernst genommen fühlen und sich aus eigenem Antrieb für die Stadt engagieren. Und bürgerschaftliches Engagement ist, was die Gesellschaft zusammenhält.

Was kann politisch für eine nachhaltige Stadt geleistet werden?

Sicherlich ist es so, dass man in der Kommunalverwaltung eine klare Ansprechperson braucht, ein Referat oder eine Koordinierungsstelle. Ich engagiere mich persönlich für die Umsetzung der Freiburger Nachhaltigkeitsziele, indem ich 2011 die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement in meinem Dezernat gegründet habe.

INTERVIEW

DR. DIETER SALOMON
OBERBÜRGERMEISTER
DER STADT FREIBURG
IM BREISGAU

Diese ist für die strategische Gesamtsteuerung verantwortlich und setzt sich sowohl verwaltungsintern als auch durch externe Kooperationen dafür ein, dass die Nachhaltigkeitsziele umgesetzt werden. Dass diese zentrale Verankerung in der Verwaltung notwendig ist, um nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, ist mittlerweile auch wissenschaftlich belegt, beispielsweise durch Forschungen der Leuphana Universität Lüneburg und der Bertelsmann Stiftung.

Das Ziel der Nachhaltigkeit gilt für alle als der wichtigste Schlüssel für eine gute Zukunft, für ökologische Verantwortung, für ökonomisches Wachstum und Lebensqualität in den Städten.

Welche Rolle spielen Städte-Partnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung?

Globale Probleme kann man nur global lösen. Unsere Partnerstädte interessieren sich für unsere Strategien bei Klima- und Naturschutz sowie Nachhaltigkeit. So gibt es mit Isfahan (Iran) bereits Kooperationen im Solarbereich, mit der italienischen Partnerstadt Padua hat Freiburg die größte Photovoltaikanlage Italiens gebaut. In unserer Partnerstadt Wiwili in Nicaragua helfen wir bei nachhaltigen Projekten, die das Vertrauen der Menschen in ihre eigenen Kräfte und Fähigkeiten stärken, um so ihre schwierigen Lebensverhältnisse dauerhaft zu verbessern. Partnerschaften sind wichtig, schließlich leben wir in einer Welt und können viel voneinander lernen.

Was planen Sie im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung für die Zukunft?

Freiburg ist wie viele andere Städte der Welt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt und somit noch nicht am Ziel. Das Ziel der Nachhaltigkeit gilt für alle als der wichtigste Schlüssel für eine gute Zukunft, für ökologische Verantwortung, für ökonomisches Wachstum und Lebensqualität in den Städten. Konkret haben wir das Ziel, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Das alles kann nur gelingen, wenn die Politiker die aktiven Bürger einbeziehen und diese die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung auch zu ihren eigenen Zielen machen. Deshalb gibt es eine Balance zwischen nachhaltigem Denken und Handeln, Akzeptanz und Partizipation.

Abschließend würden wir das Gespräch gerne mit einem kurzen Statement beenden. Bitte vervollständigen Sie den Satz: Für mich bedeutet Nachhaltigkeit, dass ...

... ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichberechtigt und auf der Grundlage einer generationengerechten Finanzpolitik vorangetrieben werden. Deshalb ist Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe, die in Politik und Verwaltung hineinwirkt und zu einem integrierten Handeln führt.

BEST PRACTICE

Essen – die grüne Hauptstadt Europas

Essen ist die „Grüne Hauptstadt Europas 2017“. Dieser Titel der Europäischen Kommission zeichnet die nachweislich hohen Umweltstandards und die ehrgeizigen Ziele für die weitere Verbesserung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung aus.

Begründet wird dies mit der Vorbildrolle der Stadt Essen für viele Städte in Europa, aber auch der Rolle der Stadt in der sozial verträglichen Transformation von einer Kohle- und Stahlstadt zu einer grünen Stadt.

LEUCHTTURMPROJEKTE DER STADT UND REGION:

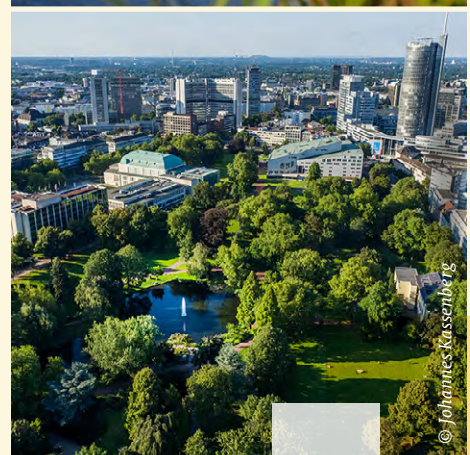
Mit dem Umbau des **Emschersystems** hat die Emschergenossenschaft eines der größten Infrastrukturprojekte Europas mit zahlreichen technischen Innovationen ins Leben gerufen: Die Emscher, ein für die Region prägender Fluss, wird bis zum Jahr 2020 von einem offenen Abwassersystem zu einem renaturierten Gewässer umgebaut.

Im Rahmen des kommunalen Aktionsprogramms „**ESSEN. Neue Wege zum Wasser**“ sind in den letzten zehn Jahren 150 Kilometer Fuß- und Radwege geschaffen worden. Damit ist die Stadt weiter zusammengewachsen. Die grüne Stadtentwicklung war in den letzten zehn Jahren Motor der Stadtentwicklung. Neue Grünflächen, Wasserflächen, Fuß- und Radwege haben die Stadt und die Region vernetzt und waren auch Ausgangspunkt für die Anpassung an den Klimawandel. Entstanden sind neue Parkanlagen und Seen sowie das Universitätsviertel.

Der **Radschnellweg**, der in Zukunft auf einer Länge von 100 Kilometern die „Metropole Ruhr“ noch stärker zusammenwachsen lässt, ist ein zukunftsweisendes Modell für nachhaltige Mobilität in Ballungszentren.

Das „**Baden in der Ruhr**“ soll wieder möglich werden und für Essener Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bieten, an bestimmten Stellen wieder im Baldeneysee bzw. in der Ruhr zu baden.

www.essengreen.capital





Anders konsumieren

Unsere Entscheidungen
für eine global tragfähige
Konsumgesellschaft



Nachhaltiger Konsum liegt im Trend, doch marktdominierend ist nachhaltiger Konsum noch lange nicht. Welchen Beitrag können Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Entwicklung leisten und welche Rahmenbedingungen unterstützen dabei?

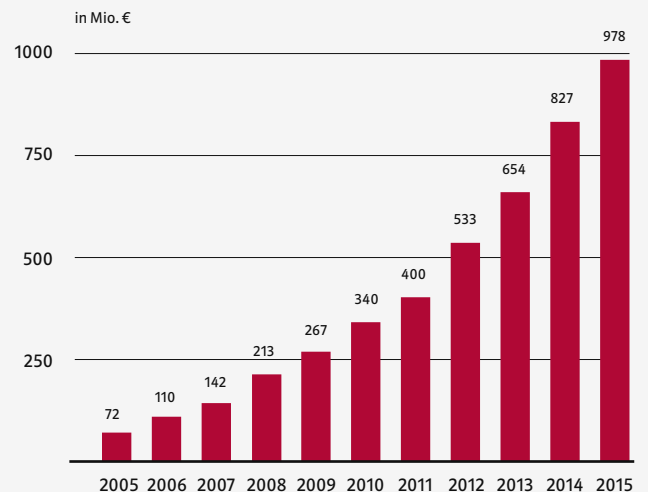
von ANJA ACHENBACH und SUSANNE WOLF

Nachhaltig zu konsumieren scheint leichter denn je. Die Biobranche in Deutschland boomt; was früher Bückware war, ist nun auch in jedem konventionellen Supermarkt und Discounter gut sichtbar platziert. Besonders in den Szenevierteln der Großstädte schießen die Filialen von Biosupermärkten wie Pilze aus dem Boden, so wie an der Markthalle am Marheinekeplatz in Berlin-Kreuzberg: Hier hat die Bio Company gleich gegenüber dem Westausgang ihre Tore aufgeschlagen, während sich am Nordende Alnatura platziert hat und es noch weitere Bioläden in der Nähe gibt. Für nachhaltig orientierte Konsumenten bleiben hier keine Wünsche offen. Nachhaltiger Konsum liegt sichtbar im Trend, Bio ist in den letzten 15 Jahren bei Verbraucherinnen und Verbrauchern angekommen: Laut der Consumers' Choice-Studie der GfK¹ im Auftrag der BVE² aus dem Jahr 2013 kauft über ein Viertel der Deutschen bevorzugt nachhaltige Lebensmittel und achtet bewusst auf Bioqualität, regionale Herkunft, Tierwohl und Fairtrade.

Rund ein Viertel der – überwiegend – Verbraucherinnen ist auch bereit, für Biolebensmittel mehr Geld auszugeben. Darauf haben inzwischen nahezu alle Anbieter reagiert: Selbst konventionelle Supermarktketten und Discounter setzen auf Biolinien und faire Produkte, um am grünen Boom teilzuhaben. „Bio“ ist auch längst nicht mehr auf Lebensmittel beschränkt, sondern umfasst heute nahezu alle Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Der faire Handel blüht

Entwicklung der Fairtrade-Umsätze in Deutschland



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

¹ Gesellschaft für Konsumforschung

² Bundesverband der Deutschen Ernährungsindustrie

Trend – aber noch lange nicht Mainstream

Rund 60 Prozent der Deutschen achten beim Einkauf darauf, ob Produkte nachhaltig sind. Die meisten orientieren sich anhand von Siegeln, zum Beispiel Fairtrade oder Biosiegel, oder lesen die Produktbeschreibung.

Doch marktdominierend ist nachhaltiger Konsum noch nicht. Mit 4,4 Prozent des Gesamtumsatzes von Lebensmitteln ist die deutsche Biobranche immer noch sehr überschaubar. Das breite Angebot finden wir vor allem in Städten und auch dort nicht überall. Zudem ist die deutsche Bevölkerung hinsichtlich des Bewusstseins für einen nachhaltigen Konsum in zwei Hälften gespalten: Die eine Hälfte zeigt sich zumindest einem Aspekt der Nachhaltigkeit gegenüber aufgeschlossen, während die andere Hälfte nahezu desinteressiert ist. Unter den gut 50 Prozent zumindest in Ansätzen nachhaltig bewussten Konsumenten gibt es lediglich knapp zehn Prozent, die sich umfassend, d. h. über alle Aspekte der Nachhaltigkeit bewusst sind. Oft nützt auch ein hohes Umweltbewusstsein allein nichts – viele zahlungskräftige Verbraucher konsumieren schlicht zu viel. Eine Studie des Umweltbundesamts (UBA) vom Sommer 2016 stellt fest: Menschen mit höherem Einkommen verbrauchen deutlich mehr Ressourcen und Energien als finanziell schwächere Haushalte.

„Mehr Einkommen fließt allzu oft in schwerere Autos, größere Wohnungen und häufigere Flugreisen – auch wenn die Menschen sich ansonsten im Alltag umweltbewusst verhalten. Aber gerade diese ‚Big Points‘ beeinflussen die Ökobilanz des Menschen am stärksten. Der Kauf von Bio-Lebensmitteln oder eine gute Mülltrennung wiegen das nicht auf“, erklärt UBA-Präsidentin Maria Krautzberger.



„Ich kaufe nicht bei Fast-Fashion-Ketten und versuche, keinen schnellen Trends zu folgen, sondern das zu kaufen, was ich mag – gute Qualität, klassisch, am besten vegan.“

BEATRICE ERNESTI
Studentin

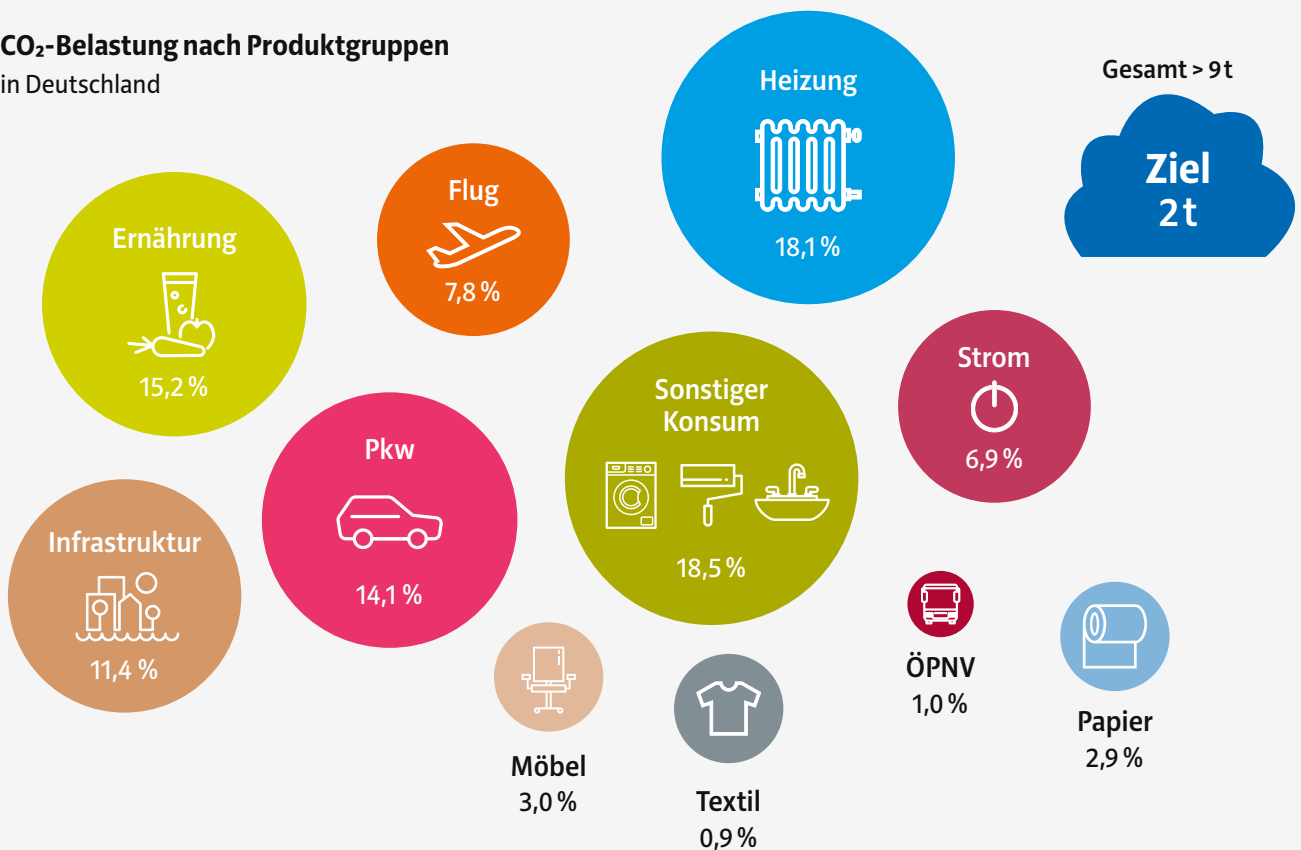
Prof. Dr. Lucia Reisch, Konsumforscherin und Mitglied im Nachhaltigkeitsrat, betonte: „Der Konsum privater Haushalte ist für rund ein Viertel der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Großen Einfluss darauf haben die Ernährung, die Wahl des Verkehrsmittels und der Energieverbrauch – zum Beispiel beim Heizen. Wer tatsächlich nachhaltig konsumiert, kann die CO₂-Emissionen im eigenen Einflussbereich erheblich senken. Dazu gehören der Kauf gesiegelter Produkte, aber auch ein grundsätzlich anderer Konsum und der bewusste Verzicht auf Konsum.“

Auch der ökologische Fußabdruck in Deutschland beträgt jährlich 11,8 Tonnen pro Kopf – zwei Tonnen wären klimaverträglich, damit die globale Erwärmung, so wie von 194 Staaten in Paris verabredet, unter zwei Grad Celsius bleibt.

Größte Hindernisse für Verbraucher, nachhaltig zu konsumieren, sind laut einer GfK-Studie im Auftrag des Nachhaltigkeitsrates vor allem Routinen und höhere Preise für nachhaltige Produkte. Verbraucher kaufen am liebsten das, was sie kennen, gaben 38,6 Prozent der Befragten an. Nach Ansicht von 37,2 Prozent sind nachhaltige Produkte teurer als konventionelle. Tatsächlich aber fängt zum Beispiel eine Umstellung auf eine Ernährung

mit weniger Fleisch sowie mehr Gemüse und Obst die Mehrkosten, die durch den Einkauf von Biolebensmitteln entstehen, oft auf. Und der wahre Preis, den wir für die vermeintlich „günstigen“ Lebensmittel aus konventioneller Landwirtschaft zahlen, ist real ein wesentlich höherer: Umweltauswirkungen wie Bodenverdichtung und -erosion, Pflanzenschutzmittel, Nitratbelastung und der Klimawandel, der durch die Verwendung von Düngemitteln und Tierhaltung noch weiter forciert wird – in der Landwirtschaft entstehen große Mengen an Treibhausgasen –, verursachen langfristig hohe Kosten.

CO₂-Belastung nach Produktgruppen in Deutschland



Kern des Problems ist, dass externe, mittel- und langfristig negative Effekte nicht im Kaufpreis repräsentiert sind. Dr. Michael Bilharz vom Umweltbundesamt ist überzeugt: „Nachhaltige Konsumoptionen müssen attraktiver, günstiger und leichter zu verwirklichen sein als nicht nachhaltige Optionen.“ Eine aktuell intensiv diskutierte Option ist aus diesem Grund die Einführung einer weltweiten CO₂-Steuer, die in die Preisgestaltung einbezogen wird: Ein Weltpreis für CO₂ würde laut Bundespräsident a. D. Horst Köhler ein „globales Wettrennen auslösen in den Laboren und Denkfabriken der Unternehmen und Universitäten, um die besten Lösungen für eine klimaneutrale Ökonomie zu entwickeln“.



*Ich bin stolz darauf,
dass ich kein Essen wegwerfe
und auch alles esse,
was ich einkaufe.*

SEBASTIAN QUIROGA
Verkäufer

Bei Lebensmitteln wie Kakao, Kaffee oder Bananen, die aus Ländern des Südens importiert werden, sind neben der CO₂-Bilanz auch die Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen: Kakao etwa wird zu einem großen Teil in Ghana und der Elfenbeinküste angebaut. In Ghana verdienen Kakaobauern rund 80 Cent am Tag, über zwei Millionen Kinder arbeiten in Westafrika im Kakaoanbau. Bei Produkten aus fairem Handel dagegen sind vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen garantiert. Kinderarbeit ist verboten.

Fleisch oder Fisch – oder Kichererbsen?

Wichtig ist in der Kommunikation zu nachhaltigem Konsum, die großen Hebel in den Blick zu nehmen: Fleischkonsum sowie die Bereiche Heizung, Wohnen und Mobilität. Hier lassen sich durch kleine Änderungen die größten positiven Effekte erzielen. Wer beispielsweise Strom aus erneuerbaren Energiequellen bezieht, smart mobil ist, weniger fliegt (und im Falle des Fliegens die verursachten Klimagase durch Spenden an zertifizierte Klimaschutz-Projekte ausgleicht), handelt nachhaltig. Zudem ist es nachhaltig, auf qualifizierte, langlebige, reparaturfähige und hochwertige Güter zu setzen. Dadurch nähert sich der ökologische Rucksack durch individuellen Konsum schnell einem klimaverträglichen Wert an.

Besonders der Konsum von viel Fleisch belastet Umwelt und Klima. Er verdeutlicht eine Reihe von systemischen Zusammenhängen, die am Beispiel industrieller Produktion veranschaulicht werden. Denn Deutschland ist nach wie vor ein Land der Fleischesser: Der Pro-Kopf-Fleischkonsum ist hierzulande seit 2011 von 61,6 Kilogramm auf 60,3 Kilogramm pro Kopf leicht zurückgegangen, neun Prozent der Bevölkerung ernähren sich vegetarisch. Der gesamte Fleischverbrauch, der Futter, industrielle Verwertung und Verluste einschließt, liegt bei 88,3 Kilogramm pro Kopf (2014).

Die Massentierhaltung bedingt nicht nur den hohen Einsatz von Antibiotika, die zu Resistenzen bei Menschen führen können, sondern auch von chemischen Düngemitteln und Pestiziden. Dies wiederum belastet Böden und Gewässer. Die Gewässer in Deutschland sind stark mit Phosphor, Nitrat und Stickstoff belastet, mit negativen Folgen für Mensch und Umwelt – nicht nur in Deutschland, sondern dies gilt auch für die Weltmeere.

Aufgrund der Schonung natürlicher Ressourcen kommt dem ökologischen Landbau dabei eine Schlüsselrolle zu. Für zusätzliche Wachstumsimpulse hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Erarbeitung einer Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau initiiert und das Thünen-Institut mit der Koordinierung des Strategieprozesses beauftragt. Ziel ist es, den Anteil von ökologisch bewirtschafteter Landwirtschaftsfläche von aktuell 6,3 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Das ist notwendig, denn jährlich steigt die Nachfrage nach biologischen Lebensmitteln – allein 2015 stiegen die Umsätze um elf Prozent.

Der ökologische Produktionsprozess umfasst dabei auch den Arten- und Tierschutz. Biohöfe berücksichtigen die Bedürfnisse der Tiere, der Einsatz von Pestiziden ist verboten. Bei der Bio-Fütterung ist die Menge, die an Kraftfutter (Getreide, Mais, Soja) in der Fütterung eingesetzt werden darf, limitiert. Demeter-Bauern und -Hersteller leisten darüber hinaus mit der biodynamischen Wirtschaftsweise erheblich mehr, als die EU-Bio-Verordnung vorschreibt,

und sind noch dazu Jobmotor. Würden alle Nutztiere in Deutschland artgerecht gehalten und würden deutsche Bundesbürger nur die empfohlene Menge an Fleisch oder Wurst konsumieren, wären die Preise lediglich um etwa ein Drittel höher und würden einen deutlich positiven Klimaeffekt erzeugen. „Wenn jeder Bundesbürger einmal pro Woche auf Fleisch verzichten würde, könnte das zu einer jährlichen Einsparung von rund neun Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen führen“, hält deshalb Tanja Dräger de Teran, WWF-Referentin für Klimaschutz und Ernährung, fest.



Ich versuche, auf Einweg-Kaffeebecher zu verzichten und stattdessen Mehrweg-Becher zu verwenden.

ANNIKA TORO
Angestellte

Auch die Überfischung der Weltmeere nimmt Ausmaße an, die das Ökosystem insgesamt bedrohen: Dem Fischereibericht der Food and Agriculture Organization (FAO) zufolge isst jeder Mensch über 20 Kilogramm Fisch pro Jahr, fast ein Drittel der weltweiten Bestände ist überfischt. Initiativen wie der DNP-Preisträger³ Followfish, eine Marke des Unternehmens fish & more, setzen auf Nachhaltigkeit und Transparenz: fish & more verpflichtet sich dazu, dass alle Zuchtfische aus biologischer Aquakultur und Wildfische aus MSC-zertifizierter⁴ Fischerei stammen; Lieferanten und Beschaffungswege werden komplett offengelegt.

³ Deutscher Nachhaltigkeitspreis

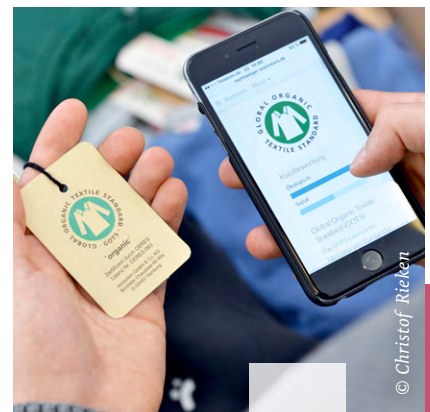
⁴ Marine Stewardship Council

Weltmeere und Fischbestände sind darüber hinaus noch in anderer Weise durch unser Konsumverhalten bedroht: Laut einer Studie der Ellen MacArthur Foundation gelangen jährlich acht Millionen Tonnen Plastik in die Ozeane. Der Plastikmüll wird durch Wind, Wetter und Gezeiten zu Mikroplastik zerkleinert und landet so in den Mägen von Seevögeln und Meerestieren, die daran oft elendig zugrunde gehen. Auch in zahlreichen Produkten des täglichen Konsums, von Kosmetikartikeln bis hin zu Kleidung aus Kunstfasern, finden sich viele dieser Kunststoffteilchen. Beim Waschen werden sie gelöst und gelangen über unsere Abwässer in die Meeresumwelt. Schließlich landet das Plastik auf unseren Tellern, wenn wir zum Beispiel mit Mikroplastik und Schwermetallen belasteten Fisch essen.

Mehr Klarheit und Transparenz

Mit der Wahl nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen wird der Geldschein zum Wahlschein. Je häufiger Konsumenten nachhaltigere Produktalternativen wählen, desto stärker wird der Druck auf Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die konsequent auf eine nachhaltige Entwicklung hinwirken. Nachhaltig zu konsumieren heißt aber auch, die langfristigen Kosten und Verbräuche mit in Betracht zu ziehen. Bei steigenden Energie- und Wasserpreisen sind Produkte zu bevorzugen, die sich über die gesamte Nutzungsdauer bezahlt machen und schon in der Produktion weniger Ressourcen in Anspruch nehmen. Unterm Strich zeigt sich, dass nachhaltiger Konsum sich rechnen kann.

Damit Konsumenten jedoch wirklich nachhaltig konsumieren können, brauchen sie bessere Informationen und Orientierungshilfen. Aus diesem Grund hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung den „Nachhaltigen Warenkorb“ initiiert. Dieser als Online-Magazin⁵ aufbereitete Einkaufsführer zeigt nachhaltige Konsumalternativen auf und gibt mit Faustregeln Orientierung bei konkreten Konsumententscheidungen in 16 Themenbereichen. Zu Tipps in den Bereichen Lebensmittel, Reisen und Mobilität, Wohnen und Bauen, Haushalt und Elektronik, Mode und Kosmetik werden besonders glaubwürdige Siegel vorgestellt. Die Anforderungen hinsichtlich sozialer und/oder ökologischer Bedingungen werden im Ratgeber skizziert, um informierte Kaufentscheidungen zu erleichtern. „Nachhaltiger Konsum ist heute schon möglich und macht Spaß“, lautet eine Botschaft des Einkaufsführers.



© Christof Rieken

⁵ www.nachhaltiger-warenkorb.de

BEST PRACTICE

Der Nachhaltige Warenkorb: Ratgeber für nachhaltigen Konsum

Im Alltag nachhaltig zu konsumieren scheint leichter denn je: Im Einzelhandel und bei vielen Discountern sind zertifizierte und mit Siegeln versehene Produkte erhältlich. Dennoch sind Verbraucherinnen und Verbraucher mit nachhaltigem Konsum häufig überfordert.



Die Produktionsbedingungen vieler Produkte sind oft so intransparent, dass kompetente Entscheidungen schwer zu treffen sind. Der „Nachhaltige Warenkorb“ unterstützt Endkunden dabei, Kaufentscheidungen zu treffen. Per Website, Broschüre und mobile App zeigt der Nachhaltige Warenkorb Konsumalternativen auf und liefert Faustregeln für komplizierte Konsumententscheidungen. Der Warenkorb beschreibt Alternativen und gibt Empfehlungen in den Bereichen Lebensmittel, Reisen, Mobilität, Wohnen, Bauen, Haushalt, Elektronik, Geldanlagen, Mode sowie Kosmetik. Alltagstauglich und praktisch bewertet er die relevanten Siegel und Produktkennzeichnungen.

www.nachhaltiger-warenkorb.de

Reuse, repair, recycle

Die Sharing Economy, das Tauschen und Teilen von Produkten und Dienstleistungen, hat dank Internet und sozialer Netzwerke ein großes Comeback: Carsharing, Tauschringe, Nachbarschaftshilfe oder Urban Gardening sind nur einige Beispiele. Der Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit ist gemäß einer Studie der Universität Lüneburg einer der Beweggründe für den neuen Trend. „Darin werden zwei Konsumtypen der Sharing Economy unterschieden: Menschen mit ausgeprägter Sozialorientierung und grundlegendem Nachhaltigkeitsbewusstsein und Konsumpragmatiker, die sich in erster Linie aus rein praktischen Gründen

wie Kostenersparnis dem Trend anschließen“, weiß Harald Heinrichs, Professor für Nachhaltigkeit und Politik an der Universität Lüneburg und Autor der Studie. „37 Prozent der Befragten legen Wert auf alternative Besitz- und Konsumformen.“ Mit ein Grund für den Erfolg der Sharing Economy ist das wachsende Bewusstsein für Produktionsbedingungen etwa in der Bekleidungsindustrie: In Herstellerländern wie Bangladesch sind Löhne unterhalb der Armutsgrenze, Kinderarbeit oder 12- bis 18-Stunden-Tage ohne Pause die Regel. In den Unternehmen gibt es oft mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen und ein Gewerkschaftsverbot, wie die Clean-Clothes-Kampagne aufzeigt. Dazu kommt die ökologische Problematik in der Baum-

BEST PRACTICE

Ratgeber für die öffentliche Hand: Die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung

Die öffentliche Hand hat ein Beschaffungsvolumen von mindestens 350 Milliarden Euro im Jahr. Das entspricht rund zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Beschaffungsamts des Bundesministeriums des Inneren (KNB) berät öffentliche Auftraggeber über die Kriterien der Nachhaltigkeit. Sie stellt einen Wissenstransfer zwischen den rund 30.000 Vergabestellen öffentlicher Aufträge im gesamten Bundesgebiet her. Dazu führt sie Schulungen durch und informiert Entscheiderinnen und Entscheider auf Veranstaltungen sowie online. Die Kompetenzstelle arbeitet mit Expertinnen und Experten aus der Industrie, von NGOs und öffentlichen Auftraggebern zusammen, um neue Ideen und Betrachtungsweisen zu entwickeln.

www.nachhaltige-beschaffung.info



wollproduktion: Die weltweite Anbaufläche von Baumwolle beträgt 2,5 Prozent, der Anteil der dafür eingesetzten Pestizide jedoch 25 Prozent. 40.000 bis 50.000 Tonnen Färbemittel gelangen durch die globale Textilindustrie jährlich in das Wassersystem der Produktionsländer. Auch bei elektronischen Geräten sind die Produktionsbedingungen oft mangelhaft: Ein wachsender Anteil der Unterhaltungselektronik wird in Entwicklungs- und Schwellenländern hergestellt, jedes zweite elektronische Gerät wird in China produziert. Studien von makeITfair zeigen: In China und auf den Philippinen müssen Beschäftigte 100 bis 180 Stunden pro Monat zusätzlich arbeiten, ohne einen Zuschlag auf den Mindestlohn von 75 bis 85 Euro im Monat zu erhalten. Dazu kommt der enorme Verbrauch an Ressourcen: In jedem Handy, Tablet oder PC steckt eine Vielzahl an Metallen und seltenen Erden wie Tantal, Gold, Palladium,

Silber, Kobalt und Kupfer. Der Abbau von Coltan, das für die Herstellung von Tantal verwendet wird, hat zu einem Bürgerkrieg im Kongo geführt. Die Recyclingquoten der Rohstoffe am Ende des Lebenszyklus sind noch beschämend gering. Immerhin gibt es erste Initiativen gegen Ressourcenverschwendung und Elektroschrott, wie beispielsweise Repair Cafés, die in Deutschland immer populärer werden, oder das Modell der Kreislaufwirtschaft, auch Cradle to Cradle genannt, das der deutsche Umweltchemiker Michael Braungart gemeinsam mit dem amerikanischen Architekten William McDonough entwickelt hat. „Produkte sollen am Ende ihres Lebens nicht entsorgt werden, sondern von Anfang an so konzipiert sein, dass sie sich in anderer Form weiterverwenden oder sogar vollkommen kompostieren lassen“, erklärt Braungart sein Konzept.

Wie wird nachhaltiger Konsum gefördert?

Neben dem individuellen Konsumverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher sind vor allem Wirtschaft und Politik gefragt, bessere Rahmenbedingungen für einen nachhaltigeren Konsum zu schaffen. Grundlage sind nachhaltige Wirtschafts- und Produktionsweisen. Dies zu fördern ist auch eines der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sowie der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Bundesregierung verfolgt hier verschiedene Ansätze: Wegweisend ist das von der Bundesregierung im Februar 2016 beschlossene **„Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“⁶** mit Handlungsansätzen einer Politik für nachhaltigen Konsum, um den notwendigen Strukturwandel voranzutreiben: Das Programm setzt dabei vor allem auf freiwillige Selbstverpflichtungen aller Beteiligten. So bündelt es Maßnahmen und Initiativen z. B. in der Verbraucher- und Gesundheitspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Politik zu Bau und Wohnen, der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, der Forschungs- und Bildungspolitik oder der Umwelt-, Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Insgesamt sollen dadurch der gesellschaftliche Diskurs und eine Sensibilisierung der Verbraucher gefördert werden. Zu diesem Zweck werden beispielsweise Informationen über Ursache und Wirkung von Konsumverhalten anhand von konkreten Zahlen und Größen (z. B. CO₂-Emissionen und Wasserverbrauch für die Produktion einer Jeans oder von einem Liter Milch etc.) veranschaulicht.

Auch aufklärende Kommunikationsmaßnahmen zu CO₂-Bilanzen und Ressourcenverbrauch sollen das Bewusstsein für Nachhaltigkeit stärken.

Das Aktionsprogramm beinhaltet ebenfalls die Stärkung und Ausweitung dieser Siegel. Das Projekt „Siegelklarheit“ hat sich zum Ziel gesetzt, weitere Zeichen und Standardsysteme einzuführen und damit auf die Produktgruppen des täglichen Bedarfs hinzuweisen.

Ergänzend wurde im Dezember 2016 der **„Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“** im Bundeskabinett verabschiedet. Dieser soll die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen und die Verantwortlichkeiten deutscher Unternehmen zur Wahrung der Menschenrechte in einem festen Rahmen verankern. Mit dem Ziel, die menschenrechtliche Lage entlang der Liefer- und Wertschöpfungskette weltweit zu verbessern, wurden global einheitliche und überprüfbare Standards festgelegt. Zudem bündelt der Plan die Stärken der verschiedenen Beteiligten aus Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften. Die Bundesregierung bringt im Aktionsplan damit die klare Erwartung zum Ausdruck, dass Unternehmen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einhalten müssen.

⁶ www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Produkte_und_Umwelt/nat_programm_konsum_bf.pdf



BEST PRACTICE

Lebensmittel-Retter im Einsatz

Von der Erzeugung bis zum Endverbraucher gehen entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Lebensmitteln jährlich über 18 Millionen Tonnen Lebensmittel in Deutschland verloren – dies entspricht fast einem Drittel des jährlichen Nahrungsmittelverbrauchs (aktuell 54,5 Millionen Tonnen). Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung will die Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit von relevanten Daten zügig verbessern, um den Verlust von Lebensmitteln zu vermeiden. Schon jetzt wird auch praktisch gehandelt. Verschiedene private und staatliche Initiativen engagieren sich gegen den Verlust und zeigen wegweisende Lösungsmöglichkeiten auf.



DIE TAFELN

Mit mehr als 900 gemeinnützigen Vereinen bündeln die „Tafeln“ als eine der größten sozialen Bewegungen Deutschlands rund 60.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Diese sammeln im Handel und bei Herstellern überschüssige Lebensmittel ein, die qualitativ einwandfrei sind. Sie verteilen sie unentgeltlich oder zu einem symbolischen Betrag an finanziell schwächer gestellte Menschen. Jede Woche nutzen über 1,5 Millionen Menschen das Angebot der Tafeln, ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Die Hälfte der Tafeln agiert als eingetragener Verein, die andere Hälfte befindet sich in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen und Stiftungen.

www.tafel.de



FOODSHARING

Foodsharing e.V. ist eine bundesweite Non-Profit-Initiative gegen Lebensmittelverschwendung in Betrieben. Über 20.000 ehrenamtliche Mitglieder und etliche Tausend Freiwillige setzen sich in ungefähr 2.700 Betrieben aktiv gegen die Vernichtung von Lebensmitteln ein. Eine virtuelle Open-Source-Plattform zeigt den Mitgliedern überschüssige Lebensmittel in der Nähe an, die umsonst abgegeben werden.

www.foodsharing.de

Zentrale Punkte hierbei sind beispielsweise die Abgabe einer Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte durch Unternehmen. Außerdem soll ein Verfahren festgelegt werden, um tatsächliche und potenziell nachteilige Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf die Menschenrechte zu ermitteln.

Die Bundesregierung will Firmen auch in der Berichterstattung über soziale und ökologische Standards bei ihren Auslandsgeschäften bestärken und sieht insbesondere Mehrheitsbeteiligungen des Bundes mit internationalem Geschäft in der Pflicht. Bis 2020 soll nach dem Willen der Bundesregierung die Hälfte aller Großunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umsetzen – das sind rund 6.000 Firmen. Ab 2018 will sie deshalb jährlich überprüfen, ob die Erwartungen an die Wirtschaft auch erfüllt wurden. Verfehlen die Unternehmen die gesetzten Ziele, könnte ein Gesetz folgen und der Kreis der angesprochenen Firmen erweitert werden.





BEST PRACTICE

Lebensmittel-Retter im Einsatz



QUERFELD

Bei der Ernte von Obst und Gemüse entsprechen bis zu 30 Prozent der Früchte nicht den optischen Standards des Handels. Sie werden aussortiert, zu Tierfutter verarbeitet oder vernichtet. Die Initiative Querfeld kooperiert mit Bio-Landwirtschaftsbetrieben, um das zu vermeiden. Querfeld nimmt den Betrieben aussortierte Ware ab und liefert diese an Schulen, Caterings und weitere Lebensmittelverarbeiter.

www.querfeld.bio



ZU GUT FÜR DIE TONNE!

„Zu gut für die Tonne!“ informiert über Ursachen und Folgen unserer Verschwendung und gibt praktische Tipps – vom planvollen Einkauf über die richtige Lagerung bis zur Resteverwertung. Speziell für Schulen wurden Unterrichtsmaterialien erarbeitet, die im Klassensatz kostenlos bestellt werden können. Für unterwegs gibt es die Beste-Reste-App mit vielen Rezepten und einem integrierten Einkaufszettel. Seit 2015 werden in Restaurants Beste-Reste-Boxen beworben, in denen Reste gesammelt und mitgenommen werden können. Das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) will seine seit 2012 bestehende Initiative „Zu gut für die Tonne!“ zu einer nationalen Strategie ausbauen. An dieser können sich alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette beteiligen. Eingebunden werden Bundesländer, NGOs und auch die Gastronomie. 2016 vergab das BMEL außerdem erstmals den Bundespreis für Engagement gegen Lebensmittelverschwendung; der Wettbewerb wird zukünftig jährlich ausgeschrieben.

www.zugutfuertietonne.de

Faire Wertschöpfung

Deutschlands Verantwortung in der Welt umfasst jedoch auch den Beginn der Wertschöpfungskette von Produkten, die in Deutschland konsumiert, aber nicht in Deutschland hergestellt werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie greift deshalb exemplarisch die textile Kette auf. Ein neuer Indikator stellt auf den Umsatzanteil der Mitglieder des Textilbündnisses am Textilmarkt ab → **siehe „Wirtschaft“**. Auch der neue Indikator „Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen“ ist ein erster Einstieg, nachhaltigen Konsum zu messen. In der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie bezieht er sich zunächst nur auf „ökologische“ Produkte und lässt hierunter wiederum nur Produkte mit staatlichen Umweltzeichen (Blauer Engel, staatliches Biosiegel) gelten.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat als Diskussionsbeitrag zum Entwurf der Strategie mit einem Gutachten des Instituts für Markt-Umwelt-Gesellschaft (IMUG-Institut) einen statistisch und normativ gangbaren Weg zur Messung des nachhaltigen Konsums aufgezeigt und diesen durch einen „Genügsamkeitsindikator“ ergänzt.

Weniger ist mehr – aber gleich!

Das Ziel der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs in Paris vom Jahr 2015, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, erfordert eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 Prozent. Um ein auf internationaler Ebene glaubwürdiges Beispiel abgeben zu können, erfordert dies nach Auffassung des Nachhaltigkeitsrates ganzheitliche Strategien zur Steigerung von Effizienz, technische Innovationen, Umbau von Infrastruktur – und eben auch Suffizienz.

Ein Umdenken findet bereits auf verschiedensten Ebenen statt: Konsumenten, Politik und Produktion sind auf einem guten, zukunftsweisenden Weg – stehen aber immer noch am Anfang. Es gilt, jetzt entschlossen zu handeln. Nachhaltiger Konsum erfordert Innovationen, Produktalternativen, neue Denk- und Handlungsmuster bei allen Akteuren gleichermaßen – und eine ehrliche Diskussion um Leitbilder nachhaltigen Wirtschaftens sowie eine Transformation unseres Wirtschaftssystems insgesamt. Integraler Bestandteil dessen muss auch das Thema der Suffizienz werden. In Deutschland und weltweit sind veränderte politische Rahmenbedingungen, Anreize und Impulse für nachhaltigere und suffiziente Produktions-, Konsum- und Lebensstile erforderlich.



Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Der Nachhaltige Warenkorb
- Indikatoren für den Nachhaltigen Konsum – Kurzstudie

Klaus Müller

VORSTAND DES VERBRAUCHERZENTRALE BUNDESVERBANDS (VZBV)

„*Wir brauchen mehr
Transparenz und verbindliche
Mindestanforderungen.*“



INTERVIEW

KLAUS MÜLLER
VORSTAND
VERBRAUCHERZENTRALE
BUNDESVERBAND (VBZV)

Wird heute nachhaltiger konsumiert als vor 20 oder 30 Jahren? Welche Veränderungen lassen sich grob skizzieren?

Wir stellen fest, dass wir natürlich wichtige Fortschritte machen, zum Beispiel bei der Energieeffizienz von Geräten oder bei der Stromgewinnung aus nachwachsenden Ressourcen. Gleichzeitig muss man sehen, dass vor 20 oder 30 Jahren allgemein weniger konsumiert wurde. Das bedeutet im Umkehrschluss einen niedrigeren Ressourcenverbrauch. Auch Gebrauchsgegenstände haben früher oftmals länger gehalten. Sie waren teurer und der Umgang mit Gütern war deshalb bewusster und wertschätzender. So gesehen wurde früher nachhaltiger konsumiert als heute.

Welche Rolle spielt der einzelne Verbraucher für eine nachhaltige Entwicklung? Wie beeinflussen Verbraucher den Markt?

Verbraucher haben durch ihre Nachfrage durchaus eine wichtige Rolle für eine nachhaltige Entwicklung. Leider können sie ihrem Wunsch, nachhaltig zu konsumieren, oftmals nicht nachkommen, weil das

Die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz unseres Planeten müssen zum selbstverständlichen Standard werden.

Angebot an nachhaltig produzierten Gütern zu gering, die Kennzeichnung nicht klar oder der Preis zu hoch ist. Zudem hat sich gezeigt, dass die sogenannte „Politik mit dem Einkaufskorb“, die allein die Verbraucher in der Verantwortung sieht, nicht zum Erfolg führt. Man kann nicht von den Verbrauchern erwarten, dass sie wichtige Entscheidungen über Menschenrechte, Ressourcen

und Ökologie allein im Supermarkt treffen. Hier brauchen wir ergänzende klare ordnungspolitische Vorgaben für die Wirtschaft, wie produziert werden muss und was Verantwortung für die Lieferketten bedeutet.

Dennoch, betont die Bundesregierung, tragen Verbraucher die Verantwortung für die Auswahl des Produktes und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung ... Wie viel Verantwortung können Verbraucher tragen? Und zu wie viel Verantwortungsübernahme sind sie bereit?

Wer versucht, gesellschaftliche Verantwortung auf individuelle Verbraucher zu verlagern, macht es sich zu leicht. Hier sind vor allem Politik, Hersteller und Handel gefragt. Die Produktionsweise der Güter leistet einen entscheidenden Beitrag: Werden nachhaltige Ressourcen verwendet und elementare Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und ökologische Standards eingehalten, haben es Verbraucher an der Ladentheke einfacher, nachhaltig zu konsumieren. Die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz unseres Planeten müssen zum selbstverständlichen Standard werden. Dazu müssen Verbraucher informierte Kaufentscheidungen treffen können und über die Auswirkungen ihres Konsums informiert werden. Nur dann haben sie die Möglichkeit, ihr Konsumverhalten zu ändern und politische Rahmenbedingungen einzufordern, die die nachhaltige Produktion gewährleisten. Transparenz bei den Produktions- und Herstellungsschritten ist hierzu ein erster, wichtiger Schritt.

INTERVIEW

KLAUS MÜLLER
VORSTAND
VERBRAUCHERZENTRALE
BUNDESVERBAND (VBZV)

Können Einzelne die Nachhaltigkeit von Produkten überhaupt realistisch beurteilen?

Die Beurteilung von Nachhaltigkeit am Produkt ist schwierig, weil wir in Deutschland die negativen Folgen bisher kaum spüren. Viele negative Auswirkungen der Produktion auf Mensch und Umwelt werden in andere Länder ausgelagert und sind für uns deshalb auf den ersten Blick nicht mehr sichtbar. Deshalb fordern wir staatliche Mindestanforderungen für eine sozial und ökologisch verantwortliche Produktion. Alle Branchen – ob Textilien, Lebensmittel oder Elektronikgeräte – brauchen klare und verbindliche staatliche Kriterien, was unter sozial und ökologisch verantwortlicher Produktion zu verstehen ist.

Viele negative Auswirkungen der Produktion auf Mensch und Umwelt werden in andere Länder ausgelagert und sind für uns deshalb auf den ersten Blick nicht mehr sichtbar.

Differenziert für alle Produktgruppen müssen mithilfe von Wissenschaft, Verbraucherorganisationen und Wirtschaft Mindestanforderungen beziehungsweise Kriterien (Benchmarks) im Bereich Ökologie und Soziales entwickelt werden. So kann das Engagement nachhaltig handelnder Unternehmen honoriert werden. Liegt das Engagement der Unternehmen über dem staatlichen Benchmark, können Produkte beispielsweise mit einer leicht wiedererkennbaren staatlichen Qualitätsauslobung in Form einer „Bildmarke“ auf den Produkten platziert werden. Das ermöglicht Verbrauchern eine schnelle Orientierung.

Selbstbestimmte, kritische Verbraucher sind der Idealfall. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Verbraucherzentrale Bundesverband für eine nachhaltigere Gesellschaft?

Der Verbraucherzentrale Bundesverband engagiert sich gegenüber Politik und Wirtschaft für Weichenstellungen zugunsten nachhaltiger Entwicklung, etwa bei der Energiewende, bei der Entwicklung der Elektromobilität oder beim Tierschutz in der Nutztierhaltung. Außerdem setzen wir uns für Verbraucherbildung an Schulen ein, damit die Alltags- und Konsumkompetenzen von Kindern und Jugendlichen frühzeitig gefördert werden können. Mit dem „Materialkompass“ stellen wir zum Beispiel Lehrkräften geprüfte Unterrichtsmaterialien unter anderem zum Thema nachhaltiger Konsum zur Verfügung.

Viele Verbraucher suchen zudem unsere Beratungsstellen auf, weil sie unter anderem Fragen zum Gewährleistungsrecht oder zur Kennzeichnung von ökologisch und sozial verträglich produzierten Gütern haben. Auch nachhaltige Geldanlagen und die Umwelt- und Produktsicherheit sind wichtige Themen. Insbesondere bei der Produktkennzeichnung herrscht viel Unklarheit, weil „nachhaltig produziert“ kein rechtlich geschützter Begriff ist.

INTERVIEW

KLAUS MÜLLER
VORSTAND
VERBRAUCHERZENTRALE
BUNDESVERBAND (VBZV)

Theoretisch haben viele Menschen den Wunsch, nachhaltiger zu leben – tun es aber im Alltag nicht. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?

Das hat mehrere Gründe. Zum einen handeln wir leider nicht immer rational. Unser Alltag ist von eingeübten Routinen geprägt, an die wir uns zu oft halten. Zum anderen unterliegen wir Verhaltensverzerrungen, sogenannten „biases“. Das heißt, wir orientieren uns in unserem Handeln an sozialen Normen: Je mehr Menschen einen Coffee-to-go-Becher nutzen, desto mehr wird sich dies zur Norm entwickeln. Meines Erachtens ist aber der Hauptgrund für fehlendes Handeln die mangelnde Sichtbarkeit der Auswirkungen unseres Konsums. Farmen oder Bergbau für Rohstoffe sind oft in Übersee und somit nicht sichtbar. Auch direkte Auswirkungen durch den Klimawandel sind für die Menschen in Europa kaum spürbar. Dies gilt ebenso für überdüngte Böden durch unsere Landwirtschaft wie für die Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion. Hier brauchen wir mehr Transparenz und Sichtbarkeit.

Wie könnte man dennoch für nachhaltigen Konsum motivieren?

Zum Beispiel durch Sichtbarkeit von Verbräuchen und Ersparnissen: Im Hinblick auf Haushaltsgeräte haben die EU-Energieverbrauchskennzeichnung und die EU-Vorgaben zum „Ökodesign“ deutliche Einsparungen bewirkt.

Wichtig ist aber weiterhin, dass Verbraucher nicht benötigte Geräte auch komplett vom Strom trennen. Hohes Einsparpotenzial besteht außerdem bei der Wärmedämmung von Gebäuden. Hier muss die Politik die steuerliche Entlastung und finanzielle Unterstützung ausbauen, um die Investitionsschwelle für Eigenheimbesitzer abzusenken.

Nachhaltiger Konsum entscheidet auch über Generationengerechtigkeit.

Ist nachhaltiger Konsum für alle möglich?

Momentan fristet nachhaltiger Konsum noch ein Nischendasein. Wenn aber die Politik eine nachhaltige Produktionsweise zum Standard erhebt, wird es auf diesem Markt mehr Wettbewerb geben. Dadurch sinken die Preise und ermöglichen nachhaltigen Konsum für breite Gruppen.

Als Verbraucherverband wollen wir in Zukunft die soziale Dimension der Nachhaltigkeit stärken. Denn nachhaltiger Konsum entscheidet auch über Generationengerechtigkeit. Politische Rahmenbedingungen sollten eine inklusive Gesellschaft fördern, die allen Verbrauchergruppen, einschließlich Senioren, Kindern, Menschen mit Behinderung, sozial schwachen Menschen sowie Migranten und Flüchtlingen, die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

INTERVIEW

KLAUS MÜLLER
VORSTAND
VERBRAUCHERZENTRALE
BUNDESVERBAND (VBZV)

Welche Rolle spielen Suffizienzaspekte für Konsumenten und Unternehmen?

Suffizienz, also weniger oder auch maßvoller Konsum, gewinnt für manche Verbraucher immer mehr an Bedeutung. Für einige Verbraucher gilt Konsum oder Besitz sogar als Ballast. Deswegen setzen immer mehr Menschen darauf, Produkte zu teilen statt zu besitzen.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, qualitativ hochwertige und langlebige Produkte zu produzieren, die man auch noch reparieren kann.

„*Kein Mensch braucht jedes Jahr ein neues Smartphone.*“

Hier sind die Unternehmen gefragt, diesem Verbraucherwunsch nachzukommen und nachhaltige Produkte auf den Markt zu bringen. Zudem wünsche ich mir, dass die Unternehmen verantwortungsvoll mit Werbung und dem Marketing ihrer Produkte und Dienstleistungen umgehen, um nicht nachhaltige Konsumwünsche und -bedürfnisse nicht unnötig anzuregen. Kein Mensch braucht jedes Jahr ein neues Smartphone.

Abschließend würden wir das Gespräch gerne mit einem kurzen Statement beenden. Bitte vervollständigen Sie den Satz: Für mich bedeutet Nachhaltigkeit, dass ...

... unsere Kinder und deren Kinder eine lebenswerte und gerechte Welt vorfinden.

An aerial photograph of a large container port. The foreground and middle ground are filled with numerous stacks of intermodal containers in various colors, including red, blue, green, yellow, and white. A large red gantry crane with the number 'T1697' on its side is positioned over the stacks. In the background, a white truck is visible among the containers. The sky is not visible, as the containers fill the upper portion of the frame. A white rectangular box with a yellow cross-like shape is overlaid on the top left of the image.

Besser wirtschaften

Auf der Suche nach
neuen Koordinaten für
das Wirtschaftssystem

Weltweit leben 836 Millionen Menschen in extremer Armut. Mit der Agenda 2030 hat sich die internationale Staatengemeinschaft nun ehrgeizige Ziele gesteckt: Armut und Hunger sollen weltweit besiegt werden – und das alles ökologisch und unter den Prämissen des Klimaschutzes. Alle, die sich dazu äußern, zeigen sich fest davon überzeugt, dass sich die Herausforderungen weltweit nur gemeinsam lösen lassen. Der Dissens besteht nicht im Anspruch, sondern in seiner Umsetzung.

von KATRIN MÜLLER

Die Agenda 2030 schafft ein neues Entwicklungs-Paradigma. Weltweit soll wirtschaftlicher Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der planetaren Grenzen verbunden werden. Für die Bereiche Umwelt, Soziales und Wirtschaft wurden 17 ambitionierte Kernziele formuliert, die Sustainable Development Goals (SDGs), welche die „5 Ps“ betrachten: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership¹. Die Agenda gilt für Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten gleichermaßen. Der politische Wille ist artikuliert, doch wie erfolgreich die Agenda 2030 dann in den einzelnen Ländern umgesetzt wird, muss sich noch zeigen.

Denn jeder Plan ist nur so gut wie seine Umsetzung. Die Ziele der Agenda 2030 können nur durch eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen einer neuen globalen Partnerschaft erreicht werden. Alle Länder sind deshalb dazu aufgefordert, über ihre Anstrengungen und Fortschritte zu berichten – nicht nur national, sondern auch beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen².



Niemand darf zurückgelassen werden.

BAN KI-MOON

UN-Generalsekretär 2007–2016

Im Einklang mit der Agenda 2030 wurde zudem auf der Klimakonferenz von Paris beschlossen, die globale Erderwärmung bis 2050 auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Industriestaaten wie Deutschland gehören zu den größten Produzenten von Treibhausgasen. Unternehmen und Konsumenten profitieren von billigen Rohstoffen und niedrigen Löhnen in Entwicklungsländern.

¹ Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden, Partnerschaft

² High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF

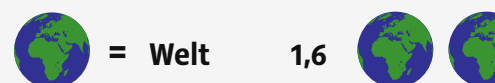
Die wohlhabenderen Nationen haben deshalb eine besondere Verantwortung bei der Etablierung weltweit nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen.

Die Agenda 2030 fordert ausdrücklich, die schwächsten und „verwundbarsten“ Staaten in den Mittelpunkt zu stellen. „Niemand darf zurückgelassen werden“, sagte der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. „Aber der wahre Test kommt noch, nämlich die Umsetzung.“ Bundeskanzlerin Dr. Merkel fordert deshalb, dass die Agenda 2030 künftig „in allen politischen Tagesordnungen fest verankert“ werden müsse.

Im Ausland gilt die Bundesrepublik als ein Land mit einer hohen Lebensqualität, wie aus der Studie „Deutschland in den Augen der Welt“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) aus dem Jahr 2015 hervorgeht. Deutschland wird als dynamisch und leistungsfähig mit der dazugehörigen „Innovationslandschaft“ beschrieben. Auch im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens sind nicht zuletzt wegen der proklamierten Energiewende die Erwartungen an die Bundesrepublik als Impulsgeber international hoch. Bei der Umsetzung der Agenda 2030 kommt Deutschland somit eine Vorreiterrolle zu.

Ob Solarstrom vom Dach der Industriehalle, Maßnahmen zur Ressourceneffizienz oder Investitionen in Bildung in ärmeren Ländern: Es gibt viele Facetten ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftens. Viele Unternehmen haben längst erkannt, dass eine Produktion auf Pump und unter Ausbeutung von Mensch und Umwelt nicht

Wie viele Erden bräuchten wir, wenn alle Menschen der Welt so leben würden wie die Bewohner von ...



**April
16**
2016

Earth
Overshoot
Day
Germany

Quelle: Global Footprint Network National Footprint Account 2016

nur auf das Image drückt, sondern sie auf lange Sicht auch selbst teuer zu stehen kommt. Nach Skandalberichten über Umweltverschmutzung und unmenschliche Arbeitsbedingungen in Asien geloben Textilunternehmen Besserung und einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess

der globalen Lieferketten. Die Autorin und Innovationsberaterin Anna Handschuh arbeitet für die unabhängige Denkfabrik „Gottlieb Duttweiler Institute“ mit Sitz in der Schweiz. Sie brachte die Wechselwirkung zwischen Handel und Konsum in einem Interview mit dem Schweizer Rundfunk und Fernsehen (SRF) mit dem Satz auf den Punkt: **„Bangladesch beginnt in unserem Kleiderschrank.“**

Doch nicht alle Bemühungen zu einer Verbesserung der Ökobilanz sind wirksam, und in manchen Fällen besteht die Gefahr des „Greenwashings“. Dies geschieht beispielsweise, wenn ein Konzern einerseits mit der Unterstützung von Umweltprojekten wirbt, andererseits aber hochkomplexe,

undurchsichtige Lieferkettenstrukturen aufbaut, die eine Kontrolle des Rohstoffbezugs vor Ort unmöglich machen.



Bangladesch beginnt in unserem Kleiderschrank.

ANNA HANDSCHUH
Gründerin Elephant Strategy

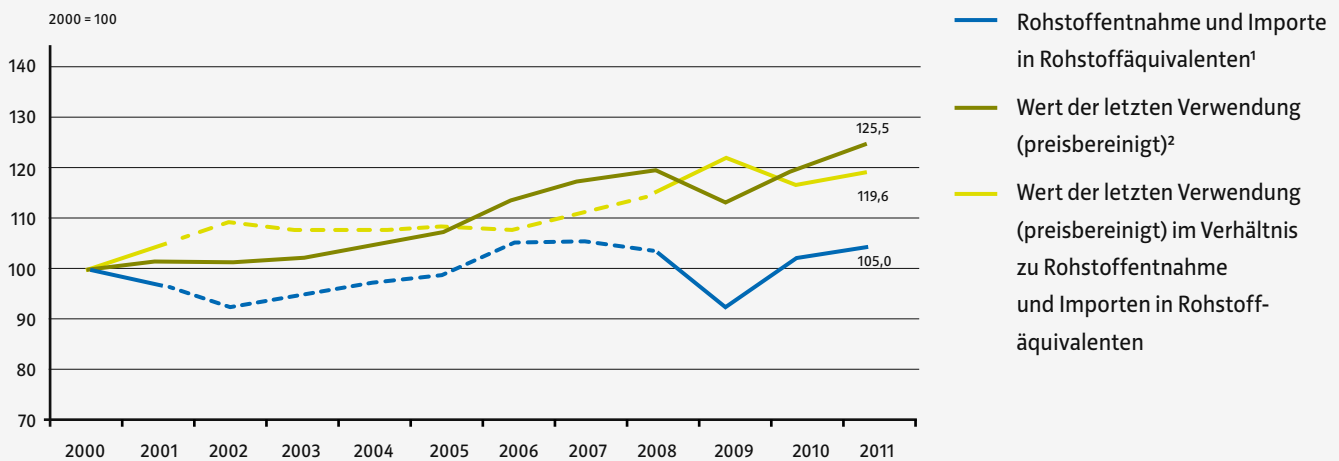
Entscheidend ist, dass die Nachhaltigkeitsstrategie eines Unternehmens in dessen Kerngeschäft verankert ist und öffentlich formuliert wird, bis wann und wie die selbst gesteckten Ziele erreicht werden sollen. Für die Umstellung auf ein ressourcenschonenderes und sozial verträglicheres Wirtschaften ist das eine wichtige Voraussetzung.

© Foto Handschuh: Selina Meier

Gesamtrohstoffproduktivität in Deutschland

Die Gesamtrohstoffproduktivität stellt die Rohstoffeffizienz der deutschen Volkswirtschaft dar.

Dabei werden das deutsche Bruttoinlandsprodukt und der dafür benötigte globale Rohstoffeinsatz ins Verhältnis gesetzt. Ziel des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess) II ist die weitere Steigerung und damit Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch im Kontext der Kreislaufwirtschaft.



¹ 2001 bis 2007 interpoliert

² Entspricht preisbereinigt dem Bruttoinlandsprodukt zuzüglich dem Wert der Importe

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit gutem Beispiel vorangehen

Die Gewinner des Deutschen Nachhaltigkeitspreises, der jedes Jahr vergeben wird, veranschaulichen die Bandbreite an Möglichkeiten, die es für Unternehmen gibt, ihre Produktionsprozesse und Leitlinien zu optimieren. Das mittelständische Familienunternehmen VAUDE beispielsweise entwickelt, produziert und verkauft Outdoor-Sportartikel nach sehr hohen Nachhaltigkeitsstandards. So produziert VAUDE Kleidung und Sportausrüstung unter dem „Green Shape Label“, setzt sich im Rahmen der „Fair Wear Foundation“ für faire Arbeitsbedingungen in Niedriglohnländern ein und ist Teil des „Bündnisses für nachhaltige Textilien“. Aber auch im Unternehmen wird Nachhaltigkeit von der Geschäftsführung authentisch vorgelebt. Das zeigen entsprechende Regeln wie die „VAUDE Material Policy“, die Verpackungsrichtlinie, die Einkaufspolicy für Möbel und Büromaterial oder das Mobilitätskonzept. VAUDE wurde damit 2015 zu Deutschlands nachhaltigster Marke gewählt.

Überzeugt hatte 2015 auch das Heiztechnikunternehmen Vaillant als „Deutschlands nachhaltigstes Großunternehmen“. Vaillant biete Schlüsseltechnologien für die Energiewende und komme vorbildlich seiner ökologisch-sozialen Verantwortung nach, hieß es zur Begründung. Ausschlaggebend war auch hier, dass Nachhaltigkeit

in jedem Bereich des Heiztechnikunternehmens verankert ist und eine besonders energieeffiziente Produktion sowie recyclingfreundliche Entsorgung Maßstäbe setzen. Auch börsennotierte Unternehmen wie der Chemiekonzern BASF und der weltweit drittgrößte unabhängige Software-Lieferant SAP haben mit verschiedenen Maßnahmen gezeigt, dass nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen jeder Unternehmensgröße und -form möglich ist.

Faire Produktion und Handel

Um die ehrgeizigen UN-Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele zu erreichen, bedarf es auch einer Land- und Forstwirtschaft, die ausreichend und gesunde Nahrung für alle produziert, aber gleichzeitig auch auf den Schutz und den Erhalt von Boden, Wasser, Biodiversität und Luft ausgerichtet ist. Initiativen, die Land- und Forstwirtschaft wirtschaftlich, sozial und umweltverträglich zu gestalten, sind zum Beispiel die „Zukunftsstrategie ökologischer Landbau“ sowie international angelegte Bündnisse wie das „Forum Nachhaltiges Palmöl“ (FONAP) oder das „Forum Nachhaltiger Kakao“ (FNK). Darin setzen sich Industrie und Ministerien gemeinsam das Ziel, Leben und Arbeit für Kleinbauern in den Anbauländern dauerhaft und wirksam zu verbessern und den Anteil nachhaltig erzeugten Kakaos deutlich zu erhöhen.

BEST PRACTICE

Ein Beitrag für mehr Transparenz in der Wirtschaft: Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) wird vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) seit Ende 2011 Unternehmen und Organisationen zur freiwilligen Anwendung empfohlen.

Im Rahmen des Projekts „Deutscher Nachhaltigkeitskodex“ (DNK) können sich Unternehmen einer standardisierten Berichterstattung unterziehen. „Mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) ist für Unternehmen aller Rechtsformen ein Instrument geschaffen, das Transparenz über die Nachhaltigkeit und damit Qualitätsvergleiche erlaubt“, sagte Christian Strenger, Aufsichtsratsmitglied bei DWS Investments.

Bisher liegen 374 Entsprechenserklärungen von 191 Unternehmen und Organisationen vor (Stand: März 2017). Sie nutzen den Standard, um der Öffentlichkeit über ihre nicht finanziellen Leistungen in den Bereichen Ökologie, Soziales und Governance zu berichten. Oft ist dies mit der unternehmensinternen Neuausrichtung auf Nachhaltigkeit verbunden oder stärkt das schon bestehende Unternehmensengagement.

Der Standard ist international anwendungsfähig und liegt in mehreren Sprachen vor. Unternehmen, Branchenverbände, Kammern und zivilgesellschaftliche Organisationen bekommen einen umfangreichen Einblick in die praktische Einführung des Nachhaltigkeitskodex. Der Rat erweitert „Made in Germany“ um die Komponente Nachhaltigkeit, die mithilfe des DNK nachvollziehbar und vergleichbar beschrieben wird.

Damit entfaltet der Deutsche Nachhaltigkeitskodex Signalwirkung: Die EU-Kommission sowie die Bundesregierung haben ihn als möglichen Standard für die ab dem Berichtsjahr 2017 geltende Berichtspflicht zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen genannt. Sie gilt für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, die im öffentlichen Interesse stehen.

Weitere Informationen unter:

www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de
und www.sustainabilitycode.org



Die Nachhaltigkeits-Zertifizierung von Produkten trägt zu einer nachhaltigeren Produktion bei, reicht aber für die Transformation von Konsum und Produktion insgesamt nicht aus. Zum einen müssen Zertifikate schrittweise ambitionierter werden, zum anderen müssen die staatlichen und gewerberechtlichen Bedingungen ebenso konsequent schrittweise auf die Anforderungen an das nachhaltige Wirtschaften ausgerichtet werden, um Korruption und Missachtung der Menschenrechte zu vermeiden.



Unternehmen neigen dazu, die Kosten sozialer Konflikte zu unterschätzen.

CORALIE DAVID
OECD

Eine Schlüsselrolle kommt dem Einzelhandel als Bindeglied zwischen Verbrauchern und Produzenten von Waren zu. Verbraucher greifen auf fair gehandelte und ökologisch erzeugte Produkte leichter zu, wenn sie bei vielen Supermärkten und Discounter im Regal stehen und attraktiv präsentiert werden.

Die Nachfrage steigt kontinuierlich. Mit 1,14 Milliarden Euro erreichte der Gesamtumsatz mit „Fairtrade“ 2015 einen Höchststand, wie das Forum „Fairer Handel“ in seinem jüngsten Bericht mitteilte. Der Anteil am Gesamt-Lebensmittelmarkt liegt demnach aber noch immer unter einem Prozent.

In den letzten Jahren haben Studien zum Einkaufsverhalten der Deutschen allerdings gezeigt, dass sich ein Großteil der Verbraucher speziell im Lebensmittelbereich zunehmend dafür interessiert, woher ein Produkt stammt, und dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher gezielt nach Informationen suchen. Europas größte Biomolkerei, die Andechser Molkerei Scheitz GmbH, mit ihrer Marke „Andechser Natur“ bietet ihren Kunden eine besonders hohe Transparenz, indem für sie der Weg der Milch von den Kühen der Bio-Milchbauern bis in den Laden nachvollziehbar ist. Noch vor dem Kauf kann der Verbraucher per QR-Code auf der Packung Informationen zum Produkt einsehen. Die Molkerei zeigt also, wie eine Marke eine enge Beziehung zwischen Rohstoffproduzent und Kunde herstellen kann.

BEST PRACTICE

Bündnisse für faires Wirtschaften: Vom Rohstoff bis zum Konsumenten

Als Importeur von Waren und Rohstoffen haben deutsche Firmen ein Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen. Immer mehr Firmen diskutieren in Netzwerken über nachhaltige Produktions- und Handelsbedingungen.

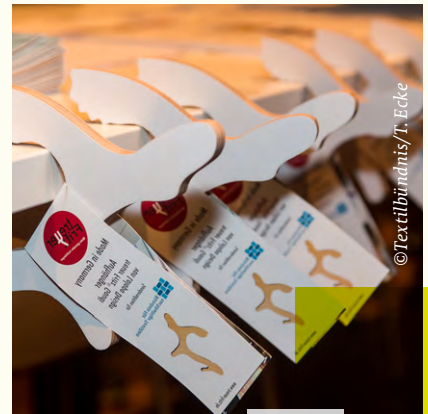


DAS BÜNDNIS NACHHALTIGE TEXTILIEN

90 Prozent der in Deutschland verkauften Textilien sind aus China, der Türkei oder Bangladesch importiert. 2014 wurde, als Reaktion auf den Gebäudeeinsturz von Rana Plaza in Bangladesch, das Bündnis Nachhaltige Textilien gegründet.

Es bündelt Synergien vieler Stakeholder entlang der Textillieferkette und verfolgt das Ziel, Produktion, Verarbeitung und Handel mit Textilien sozial und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Dies betrifft unter anderem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheit, den Einsatz von Chemikalien und die Zertifizierung von Textilien. Bereits nach einem Jahr verfünffachte sich die Zahl der Bündnismitglieder auf 188 Mitglieder. Das sind 55 Prozent des deutschen Textil- und Bekleidungsmarktes. Bis Ende 2017 sollen es laut Nachhaltigkeitsstrategie 75 Prozent sein. Mit dem Beitritt verpflichten sich die Mitglieder zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess, der von unabhängigen Dritten überprüft wird.

www.textilbuendnis.de



DAS FORUM NACHHALTIGER KAKAO E. V.

2014/15 lag die Gesamtfördermenge von Rohkakao bei 4.229.600 Tonnen. Deutschland importiert 10 Prozent dieser weltweiten Gesamtmenge und gehört damit zu den größten Importeuren weltweit. Um den Kakaosektor nachhaltiger zu gestalten, haben sich im Forum Nachhaltiger Kakao e. V. mittlerweile über 70 Akteure aus der deutschen Kakao- und Schokoladenindustrie, dem Lebensmittelhandel, der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. Die Lebensbedingungen der Kakaobauern und ihrer Familien sollen verbessert werden. Durch den verstärkten Import nachhaltig angebauten Kakao sollen natürliche Ressourcen und die Biodiversität →



BEST PRACTICE

Bündnisse für faires Wirtschaften: Vom Rohstoff bis zum Konsumenten



→ in den Anbauländern erhalten werden. Inzwischen stammen fast 30 Prozent des in Deutschland verkauften Kakaos aus nachhaltigem Anbau. Das Forum bringt relevante Akteure aus Deutschland, den Produktionsländern und aus internationalen Initiativen zusammen. Das eigene Projekt PRO-PLANTEURS unterstützt 20.000 Kakaobauern und deren Familien in Côte d'Ivoire. Das Forum Nachhaltiger Kakao ist als Leuchtturmprojekt der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für das Jahr 2016 ausgezeichnet worden.

www.kakaoforum.de



DAS FORUM NACHHALTIGES PALMÖL

Der weltweite Verbrauch von Palmöl in der Lebensmittel- und Kosmetikindustrie ist hoch: 65,4 Millionen Tonnen wurden 2015 produziert. Deutschlands Bedarf macht zwei Prozent aus. Indonesien und Malaysia stellen zusammen 85 Prozent der globalen Palmölproduktion, doch auch in Afrika und Lateinamerika wird zunehmend produziert. Zu großen Teilen werden Ölpalmen von Kleinbauern angebaut: In Indonesien werden rund 45 Prozent der Ölpalmenflächen von Kleinbauern bewirtschaftet, in Afrika teilweise bis zu 80 Prozent. Ölpalmenanbau ist entwicklungspolitisch und ökologisch höchst relevant. Für Palmölplantagen werden in den Regenwaldregionen vor Malaysia und Indonesien wertvolle Primärwälder abgeholzt und teils brandgerodet. In der Folge kommt es zu Bodenerosion, drastischen Emissionen von Treibhausgas und zur Bedrohung der Biodiversität.

Das Forum Nachhaltiges Palmöl engagiert sich dafür, den Anteil von segregiertem und zertifiziertem Palmöl und Palmkernöl oder entsprechenden Derivaten in der DACH-Region signifikant zu erhöhen. Die Initiative aus 44 Unternehmen der Palmöl verarbeitenden Industrie, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und dem Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung arbeitet Vorschläge zur Verbesserung bestehender Zertifizierungssysteme aus.

www.forumpalmoel.org/de



BEST PRACTICE

Verstehen ermöglichen – Wissen vernetzen: Koordination von Forschungsprojekten zu nachhaltigem Wirtschaften durch die Initiative Nawiko

Mit der Fördermaßnahme „Nachhaltiges Wirtschaften“ trägt das Bundesministerium für Bildung und Forschung der Komplexität des Übergangs zu einer nachhaltigeren Wirtschaft Rechnung.

Durch das Projekt werden 30 mehrjährige Forschungsprojekte gefördert, die sich mit verschiedenen globalen und lokalen Wirtschaftssektoren und Aspekten des nachhaltigen Wirtschaftens beschäftigen. Begleitend wurde die „Wissenschaftliche Koordination der Fördermaßnahme Nachhaltiges Wirtschaften“ (NaWiKo) ins Leben gerufen. Sie erzeugt durch Vernetzung und Wissensaustausch Synergien zwischen den Projekten und unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit sowie den Transfer von Ergebnissen in die Praxis.

www.nachhaltigeswirtschaften-soef.de



Auch Unternehmen wie Tchibo, Henkel oder Alnatura verdeutlichen bereits, wie eine nachhaltige Unternehmensstrategie umgesetzt und die Zuliefer- und Wertschöpfungskette bis hin zur Personalpolitik sozial und umweltgerechter werden kann. Tchibo ist in Deutschland und in anderen europäischen Staaten nach eigenen Angaben Marktführer für Röstkaffee.

Das Unternehmen setzt sich im Rahmen seines gesellschaftlichen Engagements beispielsweise mit eigenen Projekten für bessere Lebensverhältnisse in den Kaffee-Anbaugebieten ein. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ bietet es

gemeinsam mit Partnern vor Ort unter anderem bildungs- und berufsorientierte Angebote für Kinder und Jugendliche. Tchibo vertreibt auch Textilien. Da die Baumwolle dafür meist aus Entwicklungs- und Schwellenländern stammt, engagiert sich das Unternehmen gemeinsam mit der „Aid by Trade Foundation“ unter anderem für die Förderung des nachhaltigen Baumwollanbaus in Subsahara-Afrika. Als ein wichtiger Schritt in Richtung einer Mode ohne Gift gilt auch das „Bündnis für nachhaltige Textilien“.

Die rund 180 Mitglieder haben sich dazu verpflichtet, problematische Chemikalien in der Textilproduktion schrittweise durch unbedenkliche Substanzen zu ersetzen und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch in den Herstellerländern zu sorgen.



Es gibt kleine Ökolabel, bei denen kann man den Herstellungsprozess bis zu den Baumwollfeldern zurückverfolgen. Bei den großen Textil- und Sportartikelherstellern ist so was bisher nicht üblich.

MANFRED SANTEN
Greenpeace-Chemieexperte

Leitlinien für ein ökofaires Wirtschaften werden auch seit 2002 in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben. Die Neuauflage 2016 erweitert das noch und bezieht auch die internationalen Lieferketten in das Ziel und den Indikator zur Ressourcennutzung ein. Problematisch bleibt allerdings weiterhin der tendenziell steigende Verbrauch an Fläche, Energie und Ressourcen. Staatliche Maßnahmen sind weiterhin dringend nötig. Wissenschaft und Forschung müssen gefördert werden, um Alternativen zu entwickeln. Das wird auch getan. Wir brauchen mehr Strategien zur Steigerung der Effizienz, aber daneben muss auch die Suffizienz treten – Sparsamkeit und Verzicht sind manchmal die besseren Lösungen. Weil sie nicht „verordnet“ werden können, sind neue Ideen und Instrumente nötig. Deutschland, wie alle Länder, steht hier erst am Anfang.

Nachhaltige Finanzwirtschaft

Neben Bündnissen und der Optimierung von Produktionsprozessen braucht nachhaltiges Wachstum auch Partner für nachhaltige Innovationen. Die universellen globalen Nachhaltigkeitsziele – auch die Klimaziele – fordern Politik und Finanzwelt heraus. Nachhaltigkeit kann und muss zum Motor für Investment werden. Nicht das schnelle Geld zählt, sondern die Anlage in Zukunft und Dauerhaftigkeit. Schon heute werden „grüne Finanzanlagen“ wichtiger, Investitionen in fossile Energieträger werden riskanter. Doch nachhaltiges Investieren ist mit einem Marktanteil von 2,7 Prozent laut Marktbericht 2015 des Forums Nachhaltige Geldanlagen noch eine Nische. Gute Absichten von Investoren sind willkommen, aber es braucht Politik und Strukturen, um nachhaltiges Investment dorthin zu bringen, wo es hingehört.

Bisher fehlen inhaltliche Mindeststandards, Angebote sind bislang nicht vergleichbar. Auch existiert bislang kein gesetzlicher Rahmen, mit dem Anlagestrategien der Pensionskassen und anderer öffentlicher Investoren veranlasst werden könnten, ethische, soziale und ökologische Belange zu beachten und darüber Rechenschaft abzulegen.

Abgesehen von einzelnen Ausnahmen in Berlin und Münster spielen nachhaltige Anlageprodukte in den Kommunen und den Pensionskassen des Staates bisher keine Rolle.

Um Ausbeutung in ärmeren Ländern zu verhindern und das Ökosystem zu bewahren, braucht es auch auf Nachhaltigkeit ausgelegte Finanzströme. Viele Finanzinstitute investieren weiterhin in schädliche und nicht nachhaltige Bereiche wie Bergbau und Ölförderung und erzielen Profite mit teils intransparenten Geschäften. Trotz der Maßnahmen zur Bankenregulierung nach der Finanzkrise haben sich die Managementpraktiken und Geschäftsmodelle vor allem im Bereich des Investmentbankings kaum verändert. Den Entwicklungsländern gehen jährlich Steuereinnahmen von rund 100 Milliarden Dollar durch multinationales Offshoring, Aktientricks und Transaktionen zur Steuervermeidung verloren. Ein Problem sind auch die hoch riskanten Geschäfte, die durch die Aktivitäten von Schattenbanken entstehen. Bei diesen Kreditgebern handelt es sich meist um kapitalstarke Finanzunternehmen außerhalb des regulären Bankensystems. Sie unterliegen deshalb auch nicht den für Banken geltenden Regulierungsmechanismen und der daraus resultierenden Kontrolle ihrer Investitionen.

Um neue Krisen zu vermeiden, ist es unerlässlich, dass Investoren und Banken ihrer Schlüsselrolle gerecht werden und nachhaltigen und innovativen Geschäftsmodellen das nötige Kapital verschaffen. Hier funktionieren althergebrachte Risikobewertungssysteme nicht mehr. Es ist wichtig, dass auch in diesem Bereich die Akteure weiter qualifiziert und neue Chancen- und Risikobewertungssysteme entwickelt werden. Bereits etablierte Konzepte müssen erweitert und die Finanzindustrie insgesamt zukunftsfähig gemacht werden.

Als besonders glaubwürdige Partner profilieren sich ökologisch-ethische Banken und transparente, nachhaltige Investments. Sie finanzieren auf unterschiedlichen Niveaus Unternehmen, die ihr Geld mit erneuerbaren Energien und besonders fairen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen verdienen. Sie meiden Geschäfte mit Kohle, Erdöl und geächteten Waffen, Kinderarbeit sowie Unternehmungen, in denen Menschen-, Grund- und Arbeitsrechte verletzt werden. Der Marktanteil der alternativen Geldinstitute ist noch relativ gering, allerdings bekommen sie immer mehr Zulauf. Deutschlands größte Nachhaltigkeitsbank GLS verzeichnete in 2015 einen Anstieg der Kundeneinlagen um 15,3 Prozent auf gut 3,6 Milliarden Euro. In Zeiten von niedrigen Zinsen geht es nach Angaben der GLS immer mehr Kunden um eine sinnvolle Anlage ihres Ersparnen.



Auch im konventionellen Bankbetrieb und bei Entwicklungsbanken spielen Nachhaltigkeitsstrategien zunehmend eine Rolle. Stresstests der Bankenaufsicht in Europa zwingen zur Überprüfung von Geschäftsmodellen, vor allem um die geforderte Eigenkapitalquote von acht Prozent zu sichern. Manche Banken wie die Deutsche Bank sind außerdem derart systemrelevant, dass sie sogar direkt von der Europäischen Zentralbank überwacht werden. Nachhaltigkeit spielt auch dort im Kerngeschäft eine gewisse Rolle.



*Der Preis eines T-Shirts sagt
rein gar nichts über die
Produktionsbedingungen aus.*

MARIO DZIAMSKI
Gründer von Rank a Brand Deutschland

Ein reiches Exportland wie Deutschland hat auch international eine besondere Verantwortung bei der Förderung von nachhaltigem Wachstum und ist sich dieser Aufgabe auch bewusst. Deutschland ist fünftgrößter Geldgeber des „Green Climate Fund“. Weitere Beispiele sind die Bemühungen im Bereich „Financing for Development“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, innovative Finanzierungsmechanismen wie die Nutzung der Erlöse aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten und Kredite der nationalen Förderbank KfW.

Staatliche Impulse

Der deutsche Staat greift einerseits gesetzgeberisch ein, um Sozial- und Umweltstandards zu implementieren. Andererseits unterstützt er nachhaltiges Wirtschaften auf verschiedene Art und Weise. Um nachhaltige Produkte und Wirtschaftsprozesse zu fördern, bedarf es der ressortübergreifenden Zusammenarbeit der Ministerien. Wegweisend ist hier der Umweltwirtschaftsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Analyse des NRW-Umweltministeriums beinhaltet eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Unternehmenslandschaft und Angebotsvielfalt in dem Bundesland. Der Bericht soll den Ausgangspunkt für gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen bilden. Außerdem geht der Staat mit gutem Beispiel voran. Das Schonen von Ressourcen ist auch in der Verwaltung erklärtes Ziel. Auf Bundes- und Länderebene gibt es dazu zahlreiche Projekte. Ein Beispiel mit größerer Außenwirkung sind die öko-sozialen Vergaberichtlinien des Landes Berlin. Die deutsche Hauptstadt kauft von Kaffee über Computer bis hin zu Baumaterial nach öffentlichen Angaben jährlich Güter für vier bis fünf Milliarden Euro ein.

Im Juli 2010 wurde ein Gesetz beschlossen, das eine 100-prozentige ökofaire Vergabepolitik regelt. Öffentliche Ausschreibungen des Senats müssen demnach auch ökologische Kriterien sowie die ILO-Kernarbeitsnormen erfüllen. Außerdem muss der gesetzliche Mindestlohn (ab 2017 auf 8,84 Euro erhöht) eingehalten werden. Die Regierungskoalition verständigte sich auch darauf, direkte und indirekte Finanzanlagen des Landes Berlin, deren „Rendite auf ethisch und ökologisch besonders problematischen Geschäften beruht, abzuziehen (divesten) und nachhaltig zu reinvestieren“. Die grundlegenden Finanzanlageziele „Sicherheit, Liquidität und Rendite“ wurden damit um das Ziel „Ethik und Nachhaltigkeit“ erweitert.

Die Bestrebungen von Politik und Wirtschaft zeigen, dass sich nachhaltiges Wirtschaften, Wachstum und Wohlstand nicht gegenseitig ausschließen, wenngleich es im Detail erhebliche Zielkonflikte gibt. Wo soll man investieren, wo deinvestieren? Wem traut man, wem nicht? Was ist „grün gewaschen“, was ist ernst zu nehmen?

Für Unternehmen bedeutet nachhaltiges Wirtschaften eine große Chance. Indem Ressourcen wie Energie oder Wasser im Produktionsprozess gespart werden, verringern sich auch die für diese Bereiche anfallenden Kosten. Verbraucherinnen und Verbraucher reagieren zudem sensibler auf Umweltschäden, die in anderen Teilen der Erde durch undurchsichtige Lieferketten entstehen. Viele wollen ihr Erspartes auch unter ethisch-ökologischen Gesichtspunkten anlegen. Nur fehlen oftmals die glaubwürdige Beratung und der verlässliche Überblick über die Angebote am Markt. Richtig im Kerngeschäft verankert, ist Nachhaltigkeit für Unternehmen ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil.



Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex – Maßstab für nachhaltiges Wirtschaften
- Ressourcenmanagement und Siedlungsabfallwirtschaft – Challenger Report

Dr. Daniela Büchel

BEREICHSVORSTAND HANDEL DEUTSCHLAND – RESSORT HR UND NACHHALTIGKEIT BEI DER REWE GROUP

”*Nachhaltigkeit aus
der Nische holen.*



INTERVIEW

DR. DANIELA BÜCHEL
BEREICHSVORSTAND HANDEL
DEUTSCHLAND – RESSORT HR
UND NACHHALTIGKEIT
BEI DER REWE GROUP

Mit der Leitlinie für Nachhaltiges Wirtschaften hat sich die REWE Group eine Wertebasis für das eigene Unternehmen gegeben. Wie gehen Sie vor, um diese Leitlinie in Ihrem Unternehmen in tägliches Handeln, Unternehmensstrukturen und Prozesse zu übersetzen?

Nachhaltigkeit wird nur dann im Unternehmen ernsthaft gelebt, wenn jeder Mitarbeiter sich als Botschafter fühlt. Dabei haben die Führungskräfte eine zentrale Funktion. Führungskräfte sind für Mitarbeiter immer Orientierungspunkte. Wenn

Wir streben an, unsere spezifischen Treibhausgasemissionen bis 2022 gegenüber dem Referenzjahr 2006 zu halbieren.

Mitarbeiter sehen, dass Führungskräfte – und dabei ist es völlig egal, ob in einem REWE-Supermarkt oder in der Zentrale – das Thema auch in schwierigen und hektischen Phasen leben, dann strahlt das in das Unternehmen ab. Deswegen haben wir, um nur einige zu nennen, unsere Vorstände, Bereichsvorstände oder Generalbevollmächtigten allesamt zu internen Nachhaltigkeitsbotschaftern gemacht. Die Leitlinien sind für uns das Fundament, auf dem alles aufbaut.

Welchen Herausforderungen müssen Sie sich hierbei stellen und worin sehen Sie die Chancen für die REWE Group?

Eine der größten Herausforderungen ist es sicher, dass wir mit unserem nachhaltigen Engagement jeden einzelnen Mitarbeiter in unseren Märkten erreichen. Denn nur so wird es uns gelingen, auch unsere Kunden für das Thema zu begeistern und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einem nachhaltigeren

Konsum zu bewirken. Wir haben 70 Millionen Kundenkontakte jede Woche in unseren Märkten und diese stellen natürlich immer eine Chance dar, den Kunden von einem nachhaltigeren Produkt zu überzeugen. Eine weitere große Herausforderung ist die Komplexität in vielen der Lieferketten sowie die Vielzahl an Produkten, die wir in unseren Märkten haben. In vielen Fällen lassen sich die Hotspots nicht als Unternehmen alleine verändern, sondern es bedarf einer Brancheninitiative. Das kann mitunter auch etwas länger dauern, denn da müssen natürlich erst viele Akteure an einen Tisch geholt werden.

Was bedeutet die Umstellung konkret? Können Sie uns anhand eines Beispiels erläutern, wie Sie Umweltbelastungen reduzieren und die Öko-Effektivität Ihres Unternehmens konkret verbessern?

Vor Jahren hat sich die REWE Group ein ehrgeiziges Klimaziel gesetzt: Wir wollten bis 2015 die CO₂-Emissionen pro Quadratmeter Verkaufsfläche gegenüber dem Basisjahr 2006 um 30 Prozent senken. Dieses Ziel hatten wir bereits Ende 2012 vorzeitig erreicht. Dazu beigetragen hatten insbesondere die Umstellung auf Grünstrom sowie ein umfassendes Energiemanagement einschließlich umfangreicher technischer Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Als Vorreiter in der Branche haben wir uns damit aber nicht zufriedengegeben, sondern haben ein neues, noch anspruchsvolleres Klimaziel definiert: Wir streben an, unsere spezifischen Treibhausgasemissionen bis 2022 gegenüber dem Referenzjahr 2006 zu halbieren.

INTERVIEW

DR. DANIELA BÜCHEL
BEREICHSVORSTAND HANDEL
DEUTSCHLAND – RESSORT HR
UND NACHHALTIGKEIT
BEI DER REWE GROUP

Gleichzeitig sind jedoch auch die Wertschöpfungs- und Zulieferketten lang und komplex. Ist ein einzelnes Unternehmen überhaupt in der Lage, internationale und globale Wertschöpfungs- und Lieferketten zu beeinflussen?

Für ein einzelnes Unternehmen ist das ein fast aussichtsloses Unterfangen. Deswegen setzen wir uns stark für Branchenlösungen ein. Dabei wollen wir alle an der Lieferkette Beteiligten mit an Bord haben. Nur so bekommen wir Einfluss auf globale Lieferketten.

Welche Rolle spielen Unternehmen bei der Umsetzung der Agenda 2030?

Die Verabschiedung der Sustainable Development Goals durch 193 Staaten im September vergangenen Jahres ist ein großer Fortschritt. Vor allem, weil die Ziele in einem umfassenden gesellschaftlichen Dialog erarbeitet wurden, an dem auch die Wirtschaft beteiligt war. Wir haben uns eingehend mit der Agenda 2030 beschäftigt und gemeinsam mit internen wie externen Fachleuten erarbeitet, mit welchen der 17 Sustainable Development Goals wir uns prioritär auseinandersetzen müssen. Derzeit implementieren wir diese in unsere Strategieprozesse.

Was tun Sie konkret, damit sich die Zulieferketten sozial und umweltverträglich(er) ausrichten?

Zunächst suchen wir uns unsere Partner sehr genau aus. Um bei uns Lieferant zu werden, muss man viele und hohe Hürden nehmen. Dazu gehört auch, dass unsere Partner verstanden haben, dass wir uns als Treiber der Nachhaltigkeit sehen. Zusätzlich setzen wir auf interne und externe Spezialisten, die sich die Betriebe vor Ort anschauen, auch weil wir verstehen wollen, wo die Probleme liegen. Nur so können wir unsere Partner unterstützen und gemeinsam Verbesserungen anstoßen. Kooperation bewegt viel mehr als Konfrontation.

In der Nische haben nachhaltige Produkte teilweise hohe Marktanteile (z. B. fairer Kakao), doch sind sie noch lange kein Mainstream. Ist es aus Ihrer Sicht überhaupt möglich, dass wir nur noch nachhaltige Produkte haben werden? Was ist diesbezüglich realistisch?

Mit rund 700 PRO PLANET-Produkten zeigen wir seit Jahren, dass es möglich ist, Nachhaltigkeit aus der Nische zu holen. Dennoch ist es noch ein weiter Weg, bis wir durchgängig nachhaltigere Produkte haben werden.

Kooperation bewegt viel mehr als Konfrontation.

Das liegt zum einen daran, dass ein Produkt je nach Blickwinkel mehr oder weniger nachhaltig sein kann. Ein Beispiel ist, dass das Produkt als solches nachhaltiger hergestellt ist, aber seine Verpackung weniger

INTERVIEW

DR. DANIELA BÜCHEL
BEREICHSVORSTAND HANDEL
DEUTSCHLAND – RESSORT HR
UND NACHHALTIGKEIT
BEI DER REWE GROUP

oder gar nicht nachhaltig ist. Zum anderen werden wir alle unsere Konsumgewohnheiten überdenken und in vielerlei Hinsicht auch umstellen müssen. Nehmen wir ein so einfaches Thema wie Food Waste. Jeder in diesem Land weiß, dass wir zu Hause viel zu viel wegwerfen. Leider leiten noch viel zu wenige eine konkrete Verhaltensänderung daraus ab.

Abschließend würden wir das Gespräch gerne mit einem kurzen Statement beenden. Bitte vervollständigen Sie den Satz: Für mich bedeutet Nachhaltigkeit, dass ...

... ich meinen Kindern mit gutem Gewissen sagen kann, dass ich im Rahmen meiner Möglichkeiten an einer lebenswerten Welt von morgen mitgearbeitet habe.



Die Energiewende

Ein Gemeinschaftswerk
im Zukunftslabor Deutschland



Die Energiewende in Deutschland gilt heute als das wirtschaftspolitisch größte Projekt seit der Wiedervereinigung. Der Umbau einer weitgehend fossilen Energiewirtschaft zu einer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist für eine Industrienation wie die Bundesrepublik eine enorme Herausforderung, aber auch eine große Chance.

von KATRIN MÜLLER

Seit den 90er-Jahren fokussierte sich die Energiepolitik Deutschlands vor allem auf die Reduktion von CO₂-Emissionen, den Klimaschutz und eine jederzeit gesicherte Versorgung. Neben der effizienteren Nutzung von Energie, der Energieforschung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wurde lange Zeit auch die Atomenergie für unabdingbar gehalten. Der politische Beschluss zum Atomausstieg von 2001 blieb umstritten und sah Restlaufzeiten bis in die 2030er-Jahre und später vor.

Zu einem historischen Wendepunkt in der deutschen Energiepolitik kam es jedoch im Sommer 2011: Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima kehrte Deutschland der Atomkraft als erste große Industrienation den Rücken. Der Bundestag stimmte mit einer parteiübergreifenden Mehrheit für den Atomausstieg.

Mit dem Beschluss des Bundestags sollten acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet werden. Durch die in dem Gesetzespaket verabschiedeten Maßnahmen sollten außerdem Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 von damals 19 Prozent auf mindestens 35 Prozent erhöht werden.

Die Energiewende als „Gemeinschaftswerk“

Entscheidende Grundlage der Energiewende ist der Bericht der 2011 nach dem Atomunfall in Japan von der Bundesregierung berufenen Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“. Sie prägte die Idee eines Gemeinschaftswerkes¹, um die Atomenergie binnen zehn Jahren (bis 2022) abzuschalten und den Klimaschutz ambitioniert fortzuführen. Sie forderte die Zusammenarbeit der gesamten Gesellschaft – von der Politik über die Unternehmen und Umweltverbände bis hin zur Wissenschaft und schließlich allen Bürgern.

¹ Damals immerhin ca. ein Viertel der deutschen Stromversorgung

Gleichzeitig warnte die Ethikkommission vor zu erwartenden Interessenkonflikten, die ein solcher Umbau notgedrungen mit sich bringe: „Ein Gemeinschaftswerk ‚Energiezukunft Deutschlands‘ muss die dabei auftretenden Zielkonflikte lösen und die notwendigen direkten und indirekten Beiträge aller Beteiligten, das heißt der Energieversorger und der Energieverbraucher, der Netzbetreiber, der Politik, der Umweltverbände, der Gewerkschaften und Weiterer, wie etwa der Entwickler neuer Produkte, einbeziehen.“ Verantwortung dürfe nicht nur bei den jeweils anderen eingefordert, sondern müsse auch für die Folgen des eigenen Handelns und Entscheidens übernommen werden. Der Verzicht auf die Atomenergie sei, so die Kommission, ethisch geboten, weil eine alternative Stromversorgung technisch, wirtschaftlich und kulturell durch Forschung, Innovation und bürgerschaftliches Engagement ermöglicht wurde.

Der wichtigste Schritt für den Ausbau von Wind-, Biogas- und Solarenergie in Deutschland ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das in den 90er-Jahren verabschiedet und kontinuierlich reformiert wurde. Inzwischen zeichnet sich in der Energietechnik und Energiewirtschaft schon der nächste grundlegende Wandel ab – denn der Umbau des Energiesystems erzwingt ein permanentes neues Denken und Handeln. Das EEG wurde zuletzt Anfang Juli 2016 mit dem Ziel, den Wettbewerb beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu stärken, reformiert.

Betreiber größerer Windparks oder Solaranlagen sowie von Biogasanlagen bekommen dadurch zukünftig für ihren eingespeisten Strom keine feste, gesetzlich festgelegte Vergütung mehr. Stattdessen wird die Installation neuer Anlagen ausgeschrieben. Wer den niedrigsten Vergütungssatz pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält den Zuschlag. Das fördert den Wettbewerb in diesem vergleichsweise jungen Markt.

Die Herausforderungen der Energiewende

Der Beschluss der Klimakonferenz von Paris im November 2015 erkennt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit an: die globale Erderwärmung bis 2050 auf weit unter zwei Grad, im Optimalfall auf 1,5 Grad zu begrenzen. Industriestaaten wie Deutschland gehören zu den historischen Hauptemittenten von klimaschädlichen Treibhausgasen.



„Wir müssen aus der Kohle raus – nicht heute oder morgen, aber doch sehr zügig. Die Erneuerbaren werden gefördert, sie müssen noch stärker, noch schneller ans Netz kommen, um die Kohle zu ersetzen. Bis zum Jahr 2035 muss das abgeschlossen sein.“

TOBIAS MÜNCHMEYER
Greenpeace-Atomexperte

Gegenwärtig werden ihre Emissionen von den Schwellenländern überholt. Das ändert aber nichts daran, dass Deutschland im Kampf gegen die Erderwärmung eine besondere Verantwortung wahrnimmt. Um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, muss der Anteil fossiler Brennstoffe am deutschen Energiemix zugunsten erneuerbarer Energien erheblich gesenkt werden – eines der zentralen Ziele der Energiewende. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums lag der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion im Jahr 2015 bei rund 32 Prozent und soll mit den aktuellen politischen Maßnahmen bis zum Jahr 2025 auf 45 Prozent steigen. Tatsache ist, die Energiewende ist ein Jahrzehnte dauernder Prozess, da zum Beispiel nicht der gesamte Bestand an Gebäuden auf erneuerbare Energien und das Stromsparen umgestellt werden kann.

Über die Notwendigkeit der Energiewende herrscht in Deutschland weitgehend Einigkeit. Gestritten wird jedoch vor allem über die konkrete Umsetzung. Gegen den Beschluss der Bundesregierung, die Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke nach Fukushima wieder zurückzunehmen, zog ein Teil der Betreiber der Atomkraftwerke vor Gericht. Neben entgangenen Gewinnen wollten sie auch Kosten, die ihnen im Zuge zusätzlicher Sicherheitsanforderungen auferlegt wurden, erstattet haben. In seinem jüngsten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass das Atomausstiegsgesetz von 2011 mit der Verfassung im Einklang steht. Gleichzeitig hat das Gericht den

Stromkonzernen aber in Einzelfällen Entschädigungen in Aussicht gestellt. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks steht damit fest, „dass der Zeitplan des Atomausstiegs nicht verändert wird“.



Der (Atom-)Ausstieg ist nötig, um Risiken, die von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen. Er ist möglich, weil es risikoärmere Alternativen gibt. Deutschland muss den Weg des Ausstiegs mit dem Mut zum Neuen, Zuversicht in die eigenen Stärken und einem verbindlichen Prozess der Überprüfung und Steuerung gehen.

Aus dem BERICHT DER ETHIKKOMMISSION
SICHERE ENERGIEVERSORGUNG

Neben den Stromkonzernen warnen wirtschaftsnahe Verbände und Politiker vor dem endgültigen Ausstieg aus der vermeintlich billigen Atomenergie, sie befürchten auch weiterhin Stromengpässe sowie unkalkulierbare Kosten und damit Wettbewerbsnachteile für Unternehmen. Auch Landwirte klagen über höhere Preise durch die Energiewende. Die Bodenpreise für Nutzflächen sind in den vergangenen Jahren zum Teil stark gestiegen und bedrohen mancherorts den Fortbestand der Landschaftsnutzung. Die Gründe liegen nicht allein in der Energiepolitik. Der sogenannte „Flächenfraß“² spielt eine Rolle, ebenso wie die Situation auf den Finanzmärkten, wo die Mini-Zinsen den Agrarflächen neue Attraktivität verleihen.

² Die nach wie vor zu hohe Umwidmung von „grüner Wiese“ in Siedlungsflächen

Natürlich steigert auch der einseitige Anbau von Raps oder Mais für alternative Kraftstoffe und Biogasanlagen die Bodenpreise.

Umweltverbänden und Grünen-Politikern geht die bisherige Umsetzung der Energiewende dagegen nicht weit genug. Ein großer Streitpunkt ist die Verteilung der zusätzlichen Kosten, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien aufkommen. So werden energieintensive Unternehmen von der Ökostrom-Umlage befreit und beteiligen sich damit verhältnismäßig weniger am Gemeinschaftswerk Energiewende als beispielsweise die privaten Haushalte.



Deutschland hat mit Milliarden-Investitionen grünen Strom günstig und damit global wettbewerbsfähig gemacht. Auf der zweiten Stufe der Energiewende müssen nun Wärme, Mobilität und Strom auf Basis erneuerbarer Energien gekoppelt werden.

ALEXANDER MÜLLER

Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Für Verbraucher ist daher vor allem die Kostenfrage zentral. Stromkunden zahlen mit der Ökostrom-Umlage und den Netzentgelten für die Energiewende kräftig mit. Allein das Vergütungsaufkommen für Erneuerbare-Kraftwerke aus der EEG-Umlage wird laut Bundesnetzagentur für 2017 auf 29,5 Milliarden Euro geschätzt, denen nur fünf Milliarden Euro Einnahmen für diesen Strom am Markt gegenüberstehen. Überdies müssen Spitzen bei der Einspeisung von Sonnenenergie im Sommer und Wind, der in den Wintermonaten stärker weht, im Stromnetz ausgeglichen werden.

Das Abschalten und erneute Hochfahren von Kraftwerken führt zu Kosten in Millionenhöhe, die zum Teil auch über die Stromrechnung auf die Verbraucher umgelegt werden.

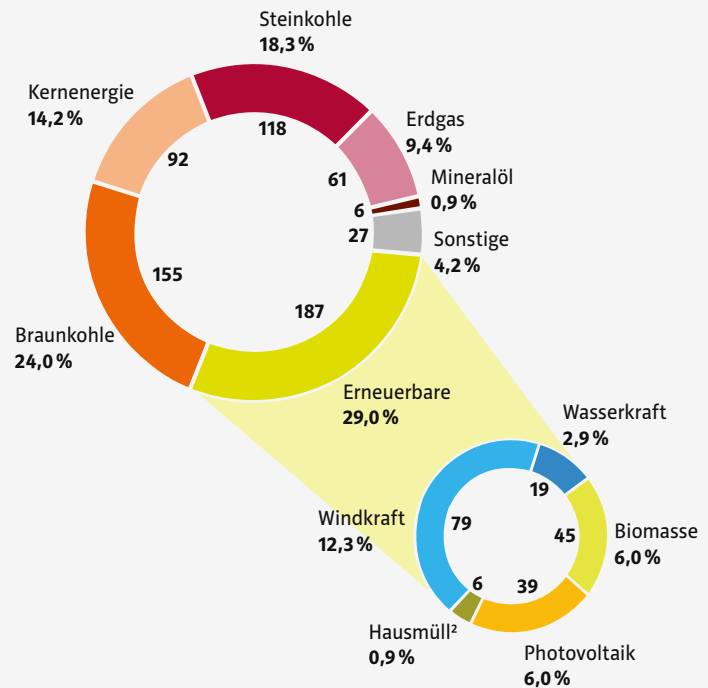
Eine wichtige Voraussetzung für den Umbau des Energiesystems ist der Ausbau der Netze, um den Strom aus erneuerbaren Energien im Land zu verteilen. Von den rund 1800 Kilometern Stromtrassen des 2009 verabschiedeten Netzausbaugesetzes ist gerade erst etwa ein Drittel realisiert. Bis 2017 rechnet die Bundesnetzagentur immerhin mit 45 Prozent Fortschritt im Ausbau der Stromleitungen. Ein Grund für den stockenden Ausbau sind auch Widerstände in der Gesellschaft. Um Windenergie aus dem Norden in den industriestarken Süden zu transportieren, sollen entsprechende Trassen gebaut werden. Dagegen wird in betroffenen Gebieten protestiert, weshalb nun Teile der Trassen als Erdkabel vergraben werden. Diese Erdverkabelung dauert allerdings länger als geplant und ist auch deutlich teurer. Ähnliche Widerstände gibt es örtlich gegen den Bau von Windparks und Solarfeldern, weil sie das Landschaftsbild nach Ansicht der protestführenden Gruppen negativ verändern und Tiere durch die Anlagen zu Schaden kommen.

So kommt es nicht nur bei der Umsetzung der Energiewende zu Zielkonflikten, auch gegen ambitionierten Klimaschutz gibt es Widerstände. Diese zeigen sich auch in der Bundespolitik im Ringen um einen Klimaschutzplan, den das Bundesumweltministerium im Herbst 2016 vorgelegt hat. Der Plan soll aufzeigen, wie Deutschland seine Klimaziele erreicht und seinen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leistet. Den Beschluss legte die Bundesregierung im November 2016 zur Klimakonferenz in Marrakesch vor. Darin ist festgeschrieben, wie viel CO₂ Deutschland in den nächsten Jahrzehnten einsparen will. Erstmals werden damit die Beiträge der Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Energieerzeugung quantifiziert.

Wie können Strom, Wärme und Mobilität verbunden werden?

Eine erste Zwischenbilanz scheint durchaus positiv: Seit 2011 ist die Nachfrage nach Ökostromtarifen mit erneuerbaren Energien ohne Atom- und Kohlestrom sprunghaft angestiegen. Im zweiten Halbjahr 2012 wurden 81 Prozent der neu vermittelten Verträge über Ökostromtarife geschlossen. Doch um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen, muss der Ausbau von erneuerbaren Energien nicht nur in der Stromversorgung weiter vorangetrieben werden. Auch im Bereich der Wärme- gewinnung, Kältetechnik und Mobilität sollen fossile Energieträger schrittweise durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden. So wird in Deutschland beispielsweise noch zu einem großen Teil mit fossilen Energieträgern wie Öl und Gas geheizt.

Bruttostromerzeugung in Deutschland 2015 in TWh¹ Zahlen und Fakten zum Ausbau der erneuerbaren Energien



Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung steigt in Deutschland von Jahr zu Jahr: von gerade einmal sechs Prozent im Jahr 2000 auf über 30 Prozent im Jahr 2015¹. 2035 sollen es 55 bis 60 Prozent sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergütet die Einspeisung erneuerbarer Energien in das Netz; andere Pläne und Vorschriften regeln den Ausbau des Netzes, die effiziente Nutzung und die Einsparung von Strom. Wichtig ist auch die Forschungsförderung, um die erneuerbaren Energien mit Innovationen und technischer Entwicklung voranzutreiben.

Die Energiewende muss aber nicht nur die Erzeugung von Strom, sondern den gesamten Einsatz von Primärenergie verändern. Hier bestehen große Defizite. Lediglich 13 Prozent der für Heizen und Warmwasser verbrauchten Energie werden regenerativ erzeugt, im Verkehrsbereich liegt dieser Anteil bei knapp fünf Prozent.

¹ Vorläufige Zahlen z. T. geschätzt

² Regenerativer Anteil

Das soll sich ändern, indem mehrere Sektoren miteinander verknüpft werden. Ein Stichwort im Bereich Wärmegewinnung lautet „Power-to-Heat“ (Strom zu Wärme). Diese Technologien nutzen statt fossiler Brennstoffe Strom, um Wärme zu gewinnen. Je mehr von diesem Strom aus regenerativen Quellen stammt, desto erfolgreicher trägt auch dieser Bereich zum Klimaschutz bei.

Rund 80 Prozent der Energie in Privathaushalten werden in Deutschland vor allem für Heizung und Warmwasser verbraucht. Daher unterstützt die Bundesregierung die energetische Sanierung von Gebäuden vor allem durch zinsgünstige Kredite und Förderprogramme der Kreditbank für Wiederaufbau (KfW). Bis 2050 sollen alle Gebäude nahezu klimaneutral sein. Bürger erhalten unter anderem Beratungen zur energetischen Sanierung und Erstellung eines Energiekonzeptes. Zudem hat die Bundesregierung im Frühjahr 2014 den Energieausweis für Gebäude eingeführt. Damit müssen Miet- oder Kaufinteressenten vom Vermieter oder Verkäufer über den energetischen Zustand des Gebäudes aufgeklärt werden. Die Umsetzung allerdings stockt: Einige Zeit nach der Einführung kritisierten die Deutsche Umwelthilfe und der Deutsche Mieterbund, dass viele Immobilienanbieter die Informationspflicht missachteten. Auch die Kontrollen durch die Behörden seien mangelhaft. Dennoch haben viele Bürger ihren Strom- und Heizungsverbrauch wegen der gestiegenen Preise zunehmend selbst im Blick. Dem Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie zufolge sank der Energieverbrauch der privaten Haushalte

(ohne Kraftstoffe) zwischen 2000 und 2012 um knapp sechs Prozent. In den Jahren davor war er tendenziell eher gestiegen. Neben dem aktiven Sparverhalten werden als Gründe für den insgesamt geringeren Verbrauch auch eine verbesserte Wärmedämmung der Gebäude und die Nutzung energieeffizienterer Geräte genannt.



Die Energiewende ist sowohl ein emotionales als auch ein kompliziertes Thema. Emotional, weil es letztlich darum geht, unsere Energieversorgung so zu gestalten, dass sie für unsere Kinder und Enkel zukunftsfähig ist. Und natürlich muss man sich dann mit Technik beschäftigen, und das macht es in gewisser Weise schwierig. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die Energiewende nach wie vor begeistern kann.⁴

DR. PATRICK GRAICHEN
Direktor von Agora Energiewende

Verbraucher sollen künftig selbst stärker aktiv an der Energiewende mitwirken können. Bürgergenossenschaften bekommen eine faire Chance zur Beteiligung am Ausbau der erneuerbaren Energien: Gewinnen sie eine Ausschreibung für eine neue Ökostromanlage, erhalten Genossenschaften einen Bonus. Jedes Jahr verleiht die Agentur für Erneuerbare Energien zudem die Auszeichnung „Energie-Kommune“, welche dann in den Kommunalatlas³ aufgenommen wird.

³ www.kommunal-erneuerbar.de/de/energie-kommunen/kommunalatlas.html

⁴ www.berliner-impulse.de/aktuell/impulse-interviews/interview-mit-dr-patrick-graichen.html

BEST PRACTICE

Ein ganzes Viertel zusammen neu gedacht

DIE NACHHALTIGE SANIERUNG DES MÄRKISCHEN VIERTELS BERLIN

Das Märkische Viertel im Norden Berlins wurde in den 1960er-Jahren als Vorzeigeprojekt moderner Architektur entwickelt und bietet seit 1975 mit 16.400 Wohnungen auf 3,2 Quadratkilometern rund 40.000 Einwohnern Platz.

Während Architekten in den Anfangsjahren das Viertel als Bauprojekt mit einem Höchstmaß an Individualität für die Bewohner lobten, wurden kurz nach der Fertigstellung die sozialen Probleme monofunktionaler Großwohnsiedlungen deutlich: Das Märkische Viertel erwarb sich rasch ein schlechtes Image.

Um die Lebensqualität zu verbessern und das Viertel wieder attraktiver zu machen, arbeiten seit 2009 Wohnungsbauunternehmen, Energieversorger und die Stadt Berlin eng zusammen. Mit städtischen Mitteln wurden soziale Infrastruktureinrichtungen saniert und der öffentliche Raum aufgewertet. Gleichzeitig führte die städtische Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU, der mehr als 15.000 Wohnungen im Viertel gehören, eine sozial verträgliche energetische Modernisierung ihres gesamten Bestandes durch.

Der Umbau der Wohnsiedlung senkte den CO₂-Ausstoß der Siedlung von 3,17 Tonnen auf 0,26 Tonnen. Dies wurde durch eine Reduzierung der Primärenergie von 80 Prozent erreicht. Die heutigen Bedürfnisse von Familien und Senioren wurden durch neue, zeitgemäße Grundrisse und barrierefreie Gestaltung berücksichtigt. Auf vielen Plätzen wurde die Versiegelung des Bodens aufgebrochen, was zu neuen grünen Lebens- und Begegnungsräumen und damit der Steigerung von Lebensqualität führte.

GESOBAU 



Der Atlas dokumentiert das wachsende Engagement im Bereich der Energieversorgung auf kommunaler Ebene. Er enthält Informationen über die Projekte der jeweiligen Kommune, die Art des Energieeinsatzes sowie über die Akteure der Gemeinde. „Energie-Kommunen“ profitieren von den Wertschöpfungseffekten der erneuerbaren Energien und erhöhen auch für Bürger und Unternehmen die Möglichkeiten zur Partizipation. Auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten ihrer Anwohner und Firmen zugeschnitten, kann eine Kommune zum Beispiel den Bau von Solar-, Biogas-, Windkraft-, Geothermie- oder Wasserkraftanlagen vorantreiben und so den Anteil der erneuerbaren Energien am regionalen Strommix erhöhen.

Auch für Miethaushalte werden Anreize geschaffen, sich an der Energiewende zu beteiligen. Wenn Vermieter Solaranlagen auf den Dächern ihrer Häuser installieren und den Strom ihren Mietern verkaufen, wird die Ökostromumlage reduziert oder entfällt sogar ganz. Von günstigem Sonnenstrom vom Hausdach profitieren bislang vor allem Eigenheimbesitzer. Doch mit der jüngsten Gesetzesänderung interessieren sich auch zunehmend Wohnungsbaugesellschaften für die Möglichkeit, kostengünstigen und umweltfreundlichen „Mietstrom“ zur Verfügung zu stellen. Für die Mieter ergeben sich aus einer gemeinsamen Solaranlage auf dem Hausdach viele Vorteile. Sie sparen Geld, weil für diese Art von Strom das öffentliche Stromnetz nicht genutzt wird und somit keine Netzentgelte fällig werden.

Außerdem ist der Preis über Jahre hinweg kalkulierbar. „Mieterstrom“ ist somit wichtig für die Dezentralisierung der Energiewende.

Wie kommt der grüne Strom auf die Straße?

Der Verkehrssektor ist neben Strom und Wärme der dritte große Verbrauchsbereich für Energie in Deutschland. Von einer Energiewende ist hier aber noch wenig zu spüren, wie aus einer Studie des Wirtschaftsprüfungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PwC) hervorgeht. Dies gelte sowohl für den Energieverbrauch als auch für die Treibhausgasemissionen. Der gesamte Energieverbrauch ist im Verkehrssektor von 2006 bis 2014 nur minimal gesunken. Es ist laut der Studie nach derzeitigem Stand kaum möglich, ihn wie geplant bis 2020 gegenüber 2005 um zehn Prozent zu reduzieren. Auch die CO₂-Emissionen gingen nur leicht zurück. Größter Treibhausgasemittent ist der Studie zufolge der motorisierte Straßenverkehr. Auf ihn entfallen allein 55 Prozent der CO₂-Emissionen. Eine Ursache ist, dass ein Großteil der Güter immer noch auf der Straße transportiert wird. Der Anteil von Bahnunternehmen am Gütertransport ist in den vergangenen fünf Jahren sogar leicht zurückgegangen, wie aus dem „Indikatorenbericht 2016“ hervorgeht. Die wesentlich klimafreundlichere Bahn kommt demzufolge auf einen Marktanteil von etwa 18 Prozent.

BEST PRACTICE

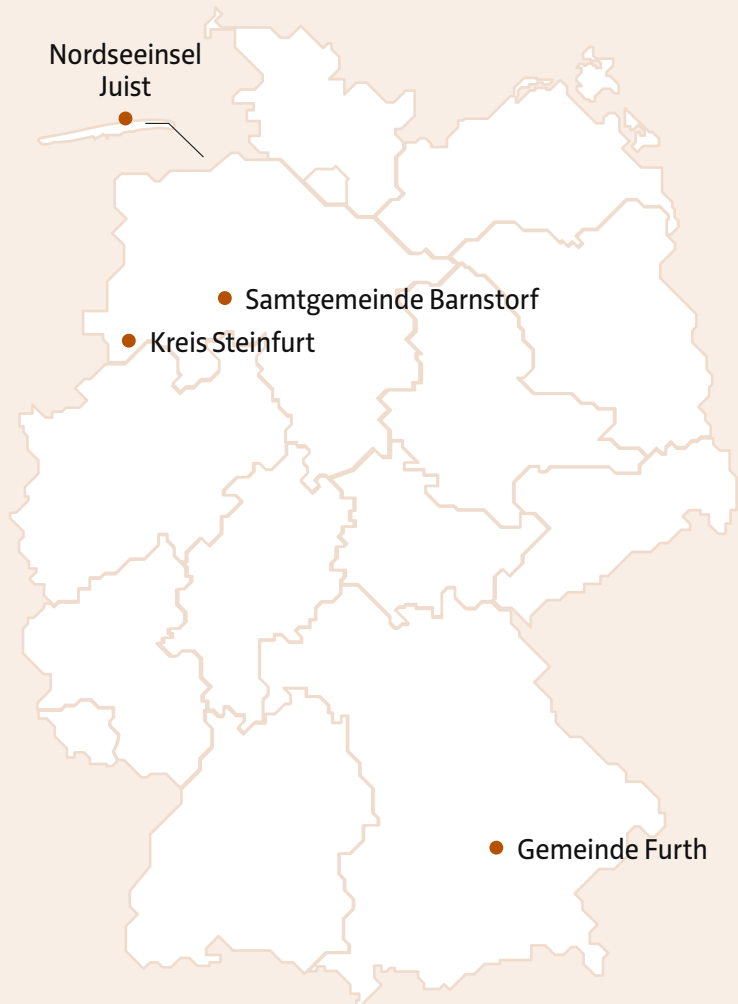
Regionale Pioniere der Energiewende

Immer mehr Menschen in Deutschland nehmen die Energiewende selbst in die Hand. Kommunen entwickeln nachhaltige Energiestrategien und Bürger organisieren sich in Genossenschaften, um für ihre eigene Energie zu sorgen.

Seit 2006 gründeten sich bereits über 800 Energiegenossenschaften im Bereich der erneuerbaren Energien. Damit setzen sich mit einem Gesamtmitgliederkapital von ca. 655 Millionen Euro und einer Gesamtinvestition von ca. 1,8 Milliarden Euro bereits 165.000 Bürger dezentral für eine umweltgerechte Energiewirtschaft ein (Stand: 12/2015). So können Bürger vor Ort in Energieprojekte investieren und zu Miteigentümern dieser Projekte werden.

Der Anteil der privat und genossenschaftlich erzeugten erneuerbaren Energie ist hoch. Von 73 Gigawatt installierter Leistung erneuerbarer Energie in Deutschland 2012 stammten 34 Gigawatt (47 Prozent) nicht von Energieversorgern oder institutionellen und strategischen Investoren, sondern aus Eigenheim- bzw. gemeinschaftlichen und anteiligen Initiativen.

Es geht auch im Kleinen: In der Start-up-Firma Bürgerwerke schließen sich mehr als 12.000 Bürger und 62 lokale Energiegemeinschaften aus ganz Deutschland zusammen, um Menschen mit erneuerbarem Bürgerstrom aus Solar-, Wind- und Wasserkraft zu versorgen. Sie realisieren die Vision einer erneuerbaren, regionalen und unabhängigen Energiezukunft in Bürgerhand.



BEST PRACTICE

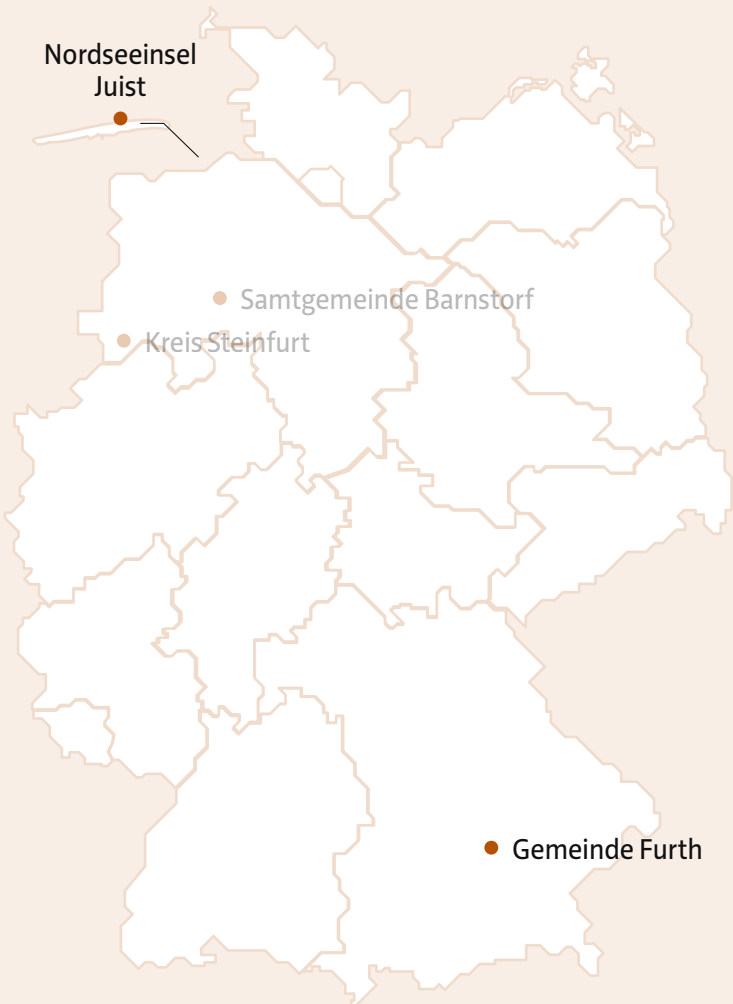
Regionale Pioniere der Energiewende

GEMEINDE FURTH

Die Gemeinde Furth richtet ihren Haushalt nach Kriterien der Nachhaltigkeit aus. Alle Maßnahmen werden von einer starken Partizipation der Bürger getragen. Bereits heute werden 80 Prozent der Strom- und Wärmeversorgung durch regenerative Energien gedeckt – angestrebt werden 100 Prozent. Maßnahmen hierzu sind kleine Hackschnitzel-, Pellet- und Stückgutanlagen in großer Zahl, ein Nahwärmesystem auf Biogasbasis mit Kraft-Wärme-Kopplung und ein Sonnenkollektorsystem zur Warmwasserbereitung. Deutschlands dichtestes dezentrales Netz aus Photovoltaikanlagen und ein Energiesparkonzept, das unter anderem den Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung um 80 Prozent gesenkt hat, wirken ebenfalls nachhaltig. Das gesamte Dorfzentrum wird durch ein Hackschnitzelheizkraftwerk beheizt, das mit Gartengehölzschnitt aus Sammelaktionen der Bürgerinnen und Bürger betrieben wird. So wird der Gartenabfall nachhaltig genutzt und nicht im Freien verbrannt. In einer zusätzlichen Maßnahme wurde eine ehemalige Acker- und Wiesenfläche naturnah zur Hochwasserschutzfläche ausgebaut und mit einigen Tausend Laubbäumen bepflanzt, deren Holzertrag ebenfalls in das Hackschnitzelheizkraftwerk einfließt. Ein Kommunalunternehmen legt bei baulichen Maßnahmen besonderen Wert auf ein nachhaltiges Flächenmanagement. Freizeit-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen werden bewusst platziert, um die Lebensqualität für alle Altersgruppen zu steigern.

NORDSEEINSEL JUIST

Als erste touristische Destination will die Nordseeinsel Juist bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein. Dazu wird die Versorgung der Insel durch erneuerbare Energien angestrebt. Der Baubestand soll in Mikrokraftwerke und das Stromnetz mithilfe neuer Speichertechnologien in ein Energy-Sharing-Netz umgewandelt werden. Die Insel ist zudem autofrei – sämtliche Personen- und Warentransporte werden durch Pferdefuhrwerke erledigt. Die besondere Herausforderung bei touristischen Destinationen ist, dass die Zahl der Menschen auf der Insel im Sommer durch die Touristen auf ein Vielfaches der Einwohner anwächst. Darum setzt Juist stark auf die Sensibilisierung von Touristen durch gezielte Information zu Umweltthemen.



BEST PRACTICE

Regionale Pioniere der Energiewende

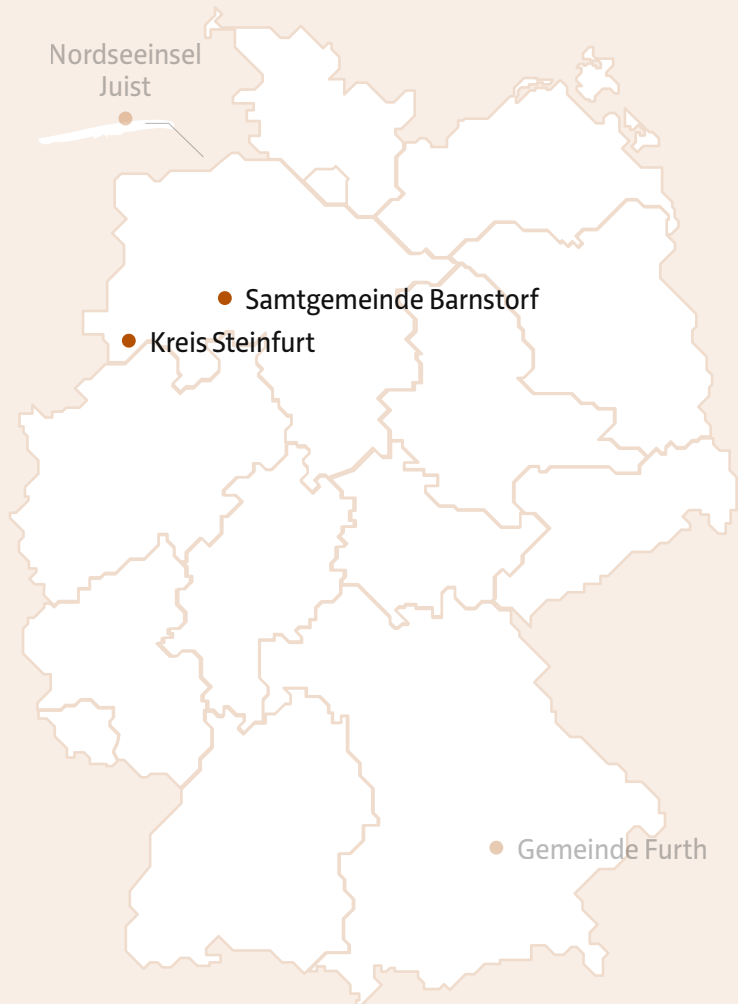
KREIS STEINFURT: ENERGIELAND2050

Der Kreis Steinfurt besteht aus 24 Kommunen, in denen mehr als 443.000 Menschen leben. Der gesamte Kreis hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 energieautark zu werden. Dafür wurde ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellt. Dieses wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit durch den Masterplan 100 Prozent Klimaschutz gefördert. Steinfurt ist zudem Modellprojekt „Global Nachhaltige Kommune“. Das Ziel ist, den CO₂-Ausstoß um 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Dazu werden 21.000 Haushalte mit grünem Strom versorgt, 400 Energielandbotschafter bestimmt, um das Konzept zu verbreiten, und die Angehörigen von 23 Haushalten zu „Klimaschutzbürgern“ gemacht. Die Klimaschutzbürger konnten ein Jahr lang nachhaltigen Lebenswandel ausprobieren und damit 70 Tonnen CO₂ einsparen. Im umfassenden Energiekonzept produzieren Photovoltaikanlagen ca. 170.000 Megawattstunden Energie. 2050 sollen es 1,8 Millionen Megawattstunden sein.

Zur Förderung der Solarenergie hat Steinfurt ein kostenloses Solarkataster angelegt. Im Bereich der Windenergie sind derzeit ca. 260 Windkraftanlagen installiert. Die Bioenergiestrategie umfasst drei existierende Biogasanlagen und zwei Hackschnitzelkraftwerke. Das Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit des Kreises Steinfurt widmet sich seit vielen Jahren unter anderem den Handlungsfeldern Bürgerengagement und Energieeffizienz. Um diese Handlungsfelder baut das Amt interdisziplinäre Netzwerke auf, bindet die Kommunen des Kreises Steinfurt ein, aktiviert die Wirtschaft und organisiert eine intensive Bürgerbeteiligung.

SAMTGEMEINDE BARNSTORF

Ein gelungenes Beispiel für die kommunale Umsetzung der Energiewende ist die Samtgemeinde Barnstorf mit ca. 12.000 Einwohnern. Das integrierte Klimaschutzkonzept der Gemeinde sieht vor, bis 2025 die benötigte Energie aus erneuerbaren Energiequellen bereitzustellen. Hierzu wird die öffentliche Infrastruktur modernisiert: Eine neu gegründete Genossenschaft errichtet Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, Beleuchtungskonzepte werden umgesetzt und Schulgebäude mittels regenerativer Energie geheizt. Durch die zusammenwirkenden Maßnahmen konnten seit 2013 Gewinne erwirtschaftet und dabei jährlich Schulden in Höhe von 800.000 Euro abgebaut werden.



Um den Verkehrssektor umweltfreundlicher zu gestalten, gibt es deshalb auch große Bemühungen, ihn zu elektrifizieren und von fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen. Die meisten Züge fahren bereits mit Strom. Bis 2020 will die Deutsche Bahn AG den Anteil erneuerbarer Energien im Bahnstrom auf 45 Prozent steigern. Der Konzern ist das größte Eisenbahnverkehrsunternehmen in Mitteleuropa und will bis zum Jahr 2050 komplett CO₂-neutralen Bahnstrom nutzen.



Die deutsche Energiewende und der globale Klimawandel verlangen politischen Mut zu neuen Denkmodellen und Lebensstilen. Es handelt sich ja nicht nur um einen großen technologischen Wandel, sondern ebenso um ein großes demokratisches Experiment der Teilhabe von Verbrauchern als engagierten Bürgern.

PROF. DR. FRANK TRENTMANN
Professor für Geschichte, Birkbeck College,
University of London

Damit nicht nur auf der Schiene, sondern auch auf den Straßen immer mehr Elektrofahrzeuge rollen, hat die Politik Anreize geschaffen: Käufer von Elektrofahrzeugen werden mit einer Kaufprämie unterstützt, und die Ladeinfrastruktur soll schnell ausgebaut werden, denn noch sind Elektroautos in der Anschaffung recht teuer und Ladestationen nicht flächendeckend verfügbar. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen jedoch bis 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs sein.

Die größten Chancen, sich am Markt durchzusetzen, haben aktuell vor allem Hybridfahrzeuge, wie die PwC-Studie zeigt. Denn gerade diese Fahrzeuge könnten das Problem der noch relativ geringen Reichweite von Batterien bei Elektrofahrzeugen überbrücken. Für Lastwagen wird die Nutzung von Oberleitungen auf der Autobahn erprobt. Im Schwerlastverkehr kommt außerdem immer häufiger sogenanntes Flüssigerdgas zum Einsatz. Zusammen mit Biomethan trägt es dazu bei, klimaschädliche Kraftstoffe überflüssig zu machen. Laut Bundesverkehrsministerium wird der städtische Verkehr in 40 Jahren fast gänzlich auf fossile Brennstoffe verzichten können.

Signalwirkung für das Ausland

International betrachtet ist die Energiewende zu einer vielfach beachteten Referenz geworden. Sie löst auf der einen Seite Neugier und ernsthaftes Interesse, auf der anderen Seite Skepsis aus, wie aus der Studie „Deutschland in den Augen der Welt“ der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ) aus dem Jahr 2015 hervorgeht. Besonders der Atomausstieg und die damit verbundenen Kosten stoßen im Ausland auf Unverständnis. Insgesamt ist das Vertrauen aber groß, dass die Bundesrepublik ihre ambitionierten Ziele erreicht.

Vor allem Länder, die viel Potenzial für die Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien mitbringen, wollen der Studie zufolge von einer erfolgreichen deutschen Energiewende lernen.

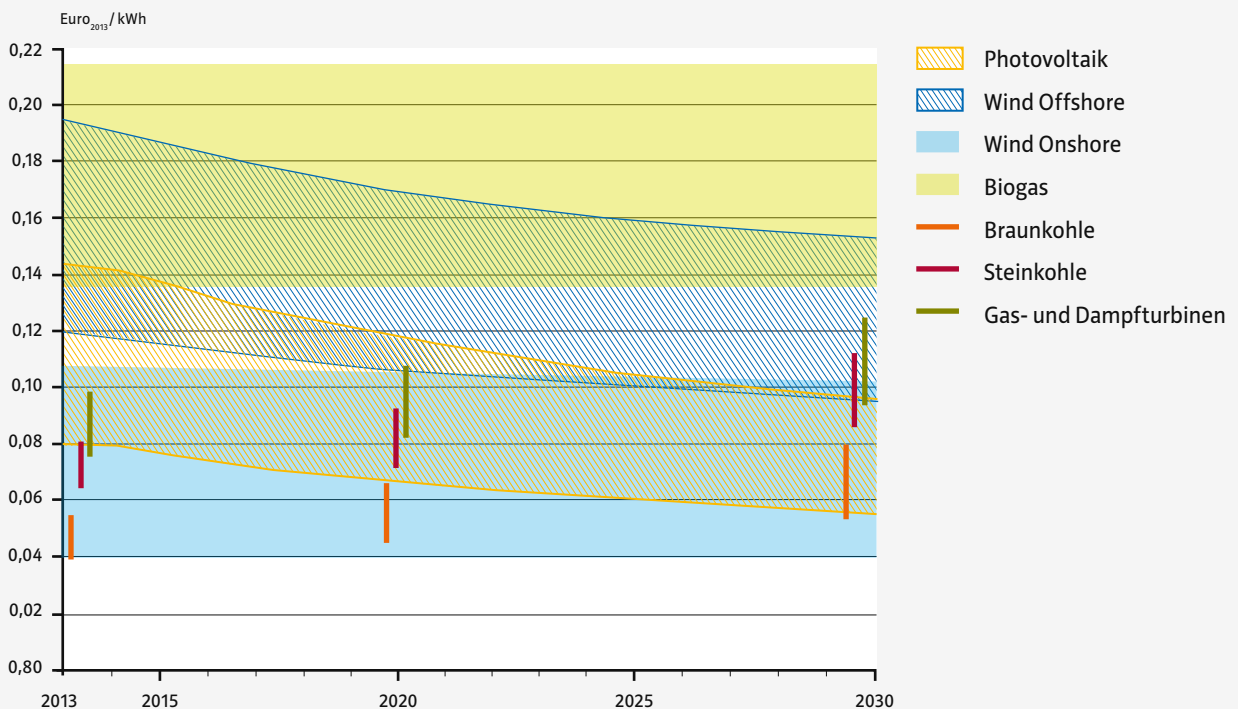
Als Europas größte Industrienation steht Deutschland in einer besonderen Verantwortung. In mehr als 70 Partnerländern unterstützt die Bundesregierung den Ausbau nachhaltiger Energiesysteme. Allein in den Jahren 2014 und 2015 förderte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Projekte im Bereich umweltfreundlicher Energien mit mehr als vier Milliarden Euro. Deutschland unterstützt vor allem Ansätze, die das gesamte Energiesystem eines Partnerlandes betrachten. So entstand im

sonnenreichen Marokko unter Mitwirkung der Bundesrepublik einer der größten Solarparks der Welt. Im Rahmen eines deutsch-indischen Energieprogramms wird außerdem ausgelotet, wie Indien seine wachsenden Strommengen aus umweltfreundlichen Energien besser in das nationale Netz integrieren kann.

Zudem unterstützt die Bundesregierung Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge zum Klimaschutz – den sogenannten NDC (Nationally Determined Contributions) nach dem Klimavertrag von Paris aus dem Jahr 2015. Ein Beispiel für praktische Hilfe beim Umbau des Energiesystems gibt es auch in Griechenland. Die Bundesregierung unterstützt griechische Inseln beim Aus-

Prognose der Stromgestehungskosten in Deutschland bis 2030

Bis Ende des nächsten Jahrzehnts werden die Stromgestehungskosten von PV-Anlagen auf 0,055 bis 0,094 Euro/kWh sinken.



Stand: November 2013

bau von Solar- und Biogasanlagen, damit sie ihren Strombedarf komplett unabhängig vom Festland mit erneuerbaren Energien decken können. Bisher sind dort noch viele umweltschädliche Dieselgeneratoren im Einsatz.

Gelingt die Energiewende?

Der „Indikatorenbericht“ von 2016 attestiert Deutschland bei der Einhaltung seiner Klimaziele deutliche Erfolge. Er weist aber auch ausdrücklich darauf hin, dass dafür die Treibhausgasemissionen in allen Sektoren gleichermaßen reduziert werden und alle Teile der Gesellschaft ihren Beitrag leisten müssen. Die Energiewende erfordert damit zweifellos in vielen Bereichen ein grundlegendes Umdenken. Ganze Industriezweige müssen auf ein nachhaltigeres Geschäftsmodell umstellen. Einige Unternehmen sind mit massiven Geschäftseinbußen konfrontiert. Wo der Abbau von Kohle zu Ende geht, gehen Arbeitsplätze verloren. Energieintensive Branchen wie die Chemie- oder Stahlindustrie befürchten seit Jahren Wettbewerbsnachteile infolge steigender Stromkosten sowie eine Abwanderung von Unternehmen und damit auch von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die Wirtschaftsdaten für 2016 weisen für deutsche Schlüsselbranchen allerdings eine deutliche Steigerung der Umsätze und Gewinne aus.

Entgegen den Befürchtungen sind auch die Ausgaben für Energie in der Wirtschaft und bei den privaten Haushalten in den letzten Jahren gesunken, wie aus dem „Monitoring-Bericht zur Energiewende“ des Bundeswirtschaftsministeriums von 2015 hervorgeht. Die Rückgänge der Öl- und Gaspreise auf den internationalen Märkten hätten wesentlich dazu beigetragen, aber auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat dem Bericht zufolge Wirkung gezeigt. So seien Vergütungssätze abgesenkt und der Ausbau auf die kostengünstigen Technologien fokussiert worden, was auch zu sinkenden Strompreisen insgesamt geführt habe. In Deutschland wird nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mehr Strom produziert als verbraucht. Der deutsche Stromexport erreichte 2015 mit 60,9 Terawattstunden einen historischen Höchststand. Das entspricht etwa einem Zehntel des in Deutschland produzierten Stroms.

Windenergie und vor allem Photovoltaik haben technologische Entwicklungen erfahren, die sie weltweit konkurrenzfähig gegenüber fossilen und noch mehr gegenüber nuklearen Energien machen. An ertragreichen Standorten werden heute bereits Stromerzeugungskosten von drei bis vier Cent je Kilowattstunde erneuerbarer Energie erreicht. Auch Deutschland ist von derart niedrigen Kosten nicht mehr weit entfernt.

Eine möglichst vollständige Deckung des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien ist keine realitätsferne Utopie, sondern eine reale kostengünstige Alternative – und zudem gut für den Klimaschutz und die Wirtschaft. Die Integration von mehr als 30 Prozent erneuerbaren Stroms in das bestehende Netz ist gelungen, der Blackout ist ausgeblieben. Weltweit haben die Erneuerbaren massive Investitionen ausgelöst und tragen so auch dazu bei, dass in Entwicklungsländern die notwendige Stromerzeugung durch moderne, kostengünstige und klimaneutrale erneuerbare Energien betrieben wird.

Auch abseits der Energiewirtschaft bedeutet der Wandel eine große Chance. Im Einklang mit Wissenschaft und Forschung bringt die Energiewende neue Unternehmen hervor, die innovative Produkte entwickeln und neue Arbeitsplätze schaffen. „Inzwischen kommen 14 Prozent der weltweit produzierten Umwelttechnik aus Deutschland“, erklärte Bundesforschungsministerin Johanna Wanka. Eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass der volkswirtschaftliche Nutzen die Kosten der Maßnahmen zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 deutlich übersteigt. In diesem Zusammenhang prognostiziert die Studie ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von etwa einem Prozent.

Die Beschäftigungswirkung wird mit knapp 430.000 zusätzlichen Jobs im Jahr 2020 angegeben. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks erklärte: „Das Klima-Aktionsprogramm wirkt wie ein Konjunkturpaket.“ Der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel verwies darauf, dass die Ökostromförderung wie ein „großes Modernisierungsprogramm“ für die deutsche Wirtschaft wirke. Sie habe bereits 300.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Energiewende erweist sich damit als bezahlbar, als Investition in die Zukunft und als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Die Weichen sind gestellt. Das Gemeinschaftswerk Energiewende ist auf einem guten Weg – und doch bleibt noch viel zu tun.



Weiterführende Publikationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- Mit starken Kommunen die Energiewende zur Erfolgsstory machen
- https://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/studien/Oeko-Institut_EEG-Vorleistungsfonds_Endbericht_31-03-2014.pdf

Prof. Klaus Töpfer

BUNDESMINISTER FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT A. D.

„*Wir müssen
jetzt handeln.*“



INTERVIEW

PROF. KLAUSTÖPFER
BUNDESMINISTER FÜR
UMWELT, NATURSCHUTZ UND
REAKTORSICHERHEIT A.D.

Herr Professor Töpfer, über die Energiewende wird viel gestritten. Was denken Sie: Schaffen wir die Energiewende?

Natürlich schaffen wir die Energiewende! Sie ist ja auch bestens unterwegs: Wir beziehen gegenwärtig bereits deutlich über 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien – ein massiver Anstieg in den letzten zehn Jahren. Die Erntekosten für Sonne und Wind sind auf Dauer gefallen und heute bereits auch weltweit eindeutig wettbewerbsfähig. Das gilt zunehmend auch für die damit verbundenen Systemkosten. In den Gebieten, wo mehr Sonne scheint und mehr Wind weht als in Deutschland, sind die erneuerbaren Energien mit Abstand sogar das günstigste Angebot. Die Internationale Energieagentur sagt uns, dass in den letzten zwei, drei Jahren bereits mehr in erneuerbare Energien weltweit investiert worden ist als in die traditionellen. Es gibt also über-

*Natürlich schaffen wir die Energiewende!
Sie ist ja auch bestens unterwegs.*

haupt keinen Grund, daran zu zweifeln. Dass es immer wieder beharrende, kritische Stimmen gibt, das ist richtig. Die Frage, wie viel Netze wir brauchen, wird immer wieder neu gestellt werden – die Frage wird richtigerweise lauten: Wie entwickelt sich die dezentrale Stromproduktion? Das gehört zur Normalität einer großen Infrastrukturwende. Wir nehmen ja nicht marginale Veränderungen, sondern grundsätzliche Veränderungen des Energiesystems vor. Da gibt es natürlich auch Widerstände.

Was sind aktuell die großen Herausforderungen der Energiewende?

Die größte Herausforderung liegt sicherlich darin, die gegenwärtig fluktuierend produzierten Mengen von Strom auch so zu nutzen, dass sie wirklich ihren vollen Beitrag zur Energiewende leisten. Wir hatten im Jahr 2015 ganze 25 Tage mit negativen Strompreisen, an denen wir so viel Ökostrom geerntet und gleichzeitig die sogenannten „Must-run“-Kraftwerke¹ noch genutzt haben, dass wir einen Überschuss hatten.

Wir exportieren mehr als 50 Terawatt im Jahr – das ist ein Exportrekord von Strom. Dies sind also Fragen der Abstimmung zwischen Produktion und Nutzung. Natürlich gehört dazu auch die Frage, wie wir die Stromerzeugungswende mit der Verkehrswende verbinden. Wie können wir diese Sektorenkopplung erreichen? Und letztlich ist damit eng die notwendige Frage verbunden: Wie ist das besser zu finanzieren als gegenwärtig, wo nur der Stromkunde die Entwicklung der erneuerbaren Energien finanziert, während der Nutznießer auch derjenige sein wird, der hoffentlich bald ein Elektroauto fährt? Eine Sektorenkopplung ist auch in der Finanzierung dringend notwendig.

¹ Kraftwerke, die aufgrund der Netzstabilität auch dann laufen, wenn der von ihnen erzeugte Strom nicht benötigt wird

INTERVIEW

PROF. KLAUSTÖPFER
BUNDESMINISTER FÜR
UMWELT, NATURSCHUTZ UND
REAKTORSICHERHEIT A.D.

Welche strukturellen Veränderungen hat die Energiewende in Deutschland bereits gebracht?

Sie hat dazu geführt, dass sehr viele Menschen in Deutschland die Frage der Energieversorgung wieder als ein eigenes Handlungsfeld begreifen. Sie sind wieder aktiv mit eingebunden – ein unglaublich großer Gewinn für eine offene Gesellschaft und für die Rückgabe von Verantwortung an die Bürger. In der Zukunft werden wir das noch viel stärker erleben: Wir werden noch mehr Selbstproduktion und autarke Haushalte und Häuser haben. Diese Entwicklung geht weiter und führt zu neuen Fragen: Wie gestalten wir die Fassaden, wie gestalten wir die Dächer unserer Häuser? Wenn heute intensiv daran geforscht wird, wie wir auch Dachziegel schon als aktive Solarelemente nutzen, dann sehen Sie, wie sich diese Energiewende geradezu als ein Jungbrunnen für neue Technologien herausstellt, und das hat sich bereits sehr bewährt. Deshalb sollten wir die Menschen, die heute schon Aufgaben übernommen haben, nicht enttäuschen, indem wir in der Politik nicht mehr verlässlich in der Durchsetzung von wirklich wichtigen Zielen werden. Die Energiewende ist zu einem höchst attraktiven Business Case geworden – sie ist natürlich auch alleine unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes unumgänglich.

Warum ist die Energiewende für Sie international betrachtet eine „vorsorgende Friedenspolitik“?

Wir gehen auf neun Milliarden Menschen auf dieser Welt zu und wir wissen, dass eine Grundvoraussetzung für soziale Stabilität und damit ein friedliches Zusammenleben darin liegt, dass wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben wird. Dazu gehört Energie. Ich war acht Jahre lang in Afrika am Hauptsitz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Ich habe tagtäglich erfahren, dass Armut zunächst immer Energiearmut ist. Wenn wir diese nicht überwinden, werden wir keine friedliche Zukunft haben. Sehen Sie sich einmal an, dass wir

Die Energiewende ist zu einem höchst attraktiven Business Case geworden.

in Deutschland ein Pro-Kopf-Einkommen nach dem Brutto sozialprodukt von 45–46.000 Euro haben – in einigen afrikanischen Ländern haben wir ein Pro-Kopf-Einkommen von 1.000 Euro. Ohne eine wirkliche Entwicklung dort, und dafür ist Energie zentral, werden wir keine friedliche Welt haben. Insofern ist dies ein elementarer Beitrag für eine friedliche Welt der Zukunft. Ohne Zweifel kann unser blauer Planet Erde auch neun Milliarden Menschen tragen, die existenzielle Armut überwinden und eine lebenswerte Zukunft gestalten. Dafür werden technologischer Fortschritt in aller Breite, aber sicherlich auch ein Überdenken des eigenen Lebensstiles und eine kluge Selbstbeschränkung gehören. Suffizienz wird in der Zukunft kein Fremdwort sein, genauso wenig wie Kreislaufwirtschaft.

INTERVIEW

PROF. KLAUSTÖPFER
BUNDESMINISTER FÜR
UMWELT, NATURSCHUTZ UND
REAKTORSICHERHEIT A.D.

„Entwicklung ist der neue Begriff von Frieden“, zitieren Sie deshalb oft Papst Paul IV. Wenn die Energiewende für Sie in einem engen Zusammenhang mit Friedenspolitik steht, warum ist der Weg dorthin so steinig? Gerade der Ausstieg aus der Kohleverstromung, die heute noch rund 45 Prozent der deutschen Elektrizitätsnachfrage deckt, scheint zum Beispiel in der Lausitz alles andere als friedlich ...

Das politisch breit getragene Klimakonzept der Bundesregierung wird nicht ohne eine schrittweise Verminderung der Kohleverstromung realisierbar. Diese Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die Menschen, die in der Lausitz und im rheinischen Gebiet bereits seit Generationen Arbeit und Wohlstand im Kohlebergbau finden. Es muss alles dafür getan werden, dass dieser Ausstieg auch sozial verträglich gestaltet wird, damit diese Regionen nicht zurückfallen, sondern dort neue Impulse gesetzt werden – was in einem prosperierenden Land wie Deutsch-

Ich habe tagtäglich erfahren, dass Armut zunächst immer Energiearmut ist. Wenn wir diese nicht überwinden, werden wir keine friedliche Zukunft haben.

land keine unüberwindliche Problematik sein sollte. Aber jetzt denken Sie mal geopolitisch weiter: Gegenwärtig importieren wir aus Russland für 30 Milliarden Euro pro Jahr Erdöl und Erdgas. Wenn diese Importe schrittweise zurückgeführt werden, also wesentlich geringer werden – welche Anpassung ist dann in den Herkunftsländern notwendig? Welche Anpassungen sind in der Welt überhaupt nötig, die sich bisher ausschließlich auf fossile Energieträger stützt?

Darüber denkt man bei uns zu wenig nach. Ich glaube, dass das genauso bedeutsam, wenn nicht bedeutsamer für eine friedliche Entwicklung in der Welt ist, sodass wir jetzt zu einem regional verträglichen Umsteigen auch in der noch verbleibenden Braunkohle kommen können.

Wie wichtig ist die internationale Zusammenarbeit für die Energiewende? Was sind Ihrer Meinung nach die vielversprechendsten Initiativen?

Die Zusammenarbeit ist bei einem globalen Thema immer für jeden einsichtig. Deutschland hat einen Anteil an der globalen Emission von Klimagasen von etwa zwei Prozent. Selbst wenn wir nichts mehr emittieren, ist das Thema nicht bewältigt. Wir müssen die Beiträge leisten, die andere auch in die Lage versetzen, ebenfalls Klimapolitik engagiert zu betreiben, ohne dafür auf wirtschaftliche Entwicklung zu verzichten. Deswegen sind für mich erneuerbare Energien so wichtig, aber auch die Zusammenarbeit, die Solidarität, der Green Climate Fund.

In welchen Bereichen könnte Deutschland wiederum von anderen Ländern lernen?

In allen Bereichen. Es ist immer eine gewisse Besorgnis, dass wir uns oft selbst auf die Schultern klopfen und sagen, bei uns ist alles sauber und ordentlich. Wenn Sie die 17 SDGs, die Sustainable Development Goals, durchgehen, werden Sie schnell feststellen, dass noch einiges zu tun ist. Wir importieren fast 60 Millionen Hektar Fläche – rechnerisch durch den Import von Produkten, die außer Landes erzeugt werden. Zum Beispiel durch

INTERVIEW

PROF. KLAUSTÖPFER
BUNDESMINISTER FÜR
UMWELT, NATURSCHUTZ UND
REAKTORSICHERHEIT A.D.

Kraftfutter für die Mast von Tieren hier, die dann exportiert werden. Ist das nachhaltig? Wir sehen, dass damit erhebliche Probleme mit der Güllebewältigung und damit für das Grundwasser gegeben sind. Ist das nachhaltig? Wie gehen wir eigentlich um mit unserem Konsum? Wir werfen pro Jahr bis zu zehn Millionen Lebensmittel weg. Ist das nachhaltig? Der Papst hat so treffend in seiner Enzyklika darauf hingewiesen, dass weggeworfene Lebensmittel Raub am Essen der Ärmsten sind. All dies ist nicht nachhaltig, und so können wir sehr, sehr viel noch zusätzlich lernen: Was verbrauchen wir an Energie? Über zehn Tonnen CO₂ pro Kopf rechnerisch, bald elf. Ist das nachhaltig? Ich könnte viele Bereiche aufführen, wo wir lernen müssen, uns zu ändern. Deswegen sind die SDGs global gültig und gelten auch für uns. Und da gibt es massig auch zu tun in Deutschland, mit Deutschland und für die Welt.

Wenn Sie zurückblicken: Wie war die Ausgangssituation in Ihrer Zeit als Umweltminister? Hätten Sie zu dieser Zeit die Energiewende für möglich gehalten?

Ein schönes Sprichwort habe ich aus Afrika mitgebracht: Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 30 Jahren. Die zweitbeste ist jetzt. Jetzt können wir handeln, jetzt müssen wir handeln. Zwar haben wir 1990, als ich Umweltminister war, das erste Stromeinspeisegesetz² verabschiedet.

Da kannst du dir selbst auf die Schulter klopfen, aber was hilft's? JETZT ist zu zeigen, dass das eine wettbewerbsfähige Energie ist. JETZT ist zu belegen, dass wir nachhaltig leben können, dass wir dekarbonisieren können und weniger Material brauchen für unseren Wohlstand, dass wir Kreisläufe schließen können.

Was wir JETZT machen müssen, ist alles daranzusetzen, die wahrscheinlich negativen Auswirkungen unseres Wohlstandes in unseren Preisen zu bezahlen und unseren Egoismus abzulegen.

Das hat alles damals angefangen – aber jetzt ist es Allgemeingut geworden. Nachhaltigkeit ist fast schon in der Gefahr, zu einem modischen Artikel zu verkommen, der gar nicht mehr hinreichend auf seine Substanz hin befragt wird. Deshalb ist die Frage „Hätten wir das nicht früher machen können?“ eine wirklich akademische. Vielmehr ist die Frage JETZT: Haben wir so viel dazugelernt, dass wir nicht jetzt wieder warten? Wahrscheinlich werden die Verantwortlichen in zehn bis 15 Jahren sagen, das hätten Sie auch früher machen können. Jede Generation hat sich wiedergefunden mit Kinder- und Enkelkindergenerationen, die ihre Träume hatten, die ihre Vorstellungen von der Welt hatten und versucht haben, ihre Träume umzusetzen. Dies ist ja auch das, was die Menschheit in Bewegung hält.

² Gesetzliche Regelung zur vergüteten Abnahme von erneuerbaren Energien durch öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen

INTERVIEW

PROF. KLAUSTÖPFER
BUNDESMINISTER FÜR
UMWELT, NATURSCHUTZ UND
REAKTORSICHERHEIT A.D.

Was wir JETZT machen müssen, ist alles daranzusetzen, die wahrscheinlich negativen Auswirkungen unseres Wohlstandes in unseren Preisen zu bezahlen und unseren Egoismus abzulegen. Das ist heute zu machen. Auch hierzulande werden dann immer wieder neue Aufgaben auf uns zukommen. Aber dass meine Enkelkinder, die jetzt vier Jahre alt sind, möglicherweise in einer Welt leben, in der die 100-Jährigen zur Selbstverständlichkeit geworden sind, wie jetzt die 80-Jährigen, da lege ich als bald 80-Jähriger sehr viel Wert drauf.

**Abschließend bitte ein kurzes Statement.
Für mich bedeutet Nachhaltigkeit, dass ...**

... ich mich wirklich bemühe, die Kosten meines Wohlstandes in den Preisen zu bezahlen, die sie tatsächlich kosten. Dass ich versuche, nicht auf Kosten anderer zu leben.

A map of Antarctica is shown in the background. A large, semi-transparent green rectangle is centered over the continent. Inside this rectangle, the text is displayed. The text is in white, with the title in a larger, bold font. The subtitle is in a smaller font. The map shows the coastline of Antarctica and some internal features like ice shelves and glaciers. The green rectangle covers most of the continent, leaving some coastal areas visible.

DISKUSSION:

DIE ANTHROPOZÄN- IDEE

Freund oder Feind
nachhaltigen Denkens?

**Die Menschheit ist zum geologischen Faktor geworden:
Wir leben nachweislich im Anthropozän – der „Epoche der Verantwortung“,
in der kleinste Alltagshandlungen bis weit in die Zukunft wirken. Doch warum
beteiligen sich die Umwelt-Community und die „Nachhaltigkeitsszene“
kaum an dieser Debatte? Stehen die Anthropozän-Idee und Nachhaltigkeits-
Denken im Widerspruch zueinander? Liegen in der „anthropozänen“ Idee
vielleicht sogar Gefahren für nachhaltiges Denken?**

Ein Essay von CHRISTIAN SCHWÄGERL

In geologischen Dimensionen betrachtet war die Erde noch vor wenigen Augenblicken eine große Wildnis. Die menschliche Zivilisation bildete nur kleine Inseln in einer weitgehend unberührten Natur. Die Nachtseite des Planeten blieb schwarz, Unmengen an Erdöl und Kohle lagerten unentdeckt und ungenutzt im Erdinneren. Die Ausbreitung menschlicher Zivilisation hat dies grundlegend geändert. Nach zwei Jahrhunderten industrieller Revolution ist die Erde eine andere: Heute sind es Wildnisgebiete, die wie Inseln in einer vom Menschen dominierten Erdoberfläche liegen. Die Nachtseite der Erde leuchtet im Schein riesiger Städte, und die Atmosphäre füllt sich mit Kohlendioxid, weil Menschen jedes Jahr Milliarden Tonnen Kohle, Öl und Erdgas verbrennen.

Schon seit 2009 haben Wissenschaftler versucht, nicht nur einzelne Aspekte dieses Umbruchs zu dokumentieren, sondern eine Gesamtschau zu erstellen. Die Wissenschaftler um den britischen Geologen Jan Zalasiewicz vertieften sich bei ihren



Studien in Berechnungen, denen zufolge die Erderwärmung die nächste Eiszeit ausfallen lassen wird. Sie sammelten Zahlen wie die, dass bereits genügend Beton produziert wurde, um auf jedem Quadratmeter Erdoberfläche ein Kilogramm davon abzuladen, und genug Plastik, um die Erde einmal in Folie einzuwickeln. Die Forscher untersuchten die langlebigen Kratzspuren,

Der Mensch kratzt nicht nur an der Oberfläche der Erde, er verändert sie tief greifend, global – und vor allem extrem langfristig.

die Schleppnetzfisher auf dem Meeresboden hinterlassen, und gingen sogar der Frage nach, wo eigentlich die Überreste von Milliarden Hühnern und anderen Nutztieren bleiben.

Alle diese Daten führten sie zu langen Listen von Umweltveränderungen zusammen. Die Beratungen der Forscher kreisten indes um eine ganz spezielle Frage: Wie lange werden diese menschlichen Einflüsse nachwirken? Wird sich ihre Spur mit der Zeit verlieren? Oder wird ein Forscher, der in 100.000 oder 100 Millionen Jahren auf der Erde arbeitet, sie noch messen können?

Den Impuls für dieses ambitionierte Forschungsprojekt hat ein Mann gegeben, dem die Menschheit viel verdankt: Der Atmosphärenchemiker Paul J. Crutzen hat maßgeblich dazu beigetragen, Risiken für die Ozonschicht der Erde durch synthetische Chemikalien zu verstehen und die gefährlichsten Stoffe im weit-hin bekannten Montreal-Protokoll zu verbieten. Für diesen Verdienst bekam

Crutzen 1995 mit zwei anderen Wissenschaftlern den Chemie-Nobelpreis zugesprochen. Die Entdeckung, dass unscheinbare, vom Menschen entwickelte Stoffe die schützende Hülle der Erde zerstören könnten, hat Crutzen persönlich tief erschüttert. Dies führte zu dem denkwürdigen Moment im Jahr 2000, in dem Crutzen bei einer wissenschaftlichen Konferenz in Mexiko zwei Kollegen unterbrach, die vom Holozän sprachen, der offiziellen geologischen Epoche unserer Tage. Ihren Beginn setzen Geologen mit dem Ende der letzten Eiszeit vor knapp 12.000 Jahren an. „Aber wir leben doch gar nicht mehr im Holozän“, sagte Crutzen in die Runde der Kollegen, „wir leben im Anthropozän.“ Eine kühne Behauptung: Der Mensch kratzt nicht nur an der Oberfläche der Erde, er verändert sie tief greifend, global – und vor allem extrem langfristig.

Crutzens Hypothese zu testen war die Aufgabe der „Anthropocene Working Group“ von Jan Zalasiewicz. Die sieben-jährige Untersuchung mündete im August 2016 in einem fast einstimmig beschlossenen Votum von 35 Wissenschaftlern: Ja, die Menschheit ist zu einem geologischen Faktor geworden; ja, was wir heute tun, wird noch lange nachwirken und messbar bleiben. Die Menschheit verändert den Planeten und seine Biosphäre also nicht länger nur auf seiner eigenen, vergleichsweise kleinen historischen Skala, sondern auf der großen Skala der Erdgeschichte, lautete die Botschaft der Gruppe.

Was wir heute tun, wirkt demnach über Zeiträume weiter, die jenseits unserer alltäglichen Vorstellungskraft liegen.

Beton, isolierte Metalle und seltene Erden werden sich wie radioaktive Isotope aus den Atombombenexplosionen im Gestein der Zukunft wiederfinden, Hühnerknochen wie Dinosaurierknochen erhalten bleiben, Handys und andere Maschinen sich gar zu „Technofossilien“ verwandeln. Der massive Schwund von Biodiversität schlägt sich darin nieder, dass bestimmte Arten aus

Bemerkenswert war und ist, dass im Gegensatz zur Wissenschaft und zum Kulturbetrieb die Umweltverbände und allgemein die „Nachhaltigkeitsszene“ bisher auf Distanz zum Anthropozän-Konzept geblieben sind.

dem Fossilienbestand der Zukunft verschwinden. Dafür könnten neue, vom Menschen auf fremde Kontinente verschleppte oder gar im Labor synthetisch geschaffene Organismen hinzukommen.

Nach den Naturwissenschaftlern begannen um das Jahr 2010 herum auch kulturell Interessierte und Geisteswissenschaftler, sich mit der Anthropozän-Hypothese zu befassen. In Folge liefen am Deutschen Museum in München, am Haus der Kulturen der Welt in Berlin, an mehreren Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam größere Vorhaben an, die Implikationen des Anthropozäns zu erkunden und zu debattieren. Die Ausstellung „Willkommen im Anthropozän“ am Deutschen Museum zog über zwei Jahre fast 200.000 Besucher an, auch am „Anthropozän-Projekt“ des HKW nahmen Zehntausende Menschen teil.

Bemerkenswert war und ist allerdings, dass im Gegensatz zur Wissenschaft und zum Kulturbetrieb die Umweltverbände und allgemein die „Nachhaltigkeitsszene“ bisher auf Distanz zum Anthropozän-Konzept geblieben sind. Während selbst konservative Politiker im Anthropozän ein neues Paradigma für das Verhältnis von Mensch und Erde erkennen, sind die deutsche und auch die internationale Umwelt-Community bisher kaum Teil der Debatten darüber.

Woran könnte das liegen? Ist die geologische Dimension etwa nicht relevant für den Schutz der Natur? Stehen die Anthropozän-Idee und Nachhaltigkeits-Denken im Widerspruch zueinander? Oder liegen in „anthropozänen“ Ideen vielleicht sogar handfeste Gefahren für nachhaltiges Denken?

Bei einer einseitigen Betrachtung könnte man durchaus alle drei Fragen mit Ja beantworten. In einer Zeit, in der es im Kampf gegen einen existenziell gefährlichen Klimawandel um wenige Jahre geht, binnen derer der Ausstoß von Treibhausgasen sinken muss, erscheint die geologische Zeitskala zunächst unwichtig. Nicht über Jahrtausende hinweg wird sich das Drama von steigenden Meeresspiegeln und vertrockneten Ernten entfalten, sondern in unserer eigenen Lebensspanne. In so akuter Gefahr kann es eigentlich nicht hilfreich sein, die Perspektive eines hypothetischen Geologen in einer Million Jahren einzunehmen. Zudem kämpfen Umweltschützer um den Erhalt des Lebens. Geologie in Form von Gestein hat da nur nachrangige Bedeutung.



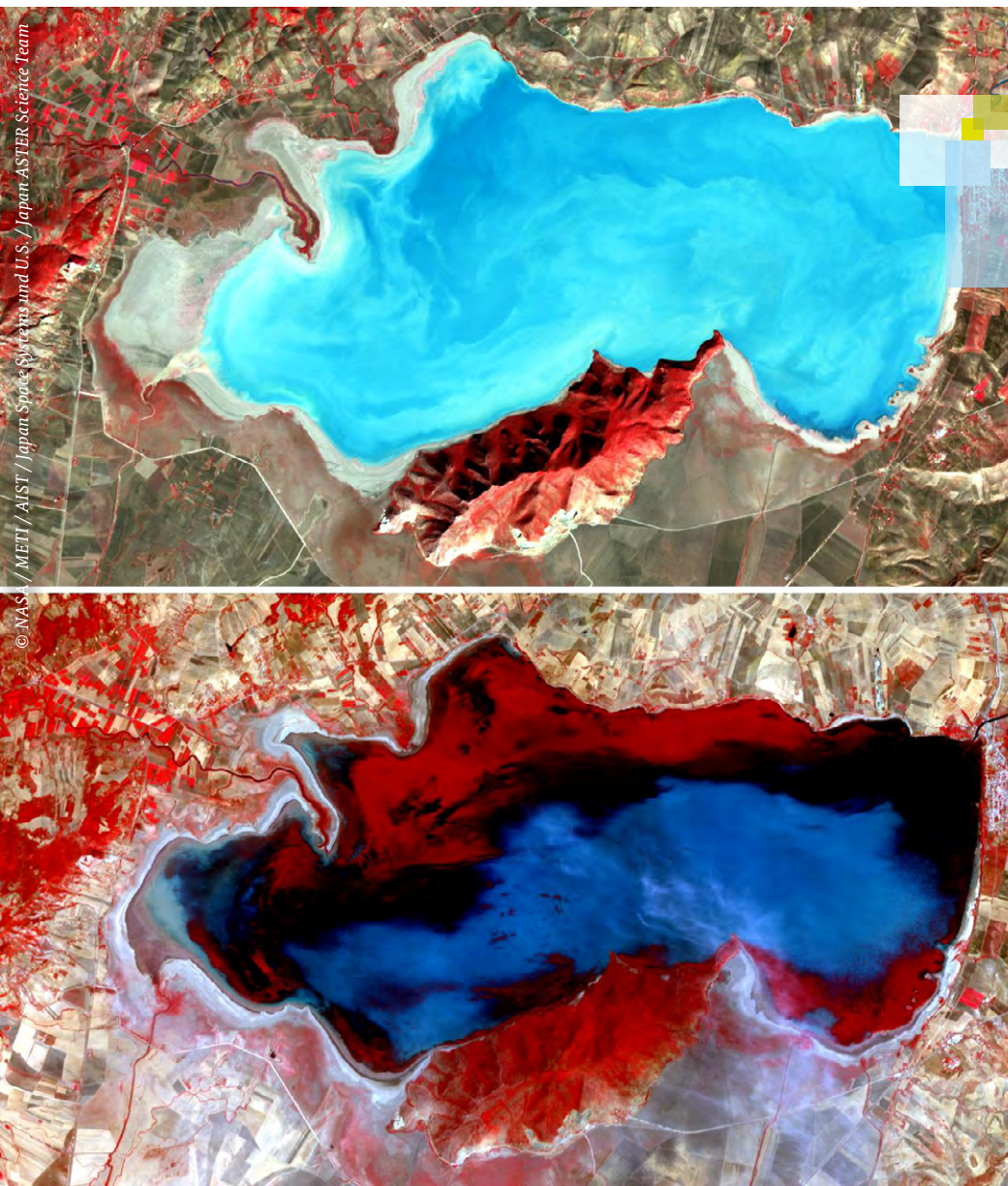
**NASA-Satellitenbild des
Rheinischen Braunkohlerevierts**

Ein Widerspruch von „anthropozänem“ und nachhaltigem Denken liegt nahe. Während sich aus dem normativen Nachhaltigkeits-Konzept konkrete Maximen für das Wirtschaften ergeben, ist die Anthropozän-Diagnose zunächst im besten Fall deskriptiv, eine nüchterne Beschreibung. Im schlimmsten Fall könnte sie wie eine Art Ermächtigungserklärung wirken: Seht her, die Erde gehört nun uns Menschen, wir sind die Meister ihrer Entwicklung und können mit ihr tun und lassen, was wir wollen! Die Trennung von

Mensch und Natur, Grundproblem westlichen Denkens, würde dadurch nicht kleiner, sondern größer. Eine amerikanische Gruppe namens „Öko-Modernisten“ bestätigt genau diesen Verdacht: Sie benutzt die Anthropozän-Idee, um eine „bewusste Entkopplung“ von Mensch und Natur mittels Einsatz von Hochtechnologie zu fordern.

Überhaupt, klingt Anthropozän nicht sehr ähnlich wie „anthropozentrisch“? Führt dies dazu, dass wir noch mehr nur auf uns selbst schauen und unsere pflanzlichen und tierischen Mitbewohner noch effektiver ignorieren werden? Die Idee, so scheint es, steht dafür, uns Menschen zum Maß aller Dinge zu machen und unsere Ziele mithilfe großtechnischer Lösungen zu verfolgen. Dazu passt es, dass sich Paul J. Crutzen – kurz nachdem er das Wort „Anthropozän“ in die Welt gesetzt hat – dafür aussprach, Techniken der künstlichen Erdbekühlung (geo-engineering) zu erforschen. Wer die Erde einmal als Kunstprodukt begreift, befindet sich auf einer gefährlichen Bahn, die das Ende jeder Form von Natur, ja sogar den Einstieg in Praktiken der „Menschenzucht“ bedeuten könnte.

Während das Nachhaltigkeits-Konzept ethische Maximen in sich trägt und konkrete Aufgaben stellt, könnte die Anthropozän-Idee dem Gegenteil dienen. Indem sie ganz allgemein den „anthropos“, also den Menschen als solchen, zum Urheber von Klimawandel und Artenschwund erklärt, könnte „Anthropozän“ dafür stehen, die Spuren am Tatort zu verwischen und die größte mögliche Sippenhaft zu verhängen: Egal ob man



**NASA-Satellitenbild vom
Ichkeul-See in Tunesien**
(oben von 2001, unten von 2005)

als indischer Kleinbauer nur das Nötigste verbraucht oder aber als amerikanischer SUV-Fahrer tonnenweise CO₂ in die Luft bläst – am Anthropozän sind irgendwie alle Menschen beteiligt. Wenn man dem entgegenreten will, müsste man einen ganz anderen Begriff wählen, etwa „Kapitalozän“ oder „Westozän“, um die Schuldigen konkret zu benennen.

Vollends negativ wird die Betrachtung, wenn man das Anthropozän einzig und allein als Summe aller Umweltprobleme sieht, als etwas, das den Wahnsinn des destruktiven Wirtschaftens einfach nur in ein einziges Wort gießt. Dann müsste man in der Tat eine Anti-Anthropozän-Bewegung gründen. Die beste Option wäre: Zurück ins Holozän!

Diese und weitere Gründe tragen zu einer tief sitzenden Skepsis gegenüber der Anthropozän-Idee bei. Es geht im Folgenden nicht darum, diese Bedenken für unbegründet zu erklären. Eine pluralistische und kontroverse Diskussion über dieses im Wortsinne epochale Thema ist wichtig. Selbst wenn die Naturwissenschaft die geologische

Indem sie diese Entwicklung reflektiert, setzt die Anthropozän-Idee bei den Wurzeln heutiger Umweltprobleme an.

Hypothese akzeptieren sollte, steht es individuellen Menschen und der Gesellschaft als Ganzes offen, dies zu erörtern.

Die Anthropozän-Arbeitsgruppe von Jan Zalasiewicz forderte im Januar 2016 sogar selbst zu einer solchen Debatte auf, als sie wie hilfeschend darauf hinwies, dass wir es mit der ersten neuen Erdepoche zu tun hätten, „die eine Konsequenz unseres eigenen Handelns“ sei. Dies bedeute, schrieben die Autoren, dass die Anerkennung des Anthropozäns „weit über die geologische Community hinaus von Bedeutung“ sei. Allerdings lässt sich für jeden der genannten Kritikpunkte eine ganze andere Interpretation der Anthropozän-Idee finden – auf eine Weise, die den vermeintlichen Widerspruch zur Nachhaltigkeit auflöst.

„Wenn du es eilig hast, mache einen Umweg“, lautet ein altes japanisches Sprichwort. In diesem Sinne könnte es gerade wegen der Dringlichkeit ökologischer Probleme wichtig sein, größere zeitliche Dimensionen in den Blick zu nehmen.

Der Fokus auf die Geologie (statt wie bisher nur auf die Biologie) hilft dabei, an die Wurzeln heutiger Umweltprobleme zu kommen. Zu ihnen gehört es, dass die Geologie als Wissenschaft selbst massiv zu den Problemen von heute beigetragen hat: Generationen von Geologen wurden ausgebildet, um in engstem Bündnis mit der Großindustrie Bergwerke zu graben, Erze und fossile Brennstoffe zu fördern, Deponien für Abfälle zu schaffen. Zudem waren es vor allem Geologen, die im 18. und 19. Jahrhundert die globale Industrialisierung als logische Fortsetzung bisheriger Erdgeschichte bezeichnet haben. Unser lineares Konzept von Zeit und Fortschrittsglauben hat die Geologie als Disziplin ebenso geprägt wie die bis heute währenden problematischen Bündnisse von Wissenschaft und Mächtigen. Indem sie diese Entwicklung reflektiert, setzt die Anthropozän-Idee bei den Wurzeln heutiger Umweltprobleme an.

Die großen zeitlichen Dimensionen, um die es in der Geologie geht, könnten die Umweltprobleme von heute zudem nicht kleiner, sondern größer erscheinen lassen: Bisher trösteten sich viele Menschen, auch viele klassische Umweltschützer damit, dass „die Natur“ sich die Erde nach einem möglichen Aussterben des Menschen rasch „zurückholen“ werde, also nur oberflächliche Kratzer bleiben würden. In der Anthropozän-Idee steckt dagegen die Aussage, dass heutiges Handeln epochale Folgen hat und nichts in der Erd-Zukunft so sein wird, wie es ohne den Menschen wäre. Als „Epoche der Verantwortung“ hat der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) daher das

Anthropozän bezeichnet. Man könnte auch sagen: die Epoche, in der kleinste Alltagshandlungen unglaublich weit in die Zukunft wirken. Das macht jede Autofahrt und jeden Gadget-Kauf zu einer geologischen Tat.

Als „Epoche der Verantwortung“ hat der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) das Anthropozän bezeichnet. Man könnte auch sagen: die Epoche, in der kleinste Alltagshandlungen unglaublich weit in die Zukunft wirken.

Nichts in der Anthropozän-Hypothese besagt, dass menschlicher Egoismus und Großtechnologien die Zukunft dominieren sollten. Im Gegenteil haben die Anthropozän-Vordenker Paul Crutzen, Will Steffen und John McNeill bereits 2007 vorgezeichnet, wie nach dem bisherigen destruktiven Beginn eine dritte Phase des Anthropozäns anbrechen sollte, in der sich Menschen als sorgsame „Hüter des Planeten“ betätigen und lernen, dass ihre Zivilisation integraler Bestandteil des Erdsystems sei. Längst hat Crutzen auch klargestellt, dass er kein Anhänger des Geo-Engineering ist und es keine Ausrede darstellt, auf aktiven Klimaschutz zu verzichten. Er hält Forschung auf diesem Gebiet nur deswegen für angebracht, weil er fürchtet, dass der Klimawandel viel schneller katastrophale Folgen zeitigen könnte als gedacht und es nötig sei, eine Art Notfallplan zu haben.

Wenn „Öko-Modernisten“ oder andere Gruppen versuchen, die Anthropozän-Idee für einseitige Zwecke einzuspannen, kann dies am besten ein pluralistischer Diskurs entlarven. Selbst Crutzen beansprucht nicht

für sich, die eine, gültige Definition zu besitzen. In den Worten des Wissenschaftshistorikers Jürgen Renn ist das Anthropozän denn auch ein „Prozess, der über sich selbst reflektiert“. Hier liegt die eigentliche Chance des neuen Paradigmas: Während heute relativ kleine Machteliten über die Zukunft der Erde bestimmen, könnte im Wort „anthropos“ der Auftrag liegen, dass alle Menschen gleichermaßen mitbestimmen dürfen, ja dass auch die Interessen zukünftiger Menschen zu berücksichtigen sind – und sei es, indem man versucht, ihnen ein möglichst großes Spektrum von Entscheidungsoptionen offenzuhalten. Indem „der Mensch“ als solcher die neue Erdepoche benennt, werden zudem alle Dimensionen von Nachhaltigkeit angesprochen, also nicht nur die ökologischen, sondern auch die sozialen und ökonomischen. Für die soziale Dimension ist wichtig, dass die Universalität etwa von Menschenrechten oder den genannten Mitbestimmungsmöglichkeiten widerspiegelt wird. Für die ökonomische Dimension ist die Botschaft der Anthropozän-Idee, dass jede Form von Ökonomie Teil einer größeren Erd-Ökonomie ist, also einer globalen Ökologie. Ökonomie als rein extraktives Prinzip zu betreiben, wie das heute in der kapitalistischen Lehre der Fall ist, verbietet sich. Das Anthropozän ist eine riesige Herausforderung an Ökonomen, neue Prinzipien zu entwickeln, die etwa den Wert von Natur adäquat repräsentieren, ohne Ökosysteme selbst zum Spekulationsobjekt zu machen. Gerade im Sozialen und Ökonomischen liegen die größten noch ungelösten Probleme anthropozänen Denkens.

Ähnlich kann man die Kritik auf den Kopf stellen, dass die Anthropozän-Idee Mensch und Natur noch stärker trennt. Dagegen spricht, dass sie den Menschen als integralen Bestandteil des Erdsystems definiert. Der alte Dualismus von Mensch und Natur wird dadurch relativiert, nicht verstärkt. Kultur und Natur, zwei bisher getrennte Größen, vermischen sich auf neue Weise: Wenn sich eine Megalopole über Hunderte Kilometer erstreckt, muss diese ökologisch wie Natur funktionieren. Aus unberührter Natur ist berührte Natur geworden. Die Frage ist jetzt, ob wir weiter brutal zupacken oder lernen, die Natur sanfter zu berühren. Nicht so sehr um die Ausdehnung des ökologischen Fußabdrucks geht es dabei, sondern darum, ob es ein schöner Fußabdruck ist, der sich vielleicht in ein neues Biotop verwandelt. Wenn Architekten heute Städte entwerfen, die Nahrung und erneuerbare Energie selbst erzeugen und die neben Menschen auch Tieren und Pflanzen Lebensraum bieten, erfüllt dies die Idee des integrierten Erdsystems mit Leben. Was in so einer integrierten

Gerade weil die Probleme so groß sind, können Nachhaltigkeits-Denken und Anthropozän-Idee auf komplementäre Weise einen praktischen Optimismus wecken.

Sichtweise hervortritt, sind die mannigfaltigen Abhängigkeiten, Verbindungen und Bezüge zwischen menschlichen und nicht menschlichen Lebewesen. Die Wirkung der Anthropozän-Idee könnte paradoxerweise sein, dass anthropozentrisches Denken einem Bewusstsein für unsere existenzielle Einbettung in geologische, physikalische und biologische Prozesse

Platz macht. Die Fiktion neoliberaler Ökonomie, dass die Menschheit getrennt von einer wertlosen Natur agiert, wird von der Anthropozän-Idee schon heute konterkariert. Auch das macht sie zu einem Partner des Nachhaltigkeits-Gedankens.

Bleibt die Grundsatzfrage, ob das Anthropozän vielleicht an sich etwas Böses ist. Die amerikanische Umweltjournalistin Elizabeth Kolbert mahnte, man solle nie die Wörter „gut“ und „Anthropozän“ in einem Satz verwenden, eben weil es für alle Umweltprobleme steht. Doch stimmt das? Würde eine solche Sicht nicht bedeuten, vor den Problemen zu kapitulieren und die junge Generation einer zwangsläufig dunklen Zukunft zu überlassen? Gerade weil die Probleme so groß sind, können Nachhaltigkeits-Denken und Anthropozän-Idee auf komplementäre Weise einen praktischen Optimismus wecken.

Wenn es um nicht weniger als eine Erd-epoche geht, dann sind wir heute die Urmenschen der Zukunft, auf die man eines fernen Tages zurückblicken wird: Waren sie trotz aller Technologie primitive Barbaren, die ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstört haben? Oder kluge und sensible Vorfahren, die im Moment der Krise die richtigen, weil nachhaltig guten Entscheidungen getroffen haben? Bei allen Unterschieden können Nachhaltigkeit als normatives Prinzip und die Anthropozän-Idee als neuer Blickwinkel auf eine vom Menschen gestaltete Erde sich gegenseitig verstärken.

KONFLIKT UND KONSENS

Zur Nachhaltigkeit
gehört die Debatte



MARLEHN THIEME

Vorsitzende des Rates
für Nachhaltige Entwicklung



PROF. DR. HUBERT WEIGER

Vorsitzender Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland



KATHRIN MENGES

Personalvorstand und Vorsitzende
des Sustainability Council von Henkel

Sind wir auf einem guten Weg?

MARLEHN THIEME, KATHRIN MENGES und PROF. DR. HUBERT WEIGER im Gespräch



© Martin Joppen

Vor rund 15 Jahren war Nachhaltigkeit noch ein Insider-Thema. Heute bekennen sich fast alle größeren Unternehmen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Bio ist selbst beim Discounter angekommen. Ist das als ein Erfolg zu verbuchen? Oder hat der Begriff nicht vielmehr an Trennschärfe verloren?

MARLEHN THIEME: In den bald 30 Jahren seit dem Brundtland-Bericht ist einiges, aber trotzdem viel zu wenig geschafft. Das Bewusstsein der Menschen für nachhaltige Entwicklung ist erfreulich größer geworden, auch wenn das nicht immer nur auf Einsicht und Respekt vor nachfolgenden Generationen oder den Menschen in der Einen Welt gründet. So mögen z. B. bei Bio-Konsum auch Geschmacksfragen oder die Rücksicht auf die eigene Gesundheit eine Rolle spielen. Ökologische Krisen und die Flüchtlingswelle tragen neuerdings zum Bewusstseinswandel bei.

Die langfristige Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit muss zur Basis für unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung werden.

HUBERT WEIGER: Ja, es ist gut, dass die Nachfrage nach Bioprodukten so gestiegen ist und diese breit zu bekommen sind – genau wie es gut ist, wenn der Radverkehrsanteil in den Städten steigt, wenn immer mehr Menschen sich in Reparaturinitiativen zusammenschließen und das Umweltbewusstsein steigt. Es zeigt sich aber gerade am Beispiel des ökologischen Landbaus deutlich der politische Nachholbedarf, den Rahmen entsprechend zu setzen: Trotz der hohen Nachfrage nach Produkten des ökologischen Landbaus ist das langjährige Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie nicht erreicht, 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch zu bewirtschaften.

Seine Trennschärfe gewinnt der Nachhaltigkeitsbegriff dann zurück, wenn wir klar herausstellen: Die langfristige Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit muss zur Basis für unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung werden. Nur damit tragen wir den begrenzten Ressourcen und der begrenzten Belastungsfähigkeit unseres Planeten Rechnung. Das heißt, der Begriff der Nachhaltigkeit muss als Basis die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen, also die Sicherung der Biodiversität haben. Die sogenannten „Säulen“ der Ökonomie und des Sozialen müssen sich diesem Primat unterordnen und darauf aufbauen.



KATHRIN MENGES: Die eigentliche Stärke des Konzepts liegt meiner Ansicht nach in der integrierten Betrachtung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte. Diese ganzheitliche Perspektive ist nicht nur bei ökonomisch motivierten Entscheidungen wichtig, sondern auch, wenn wir ökologische oder soziale Ziele erreichen wollen.

Nachhaltigkeit war immer schon ein sehr breites Konzept, das in seinen drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales natürlich eine Vielzahl von Themen umfasst. Dass diese Fragen heute zunehmend nicht nur von Experten diskutiert werden, sondern in der Breite der Bevölkerung, der Wirtschaft sowie in Politik und Verwaltung angekommen sind, ist ein wichtiger erster Schritt.

Sind wir also auf einem guten Weg?

KATHRIN MENGES: Natürlich kann keiner von uns damit zufrieden sein, dass sich das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung noch nicht ausreichend im Handeln der einzelnen Akteure widerspiegelt. Wir alle entscheiden uns bei Zielkonflikten zu häufig noch für die einfachere, einseitig optimierte Lösung und suchen zu selten nach Möglichkeiten, kurzfristige Interessen und die langfristige Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Kritiker des nachhaltigen Leitbildes bemängeln, dass dieses nur das Falsche verbessere, also unseren unverhältnismäßigen Lebensstil perfektioniere. Wäre es deshalb nicht sinnvoll, ganz einfach weniger zu verbrauchen und zu produzieren?



HUBERT WEIGER: Wir haben nur eine Erde zur Verfügung – und wir wollen diese nicht nur in gutem, lebenswertem Zustand für unsere Kinder und Enkelkinder bewahren, sondern auch gilt es, die aktuelle massive Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern zu verringern. Das betrifft insbesondere einen Ausgleich und den daraus resultierenden Nachholbedarf für die Länder des globalen Südens. Die Herausforderung ist groß – bereits Anfang August waren in diesem Jahr die nachhaltig nutzbaren Ressourcen der Erde verbraucht. Daraus folgt: Wir in den Industrieländern müssen unseren Energie-, Material- und Flächenverbrauch drastisch reduzieren. Mit mehr Effizienz und technischen Lösungen allein wird dies jedoch nicht gelingen; Suffizienz ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen nachhaltigen Entwicklung. Der BUND setzt sich dabei für eine Suffizienzpolitik ein: Die Politik ist gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize für ein „ressourcenleichtes“ Leben und für eine Befreiung von Wachstumszwängen zu setzen.

Frau Menges, ist das auch in der Wirtschaft eine mehrheitsfähige Position?

KATHRIN MENGES: Die Frage ist, wie wir den Begriff der Suffizienz verstehen. Die Verringerung unseres Rohstoff- und Energieverbrauchs ist eine der zentralen globalen Herausforderungen. Forderungen nach weniger Konsum und weniger Produktion, also Verzicht, sind dagegen wenig hilfreich. Wir brauchen eine positive, erstrebenswerte, mehrheitsfähige Perspektive. Die produzierten Waren und Dienstleistungen sind nicht nur die wirtschaftliche Grundlage für unsere Gesellschaft, sie sind auch ein zentraler Beitrag zur Lebensqualität.



Forderungen nach weniger Konsum und weniger Produktion, also Verzicht, sind wenig hilfreich. Wir brauchen eine positive, erstrebenswerte, mehrheitsfähige Perspektive.

Wir müssen allerdings deutlich effizienter werden und die mit unserer Lebensqualität und unserer Wertschöpfung verbundenen Ressourcenverbräuche und Emissionen erheblich reduzieren.

Unser Leitbild muss sein, den Menschen ein gutes Leben im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde zu ermöglichen, wie es die Vision 2050 des World Business Council for Sustainable Development formuliert. Dazu brauchen wir Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Auch unsere Lebensstile und die damit verbundenen Konsummuster werden sich weiterentwickeln.

**Bisher spielt das Thema Suffizienz nur eine untergeordnete Rolle.
Wie könnte ein suffizienter Lebensstil gefördert werden?**

MARLEHN THIEME: Wir benötigen mehr klare Orientierung in den Fakten, bei denen wir umsteuern müssen. Und wir werden umso härter umsteuern müssen, je länger wir mit unserem nicht nachhaltigen Lebensstil weitermachen. Je wirkungsvoller wir unsere Bildung und Kultur darauf einstellen, umso weniger rigide können wir agieren. Ich plädiere daher dafür, den Diskurs nicht auf Suffizienz allein, sondern auch auf die Freiheit zur Selbstbegrenzung zu beziehen. Dieser kann meines Erachtens gelingen, wenn gegenseitige Verbindlichkeit organisiert wird, mit wachsender Erkenntnis und Verantwortung, einer darauf eingerichteten Wettbewerbsordnung, Gesetzen und ggf. Sanktionen. Dann haben die Bedürfnisse zukünftiger Generationen eine Chance, befriedigt zu werden.

**Wo stehen wir aktuell in Deutschland?
Wie nachhaltig ist Deutschland im Jahr 2017?**

Vieles wurde in den letzten Jahren auf den Weg gebracht – doch gibt es weiter großen Nachholbedarf.

HUBERT WEIGER: Vieles wurde in den letzten Jahren auf den Weg gebracht – doch gibt es weiter großen Nachholbedarf. So sind die Emissionen aus Industrie und Straßenverkehr unverändert zu hoch. Gleiches gilt für den Flächenverbrauch. Zudem verschwinden immer mehr Tier- und Pflanzenarten aus unserer Kulturlandschaft. Auch die strittigen Handelsabkommen TTIP und CETA und der Bundesverkehrswegeplan stehen nicht für eine nachhaltige Regierungspolitik.

Haben Sie konkrete Ideen für eine stärkere Verankerung der Nachhaltigkeit im Politikbetrieb?

HUBERT WEIGER: Ein Schlüssel für Veränderung könnte darin liegen, die Zuständigkeiten des Umweltressorts zu erweitern. Denn die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Weichen werden in anderen Ressorts gestellt: im Wirtschafts-, Verkehrs- oder Landwirtschaftsministerium. Das Umweltministerium sollte ein Vetorecht gegen Beschlüsse anderer Ressorts erhalten, falls diese gegen das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung verstoßen – damit die Bewahrung unserer ökologischen Lebensgrundlagen tatsächlich zu einer *Conditio sine qua non* wird.

Wie könnte und sollte Nachhaltigkeit stärker innerhalb der Gesellschaft verankert werden?



KATHRIN MENGES: Wir müssen die Bevölkerung als Bürger und Konsumenten stärker mobilisieren, Nachhaltigkeit in der Breite der Wirtschaft – vom Handwerksbetrieb bis zum Großunternehmen – verankern, um wirklichen Fortschritt erreichen zu können. Dafür brauchen wir ganzheitliche Lösungen, die Barrieren anerkennen und helfen, Zielkonflikte zu lösen, weniger Symbolpolitik und Bürokratie.

Bei den übergeordneten globalen Zielen haben wir in den letzten Jahren – insbesondere im Jahr 2015 – große Fortschritte hin zu einem gemeinsamen Verständnis der Prioritäten gesehen. Mit den globalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzzielen sind die langfristigen Meilensteine gesetzt. Jetzt müssen wir ehrlich diskutieren, was Staat, Wirtschaft und Bürger leisten können und müssen, um diese umzusetzen.

Wo sehen Sie trotz aller Schritte Handlungsbedarf?

KATHRIN MENGES: Bei vielen zentralen gesellschaftlichen Anliegen kommen wir leider nur sehr langsam voran. Dazu gehören die Verbesserung der Qualität unserer Bildungssysteme, die damit eng verbundenen Fragen der Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit sowie bei der Modernisierung unserer Infrastruktur, insbesondere was Mobilität und Energieversorgung betrifft. Zu häufig kommt die scheinbar einfache Lösung oder das scheinbar unlösbare Hindernis in den „Genuss“ der kurzfristigen Aufmerksamkeit von Politik, Gesellschaft und Medien – die dann weiterwandert, bevor wir eine langfristig tragfähige Lösung

gefunden haben. Zu häufig diskutieren wir über Maßnahmen, ohne ein gemeinsames Verständnis von Zielen und Prioritäten zu schaffen.

Hier wünsche ich mir einen offeneren und ehrlicheren Dialog über das wirklich Zielführende und Notwendige, der auf einem umfassenden und ausgewogenen Verständnis der Ausgangssituation aufsetzt.

Mit den globalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzzielen sind die langfristigen Meilensteine gesetzt. Jetzt müssen wir ehrlich diskutieren, was Staat, Wirtschaft und Bürger leisten können und müssen, um diese umzusetzen.

Wie, denken Sie, könnte die nachhaltige Entwicklung in Deutschland noch mehr Fahrt aufnehmen?



MARLEHN THIEME: Angesichts der Diskussion um Klimawandel und planetare Grenzen benötigen wir deutlich schneller größere Resonanz für nachhaltige Entwicklung. Meine Sorge gilt der neuen Form vereinfachter politischer Diskurse, wie wir sie neuerdings nicht nur in Deutschland erleben müssen. Deutschland hat mit der sozialen Marktwirtschaft den gesellschaftlichen Ausgleich besser als andere Gesellschaften organisiert. Wir sollten diese Traditionen nutzen, die Idee der Partizipation, der Verantwortungsübernahme und Verfahren auch auf die Fragen der ökologischen, globalen und intergenerativen Interessen ausweiten. Die Bildungs- und Forschungspolitik muss deutlich Fahrt in Richtung Nachhaltigkeit aufnehmen und der Staat in allen Gliederungen muss nachweisbar Nachhaltigkeitsverantwortung übernehmen. Die mittelständisch eigentümerorientierte (d. h. auf Übertragung auf zukünftige Generationen ausgerichtete) deutsche Wirtschaft ist gut gerüstet, ein innovatives Wettbewerbsmodell zu entwickeln, das Nachhaltigkeit zum Ziel hat.

The background of the entire page is a photograph of a modern, multi-story building. The building's facade is composed of dark, rectangular panels. Numerous balconies and window ledges are integrated with lush greenery, including various trees and shrubs, creating a 'vertical forest' effect. The building is shown from a low angle, looking up. A large, semi-transparent green rectangle is overlaid on the right side of the image, serving as a background for the text.

AUF DEM WEG ZUM GRÜNEN INNOVATIONS- STANDORT

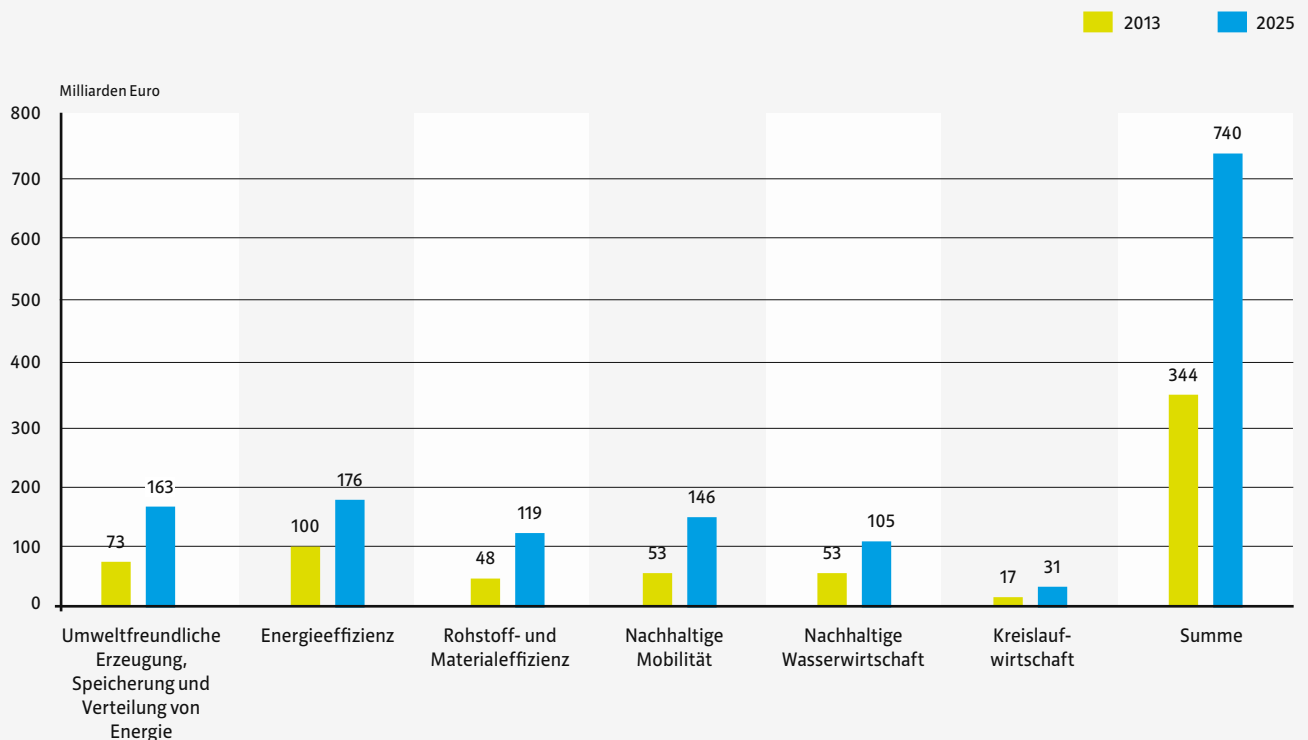
Visionen und Impulse
für eine nachhaltige Zukunft

Deutschland hat gute Voraussetzungen, sich zu einer weltweit führenden Green Economy zu entwickeln. Diese ist laut **Green Economy Gründungsmonitor 2015 nach dem Handel inzwischen das zweitgrößte Gründungsfeld in Deutschland.**

Im Zuge des **Rahmenprogramms Forschung für Nachhaltige Entwicklung** (FONA) hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Agendaprozess Green Economy initiiert. Der Veränderungsprozess zur Green Economy soll durch praxisorientierte Forschung unterstützt werden. Er soll zu einem tragenden Element für Innovationen „Made in Germany“ und für Hightech-Lösungen werden. Gleichzeitig hat Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka im September 2015

die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gegründet. „Wir wollen die Generation sein, die den Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft schafft“, sagte Wanka. Zweimal jährlich treffen sich Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dabei sollen ein Aktionsplan mit Zielen und Maßnahmen entwickelt, neue Wege beschritten und gute Ideen in die Breite getragen werden. Erfolgreiche Praxis-

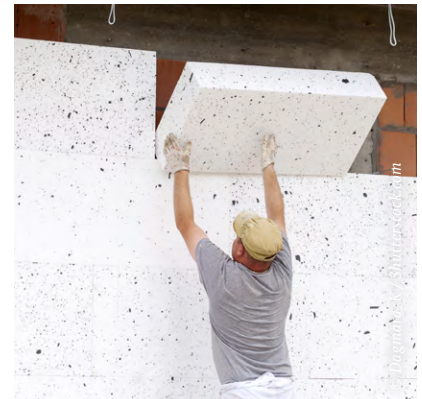
Marktvolumen der grünen Zukunftsmärkte in Deutschland



beispiele werden gezielt gefördert und vorbildliche **BNE-Initiativen** ausgezeichnet. Nachhaltigkeit soll auch in Betrieb, Forschung und Lehre der Hochschulen strukturell verankert werden. Das Projekt HOCH N umfasst unter anderem einen Praxistest des **Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für Hochschulen**. Der Hochschul-DNK soll als Einstieg in die Nachhaltigkeitsberichterstattung dienen.

Nicht zuletzt aus der Zusammenarbeit von Forschung und jungen Gründern konnte sich in deutschen Großstädten eine dynamische Gründerszene entwickeln. Laut Gründungsmotor 2015 haben von den rund 190.000 grünen Start-ups, die im Zeitraum 2006 bis einschließlich 2014 in Deutschland gegründet wurden, 36 Prozent ihren Schwerpunkt im Bereich Erneuerbare Energien und 32 Prozent im Bereich Energieeffizienz.

Somit machen diese beiden Green-Economy-Felder zusammen etwa zwei Drittel aller grünen Gründungen aus. Vor allem der GreenTech-Markt wächst: Laut Bundesumweltministerium lag das Marktvolumen der GreenTech-Branche 2013 bei 344 Milliarden Euro und soll sich bis 2025 voraussichtlich auf 740 Milliarden Euro erhöhen.



Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis

Seit 2008 zeichnet die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit in Wirtschaft, Kommunen, Forschung und Bauen aus und ehrt besondere persönliche Leistungen zur nachhaltigen Entwicklung weltweit. Der Preis wird in Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen in einer festlichen Gala vergeben.

Auf der Basis von Bewerbungen und eingehender Recherche entscheiden drei unterschiedliche Fachjurys unter Vorsitz des Generalsekretärs des Nachhaltigkeitsrates Dr. Bachmann über die Preisträger, die zeigen, dass „Sustainability made in Germany“ erfolgreich ist und neue Chancen eröffnet. Der Next Economy Award (NEA) zeichnet Start-ups im Bereich der Nachhaltigkeit aus. Er verschafft „grünen Gründern“ Rückenwind und will insgesamt allen Akteuren Mut machen, den Wandel zur „nächsten“, nachhaltigeren Wirtschaft mitzugestalten.

Zu den mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichneten Persönlichkeiten gehörten in den letzten Jahren unter anderem Ban Ki-moon und António Guterres als damaliger UN-Flüchtlingskommissar, Patricia Espinosa in ihrer Funktion als Außenministerin Mexikos,

Achim Steiner als Leiter von UNEP und sein Vorgänger und ehemaliger deutscher Umweltminister Klaus Töpfer wie auch Volker Hauff und Gro Harlem Brundtland für ihre Verdienste um die Etablierung des Nachhaltigkeitsgedankens, Prinz Charles oder auch der Bürgermeister von Palermo Leoluca Orlando sowie engagierte Stars der Musik- und TV-Branche. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis ist die größte Auszeichnung dieser Art in Europa.

www.nachhaltigkeitspreis.de



Next Economy Award-Preisträger 2015

Grüne Chemie

Zur Herstellung eines einzigen Kilogramms einer Chemikalie, beispielsweise eines Arzneimittelwirkstoffes, werden oft mehrere 100 Kilogramm anderer Chemikalien benötigt. Die Rohstoffbasis dieser Chemikalien besteht bisher fast ausschließlich aus fossilen Rohstoffen. Das von Sonja Jost gegründete Start-up DexLeChem hat das Ziel, eine umweltschonende Entwicklung der chemischen Industrie zu unterstützen und diese in eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu überführen. DexLeChem liefert Services und Bausteine, durch die Produktionsprozesse bereits heute grüner und wettbewerbsfähiger werden. So werden die benötigten zumeist sehr giftigen Chemikalien in der Wirkstoffproduktion durch Wasser und andere grünere Varianten ersetzt. Herstellern bieten sich dadurch Kostenvorteile in der Produktion sowie ökologischere Syntheserouten bei höchsten Produktqualitäten.

DexLeChem überzeugte die Jury aus Industrie, Venture Capital und NGO mit seinen grünen Hightech-Ansätzen in der Optimierung und Entwicklung chemischer und biotechnologischer Verfahren, die zu signifikanten Kostenvorteilen in der Produktion führen. Die Jury beurteilte DexLeChem als Pionier in dem Bereich und Wegbereiter der Chemiewende.

www.dexlechem.com/home.html



Next Economy Award-Preisträger 2016

Rettende Hände

Jährlich erkranken in Deutschland über 70.000 Frauen an Brustkrebs. Eine frühzeitige Erkennung bietet höhere Genesungschancen – Ärzten stehen für diese wichtigen Vorsorgeuntersuchungen meist jedoch nur wenige Minuten zur Verfügung. Gleichzeitig gibt es in Deutschland mehrere Tausend arbeitslose blinde und sehbehinderte Frauen, deren überlegener Tastsinn sie für die Vorsorge qualifiziert.

Das Unternehmen discovering hands setzt diese besondere Fähigkeit zur Verbesserung der Brustkrebsfrüherkennung ein. Im Rahmen einer speziellen Fortbildung an zertifizierten Einrichtungen werden blinde und sehbehinderte Frauen zu medizinischen Tastuntersucherinnen (MTU) ausgebildet. Die MTU bringen vor der Untersuchung haptische Orientierungstreifen auf dem Oberkörper der Patientinnen an und verfügen so über ein taktils Koordinatensystem. Die Befunde der mindestens 30-minütigen Vorsorgeuntersuchung werden als Grundlage für die weitere Behandlung digital dokumentiert. Erste Studienergebnisse zeigen, dass MTU im Vergleich zu Ärzten bis zu 28 Prozent mehr und 50 Prozent kleinere Gewebeveränderungen ertasten. Der discovering hands-Ansatz bietet den Patientinnen somit eine optimierte Vorsorge und räumt zugleich Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung aus, da sie nicht „trotz ihrer Behinderung“, sondern „wegen ihrer Begabung“ beschäftigt werden.

www.discovering-hands.de



Next Economy Award-Preisträger 2016

Wenn die Straße Strom erzeugt

SOLMOVE begegnet dem steigenden Energiebedarf mit einer innovativen Technologie, bei der keine zusätzlichen Flächen beansprucht werden. Das Unternehmen hat einen Weg gefunden, Photovoltaikmodule auch auf Radwegen, Straßen, Plätzen oder Gleisanlagen einsetzbar zu machen. In Deutschland kommen ca. 1.400 Quadratkilometer horizontale Flächen für die Installation dieser liegenden Photovoltaikmodule infrage. Dadurch könnten pro Jahr 140 TWh Strom erzeugt und perspektivisch alle Kernkraftwerke ersetzt werden.

Die Photovoltaikmodule haben die Form eines Solarteppichs, der aus Recyclingmaterialien besteht und ähnlich wie ein Rollrasen verlegt wird. Der Solarteppich ist dank seiner modularen Bauweise leicht zu warten, zu 95 Prozent recycelbar, absorbiert Schall und reduziert Stickoxide. Durch die rutsch- und bruchfeste Oberfläche können sogar Lastwagen problemlos über das Glas rollen. In Zukunft lassen sich weitere Features wie LED-Beleuchtung, Sensoren für autonomes Fahren, Heizelemente zur Enteisung oder induktive Ladespulen für Elektromobilität integrieren. Während Asphaltstraßen durch ihre Instandhaltung Kosten verursachen, kann die horizontale Photovoltaik-Lösung somit einen finanziellen Mehrwert generieren und Straßenbau refinanzieren.

www.solmove.com



© März 2017

Rat für Nachhaltige Entwicklung

c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Verantwortlich: Robert Böhnke

Idee: Günther Bachmann

Mitarbeit: Falko Leukhardt, Verónica Tomei, Katja Tamchina, Yvonne Zwick

Potsdamer Platz 10 | 10785 Berlin

E-Mail: info@nachhaltigkeitsrat.de

Homepage: www.nachhaltigkeitsrat.de

Alle Rechte vorbehalten.

Kostenlos vertrieben durch das Auswärtige Amt.

*Im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung
erstellte TRIAD Berlin den vorliegenden Almanach.*

PROJEKTTEAM TRIAD BERLIN

Projektsteuerung: Carsten Bohn, Anne Ahrens, Stefan Richter

Redaktionsleitung: Nana Hengelhaupt, Maximilian Heiser

Inhalte, Redaktion: Aaron Rahe, Felix Dunkl, Maria Merseburger

Gestaltung: Lisa Worbis, Felicitas Walter

FREIE AUTOREN

Anja Achenbach, Susanne Ehlerding, Roy Fabian, Katrin Müller,
Christian Schwägerl, Christian Vock, Susanne Wolf

LEKTORAT

Petra Thoms

ÜBERSETZUNG INS ENGLISCHE

TL TRANSLATIONES GmbH

TRIAD BERLIN PROJEKTGESELLSCHAFT MBH

Marburger Str. 3 | 10789 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 2360780

Fax: +49 (0) 30 236078381

E-Mail: info@triad.de

Homepage: www.triad.de

TL TRANSLATIONES GMBH

Engeldamm 14 | 10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 29778190

E-Mail: info@translationes.net

Homepage: www.translationes.net

